Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 10. Januar 2009

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Neuwagen auf Halde: Die Bundesregierung will den Autoabsatz stimulieren, da an der Branche viele Arbeitsplätze hängen. Bild: pa

Poker ums Paket

Annäherung im Streit um Konjunkturprogramm – Auch Steuern sollen sinken

Nach und nach nimmt das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung Gestalt an. Mit bis zu 50 Milliarden Euro soll die Wirtschaft belebt werden. Die Politik erweist sich in der Krise als handlungsfähig, doch der Erfolg der Maßnahmen ist ungewiß.

Zäh und meist im Hintergrund wurde zwischen Weihnachten und Neujahr über das zweite Konjunkturpaket gepokert. Das „Ob“ stand schon vor Weihnachten außer Frage, nun ging es um das „Wie“ und das „Wieviel“. Die Entscheidung soll Anfang der nächsten Woche fallen, aber die Grundzüge stehen bereits fest. Neben zweistelligen Milliardenbeträgen für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur sind Zuschüsse für den Gesundheitsbereich vorgesehen, um kurz nach der Einführung des umstrittenen Gesundheitsfonds die Beiträge zumindest stabil halten und möglichst senken zu können.

Generell befürwortet die SPD eher niedrigere Abgaben, die CSU Steuersenkungen, um die Konjunktur von der Seite der Konsumnachfrage her zu beleben. Nach wochenlangem grundsätzlichem Widerstand der CDU wollen die Unionsparteien nun offenbar gemeinsam Steuern und Abgaben im Gleichschritt senken. Offen ist allerdings, inwieweit diese Linie gegen die SPD und ihren Finanzminister Peer Steinbrück durchsetzbar ist. Der Union geht es vor allem um die Entlastung der in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch besteuerten Mittelschicht. Den Spitzensteuersatz muß hier bereits zahlen, wer gut das Doppelte des Durchschnittseinkommens verdient, früher begann der Spitzensteuersatz erst beim Zwanzigfachen dieses Verdienstes. Die Leistungsfeindlichkeit dieser Besteuerung liegt auf der Hand, auch die zunehmende Auswanderung junger Leistungsträger hängt mit diesem Umstand zusammen. Freilich gehört diese Klientel kaum zu den Wählern der SPD, die deswegen sogar eine neue „Reichensteuer“ in die Diskussion brachte. Zweifellos aber will die nach wie vor von der „Linken“ bedrängte SPD lieber Kleinverdiener entlasten, die hierzulande dank hoher Freibeträge vielfach gar keine Lohn- und Einkommensteuer mehr bezahlen. Nach wie vor umstritten ist auch die sogenannte Abwrackprämie für Altwagen beim Kauf eines neuen Autos. Die Industrie ist verständlicherweise dafür, und in Frankreich scheint diese Maßnahme die Nachfrage nach KfZ belebt zu haben. Doch Kritiker wie Unionsfraktionsvize Michael Meister befürchten, daß eine solche Prämie nur die derzeit hohen Rabatte des Autohandels reduzieren würde: „Die Abwrackprämie ist eine Subvention, die nicht zwingend den Kaufanreiz erhöht.“ Auch wird befürchtet, daß eine solche Prämie zu erheblichen Teilen der Autoindustrie in den Nachbarländern zugute kommen könnte.

Das Ringen um das Konjunkturpaket steht bereits klar im Zeichen der Wahlkämpfe; siehe auch Seiten 2 und 5. *K. Badenheuer*

> Diskrete Hilfe für den umstrittenen Gesundheitsfonds

KONRAD BADENHEUER:

Versäumnis

Beim Tauziehen der Koalition um das zweite Konjunkturpaket war ein Hauptstreitpunkt, ob der Bund weitere 40 oder sogar 50 Milliarden Euro aufwenden solle, um die absackende Wirtschaft zu stabilisieren. Skeptiker warnen, daß im Jahr 2009 bereits wieder die Drei-Prozent-Schuldengrenze des europäischen Stabilitätspakts verletzt werden könnte.

Jetzt rächt es sich, daß in den sehr guten Jahren 2006 bis 2008 der Bundeshaushalt nicht ausgeglichen wurde. Sinnvoll, ja notwendig, wären sogar Überschüsse gewesen: Wenn der Staat in schlechten Jahren die Wirtschaft per Kredit ankurbeln will, soll und muß in guten Jahren auch getilgt werden. Das entspricht nicht nur dem kleinen Einmaleins der Buchhaltung. Überschüsse in guten Jahren haben einen konjunkturdämpfenden Effekt und sind damit ein direkter Beitrag, um Schwankungen zu glätten. Wenn in Jahren, in denen der Bund 50 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen hat, das Defizit des Bundes nur um etwa 25 Milliarden Euro abgebaut wurde, dann kann man das nur als Versäumnis bezeichnen. Um so mehr, wenn diese Regierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament hatte und keine großen Wahlen stattfanden.

An dieser Stelle sei an ein wichtiges Projekt der Regierung Merkel erinnert: Die Föderalismusreform II. Zuletzt ging hier nichts mehr voran, Anfang Februar wollen Peter Struck und Günther Oettinger einen letzten Anlauf versuchen. Einziger offener Streitpunkt ist die Frage der Schuldengrenze von Bund und Ländern. Aus staatspolitischer Verantwortung sollte eine Einigung erzielt werden – gerade in schlechten Zeiten wie diesen.

Grausige Funde

Wilhelm v. Gottberg: Verbrechen aufklären

Ein großes Massengrab wurde Ende Oktober bei Erdarbeiten in unmittelbarer Nähe der Marienburg gefunden. Bei Bodenuntersuchungen für einen Hotelneubau kamen die Überreste Dutzender unbekleideter Toter zutage. Im November spülten kräftige Regenfälle weitere 200 Skelette zutage, bis Weihnachten stieg die Zahl der gefundenen Schädel von Männern, Frauen und Kindern auf 1500. Wie der Internetdienst „Polskaweb“ berichtet, sprechen die zentrale Lage des Massengrabes mitten in der Stadt und Merkmale der Toten dafür, daß es sich bei den Opfern um Deutsche handelt, die hier 1945 bestattet bzw. beseitigt wurden. Im Internet ist zu lesen, daß das Auswärtige Amt – genauer dessen Rechtsabteilung und das Referat 503 (Kriegsfolgen) – sich in der Sache für unzuständig hält und nicht aktiv werden will.

Ostpreußen-Sprecher Wilhelm v. Gottberg weist darauf hin, daß offenbar die weitaus meisten der in Marienburg gefundenen Toten Ost- und Westpreußen waren. „Die Identifizierung und würdige Beisetzung dieser Toten ist ein Gebot der Menschlichkeit. Die Angehörigen verdienen Aufklärung über das Schicksal ihrer seit Jahrzehnten Vermißten.“ Er wolle in dieser Sache nicht mit dem Finger auf das Auswärtige Amt zeigen, so v. Gottberg, dafür aber um so mehr all diejenigen meist jungen Polen loben, „die heute in wahrhaft europäischer Gesinnung die volle Aufklärung dieser grausamen Ereignisse anmahnen“. Siehe auch S. 12. *K.B.*

Erfahrung des Libanon-Feldzugs

Warum Israel in den Gaza-Streifen einmarschiert ist – Konflikt nur politisch lösbar

Die israelische Armee ist in den Gazastreifen einmarschiert und hat das dortige palästinensische Autonomiegebiet gespalten. Aus Sicht der israelischen Regierung, die einen Krieg „bis zum bitteren Ende“ angekündigt hat, war dieser Schritt unvermeidlich, nachdem sich die Hoffnung, die radikalislamische Hamas allein mit Luftkriegsmitteln an der Beschießung Südisraels hindern zu können, nicht erfüllt hatte.

Israel hat seine Lektion aus diesen erfolglosen Luftschlägen, vor allem aber aus dem gescheiterten Libanon-Krieg im Sommer 2006 gelernt. Obwohl die israelische Luftwaffe (IASF) mit etwa 760 Flugzeugen, 250 Hubschraubern sowie einer flächendeckenden Radarüberwachung und Flugabwehr die stärkste Luftmacht des Nahen Ostens ist, hatte sie die Abschußrampen der konsequent asymmetrisch operierenden Hisbollah seinerzeit nicht lokalisieren und zerschlagen können. Ihr Ziel, die Raketenangriffe auf israelisches Territorium zu unterbinden, konnte die IASF nicht einmal ansatzweise erreichen. Damit hatte die israelische Luftwaffe, der kein potentieller Gegner in der Region in einem offenen Schlagabtausch auch nur annähernd gewachsen wäre, den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren. Erstmals überhaupt konnte Israel einen militärischen Konflikt nicht siegreich beenden.

Auch die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen lassen sich mit Luftstreitkräften allein nicht unterbinden. Dazu muß Raum durch Bodentruppen genommen, gehalten und kontrolliert werden. „To put boots on the ground“ heißt das im Militärjargon. Die Luftwaffe hat dabei die Aufgabe, die Lufthoheit über dem Kampfgebiet zu sichern, die Führungsfähigkeit des Gegners herabzusetzen und die Heeresoperationen aus der Luft zu unterstützen.

Wie vor zwei Jahren die Hizbollah führt auch die Hamas einen asymmetrischen Krieg, in dem Israel das in Artikel 51 der UN-Charta verbriefte „naturgegebene Recht zur Selbstverteidigung“ auf seiner Seite hat. Immerhin sind mehr als eine Million Israeli durch die Raketen der Hamas bedroht. Eine militärische Vernichtung des Gegners wäre allerdings illusorisch. Um die Hamas wenigstens spürbar zu schwächen, ist eine Bodenoffensive unumgänglich. Dabei kommt es auf Überraschung und Schnelligkeit an, um einen blutigen Guerillakrieg zu vermeiden. Dadurch könnte die Hamas gezwungen werden, einen für Israel günstigen Waffenstillstand einzugehen. Doch letztlich kann die Region nur durch politische Maßnahmen befriedet werden. *Jan Heitmann*

> »Asymmetrischer« Konflikt mit eigenen Gesetzen

»Symbolik und Handlungsillusion«

Das Konjunkturpaket bietet für jeden Wahlkämpfer etwas – Merkel kommt CSU bei Steuerpolitik entgegen

Das wochenlange Tauziehen um ein zweites Konjunkturprogramm scheint zu Ende zu gehen. Schon am Montag will die Koalition ein Paket von bis zu 50 Milliarden Euro beschließen. Für jede der drei Regierungsparteien CDU, CSU und SPD dürfte etwas darin enthalten sein, was sie als ihren Erfolg verkaufen kann.

Mit bis zu 50 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre 2009 und 2010, soll die Konjunktur angekurbelt werden. Kaum jemand in Berlin erwartet jetzt noch das Scheitern des Pakets, denn die Vorstellungen innerhalb der Koalition haben sich stark angenähert. „Wir haben sehr, sehr viele Gemeinsamkeiten in unseren Vorstellungen“, meinte die Bundeskanzlerin zu Wochenbeginn, und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier fand ähnliche Formulierungen. Offenbar sollen in erster Linie baureife Verkehrsprojekte zeitlich vorgezogen werden. Auch die Versorgung des ländlichen Raums mit schnellen Internetverbindungen soll beschleunigt ausgebaut werden. Beides verschafft der Wirtschaft Aufträge und schafft mit Sicherheit bleibende Werte – letzteres im Unterschied zu solchen Maßnahmen, die die Konjunktur von der Seite des Konsums her stützen wollen. Hier sind Strohfeuer-Effekte weit eher zu befürchten.

Doch auch solche Maßnahmen sind vorgesehen: Mehrere Milliarden Euro sollen aufgewendet werden, um die Krankenkassenbeiträge zu senken oder zumindet nicht weiter steigen zu lassen. Die Unionsparteien wollen das, weil sie seit jeher auf eine Senkung der Lohnnebenkosten drängen, aber auch die SPD ist dafür – allerdings mit anderer Begründung. Sie hat eher die Kaufkraft der Kleinverdiener und Rentner im Sinne, außerdem sollen absehbare Probleme beim nach wie vor umstrittenen Gesundheitsfonds vermieden oder zumindest verdeckt werden – Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ist schließlich eine der bekanntesten SPD-Politikerinnen.

Parteitaktik hat bei den Verhandlungen der letzten Wochen auf allen Seiten eine entscheidende Rolle gespielt. Die Bundestagswahl im September wirft ihre Schatten voraus und die CSU sieht sich schon jetzt im Vorwahlkampf. Sie muß bei der Europawahl Anfang Juni unbedingt die bundesweite Fünf-Prozent-Hürde überspringen, sonst ist ihr bereits angekratzter Nimbus dahin. Dies setzt in Bayern ein Ergebnis um die 48 Prozent voraus – je nachdem, wie hoch innerhalb und außerhalb Bayerns die Wahlbeteiligung ausfällt. Genau hier beginnen die Sorgen der CSU-Strategen. Denn in Bayern fällt die Europawahl in die Pfingstferien, was die Beteiligung drückt, in anderen Bundesländern hingegen finden am selben Tag, dem 7. Juni, Kommunalwahlen statt, was zusätzliche Wähler an die Urnen lockt.

In Hessen zerlegt sich die SPD in rapidem Tempo

Aktuelle Umfragen aus Bayern liegen nicht vor, doch das Debakel der Landesbank kann der CSU nicht genutzt haben. Ein Teil der Rigidität, mit der die CSU in den vergangenen Wochen für Steuersenkungen gekämpft hat, ist wohl diesem Dilemma geschuldet.

Zuletzt gelang Horst Seehofer und seinen Berliner Parteifreunden hier ein unionsinterner Erfolg: Angela Merkel und die CDU sind von ihrem strikten „Nein“ zu Steuersenkungen vor der Bundestagswahl abgerückt – womöglich um der schwer kämpfenden CSU gezielt zu helfen. Jetzt sollen Steuern und Sozialabgaben „in einem gleichwertigen Verhältnis“ sinken, wie CDU-General Ronald Pofalla erklärte. Während der wirtschaftsnahe Flügel der CDU das seit langem ebenso wollte wie die CSU, bedeutet diese Kurskorrektur für Pofalla einen Dämpfer. Er geißelte rasche Steuersenkungen noch vor kurzem als Politik des „Geldverballerns“.

Auch Hessens Ministerpräsident Roland Koch dürfte über die Kurskorrektur seiner Partei eher unfroh sein, hatte er doch zu denen gehört, die Steuersenkungen erst nach der Wahl im Herbst für sinnvoll hielten. Der Schaden für seinen nur noch elf Tage dauernden Wahlkampf dürfte sich allerdings in engen Grenzen halten. Sein direkter Gegner, die SPD mit Spitzenkandidat Torsten Schäfer-Gümbel, zerlegt sich derzeit in einem Tempo, daß manche sogar den Rücktritt Andrea Ypsilantis vom SPD-Landesvorsitz noch vor dem Wahltag für möglich halten. „Frau Ypsilanti hat erklärt, daß sie die Verantwortung für jedes Wahlergebnis übernimmt. Dasselbe gilt für mich“, ließ ihr Vertrauter Norbert Schmitt, Noch-Generalsekretär der hessischen SPD, eine Bombe platzen. Im Klartext: Schmitt und Ypsilanti rechnen mit einer krachenden Wahlniederlage und nehmen spätestens beim Landesparteitag am 28. Februar den Hut.

Inhaltlich kam das nicht ganz überraschend, denn manches sprach dafür, daß Schäfer-Gümbel die Rolle des „Watschenmanns der SPD“ bei der Wahl am 18. Januar nur gegen die feste Zusage neuer Parteiämter übernommen hatte. Doch die Bekanntgabe so kurz vor der Wahl ist für die verbliebenen Wahlkämpfer der SPD ein Schlag ins Kontor und für die CDU ein gefundenes Fressen. Bei soviel unfreiwilliger Unterstützung aus dem anderen Lager muß Ministerpräsident Koch der Kurswechsel in Sachen Steuerpolitik und Konjunkturprogramm nicht weiter grämen.

Bleibt die Gretchenfrage, welchen tatsächlichen Nutzen ein solches Ausgabenprogramm eigentlich bringen kann. Der CDU-Haushaltspolitiker fand dafür nun drastische Worte: „Es geht bei Konjunkturprogrammen nicht um ökonomische Wirksamkeit, sondern um Symbolik und Handlungsillusion.“ *Konrad Badenheuer*



Die Stimmung ist weit besser als die Lage: Wer im Superwahljahr griesgrämig schaut, hat Nachteile. Bild: ddp

Wenn Christsein lebensgefährlich ist

Im Jahr 2008 erneut Diskriminierung und Verfolgung in vielen Ländern – Bis zu 200 Millionen Betroffene

Das zu Ende gegangene Jahr 2008 verlief für viele christliche Minderheiten rund um den Globus erschreckend: In vielen, meist muslimischen Ländern wird gnadenlos Jagd auf Andersgläubige gemacht, oft mit Duldung oder gar Billigung der jeweiligen Regierungen. Das Ziel der Pogrome ist oft die totale Ausrottung des christlichen Glaubens.

Es war eine blutige Weihnacht im Kongo. Plötzlich stürmten mit Macheten bewaffnete Terroristen im Städtchen Doruma die Kirche und begannen systematisch, Kinder und Frauen zu zerstückeln. Rund 150 Menschen starben qualvoll. Insgesamt fielen der „Lord Resistance Army“ während der Feiertage 400 Christen zum Opfer – ein trauriges Fanal zum Jahreswechsel.

Wie bei diesem jüngsten Fall kennzeichnet eine Blutspur den weltweiten „Kampf um den richtigen Glauben“ – während der Westen stillhält, die systematische Ausrottung religiöser Minderheiten ignoriert und den Anhängern des Korans große Toleranz entgegenbringt, ja Regime unterstützt, die gegen die Vertreibungs- und Tötungswelle nichts unternehmen oder sie sogar decken.

Die „moralische“ Motivation wird dabei gern aus den mittelalterlichen Kreuzzügen und der späteren kolonialen Unterdrückung abgeleitet. Nach Erhebungen von Hilfsorganisationen waren 2008 von den knapp über eine Milliarde Christen weltweit rund 200 Millionen von Zurücksetzung oder Verfolgung betroffen.

In Südostasien etwa geschieht seit Jahren eine Greueltat nach der anderen: Im mehrheitlich von Muslimen beherrschten Indonesien kommt es fast täglich zu Gewalttaten an Christen, ganze Dörfer mit Hunderten von Einwohnern werden von marodierenden Extremisten dem Erdboden gleich gemacht, Frauen und Kinder gefoltert, abgeschlachtet oder vertrieben. Dschungelcamps bilden ständig neue, militante Kämpfer aus. Auf den südlichen Philippinen sieht es nicht viel besser aus. Die katholische Regierung in Manila ist trotz des Einsatzes Tausender von Soldaten nicht in der Lage, dem blutigen Treiben der „Moros“ Einhalt zu gebieten.

Die größte Christenverfolgung jedoch geschieht gegenwärtig unter den Augen der westlichen Schutzmächte im Irak. Seit dem Einmarsch der Amerikaner hat sich die Zahl der einstmals 1,5 Millionen Christen um mehr als 50 Prozent verringert. Lautsprecherwagen fahren durch die Straßen von Mossul und schmettern Haßparolen wie „Christen, verlaßt die Stadt oder ihr werdet getötet“ ins Volk. 90 Prozent der ehemals 200 000 Anhänger Jesu haben diese Region bereits verlassen, über 100 Christen wurden ermordet, in Bagdad waren es weit über 300. Die Zwangsverheiratung und Entführung junger Christenmädchen wird von der Polizei geduldet. Einige Orte erpressen gar eine besondere Kopfsteuer, die „Dschizja“, für die Duldung Andersgläubiger. Religiöse Erlasse, „Fatwas“, legalisieren den schleichenden Genozid. Viele treten deshalb aus nackter Angst zum Islam über. Ein Zurück gibt es nicht mehr, denn das Abschwören vom Islam gilt als schweres Verbrechen wie auch in Malaysia.

»Heute sind wir dran, morgen werdet ihr es sein!«

In Ägypten schreiten die Islamisierung der Polizei, die Anerkennung der strengen Scharia durch den Staat als Rechtsfundament sowie eine wachsende Hinwendung zur Religion als Antwort auf die säkularisierte, „unmoralische“ Welt des Westens voran. Immerhin leben dort beispielsweise acht bis zehn Millionen christlicher Kopten. Sie sind seit gut fünf Jahren vom öffentlichen Leben ausgegrenzt und sehen sich Repressionen ausgesetzt.

Auch in der Türkei, die der Europäischen Union beitreten will, werden Priester ermordet und Kirchen zerstört. Ähnliche Zustände herrschen im Jemen, in Somalia, in Bangladesh, Vietnam, Nigeria, in Lagos, auf den Komoren, auf der tansanischen Insel Pemba, in Tadschikistan, Usbekistan, in Mauretanien, im Kongo, in Äthiopien, Simbabwe, im Sudan, wo sich der „Heilige Krieg“ besonders gegen Schwarze richtet, in Afghanistan und jetzt auch Pakistan, in Saudi-Arabien und in Eritrea, wo 2000 Christen in Gefängnissen schmachten. Selbst in Kolumbien kommt es immer wieder zu Priestermorden. In Kenia brannten Hunderte von Gotteshäusern.

„Der Islam wird nicht haltmachen“, beschwört der assyrische Priester Emanuel Yokhana den Westen. In Wiesbaden hat er die Organisation „Christian Aid“ gegründet. Und die weltweite Entwicklung gibt ihm Recht: Im Iran befinden sich zahlreiche Christen in Haft. In Indien greifen schwere Christenverfolgungen um sich, hier allerdings durch militante Hindus. 50 000 bis 70 000 Menschen sitzen aus Glaubensgründen in Nordkorea in Haft. Trotz relativer Freiheit werden in China derzeit rund 2000 evangelische Geistliche gefangengehalten.

Die europäischen Medien schweigen, die westlichen Politiker sehen darüber hinweg, der Heilige Stuhl müht sich um versöhnliche Töne, während die Anhänger der Militanz im Orient, in Afrika und im Fernen Osten zunehmen. Europa schläft und träumt von einer besseren Welt, derweil die Realität ihren Brandgeruch bis in seine Hauptstädte trägt und radikale Imame, etwa in Hamburg, ungehindert zur Ergreifung der Macht durch die Söhne des Propheten aufrufen. „Heute sind wir dran“, warnt Emanuel Yokhada, „morgen werdet ihr es sein!“ *J. Feyerabend*

MELDUNGEN

EU drängt zur Kreditvergabe

Brüssel – „Ich appelliere eindringlich an die Vorstände der Banken in Deutschland und in anderen EU-Ländern, verantwortlich zu handeln, den Rettungsschirm, den die Politik gespannt hat, zu nutzen und wieder ausreichend Kredite zu vergeben.“ Günther Verheugen, der Vizepräsident der Europäischen Kommission, ist unzufrieden mit der Kreditvergabe der Banken. Gerade in der Krise seien kleinere und mittlere Unternehmen dringend auf frisches Kapital angewiesen, doch das würde nicht im benötigten Masse fließen. „Den Banken darf es nicht nur um die Maximierung von Renditen gehen, sie haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung und müssen die Kreditversorgung sicherstellen“, sagte der SPD-Politiker. *Bel*

Transparenz bei Moscheebau

Frankfurt am Main – Die Muslime in Deutschland sollten den Bau von Moscheen transparenter machen. Das wünscht sich der aus Altersgründen im Oktober aus seinem Amt scheidende EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber (66). Islamische Gemeinden sollten erklären, „warum eine Moschee einer bestimmten Größe genau an einem bestimmten Ort stehen muß und wer die Menschen sind, denen diese Moschee dienen soll“. In den letzten Jahren habe es „schwierige Konstellationen“ gegeben. Nach Hubers Worten würde die Akzeptanz für den Moscheebau erhöht, wenn Christen in Saudi-Arabien oder in der Türkei die Möglichkeit hätten, Kirchen zu bauen. Trotzdem gelte die Religionsfreiheit unabhängig davon, „ob sie beklagenswerterweise in anderen Ländern verletzt wird“. Im Blick auf die Verfolgung von Christen in vielen Staaten sagte Huber: „Wir hatten in diesem Jahr viel Anlaß, die Verletzung von Rechten christlicher Minderheiten zu beklagen.“ *idea*

Die Schulden-Uhr:

Kiel hilft Sparkassen

Und nun hat die Bankenkrise auch die Sparkassen erreicht – zumindest jene in Schleswig-Holstein. Denn auch wenn sich diese selber nicht verspekuliert haben, so sind sie doch mit 14,8 Prozent an der nur dank staatlicher Unterstützung nicht insolventen HSH Nordbank beteiligt. Da die kommunalen Kreditinstitute sich nicht in der Lage sehen, die massiven Abschreibungen an ihrer norddeutschen Landesbank alleine zu schultern, will die ebenfalls stark verschuldete schleswig-holsteinische Landesregierung den Sparkassen mit einer Garantie in Höhe eines „dreistelligen Millionenbetrages“ aushelfen. Auch andere deutsche Sparkassen ächzen angesichts der notwendigen Abschreibungen ihrer jeweiligen Landesbank-Anteile, doch in anderen Bundesländern stehen Landesbürgschaften derzeit noch nicht zur Debatte.

1.517.408.113.782 €

Vorwoche: 1.516.836.354.314 €
Verschuldung pro Kopf: 18.434 €
Vorwoche: 18 427 €

(Dienstag, 6. Januar 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ideologischer Vorschlag von links

Von HARALD FOURIER

Wenn im Fernsehen ein Bericht über unser Bildungswesen angekündigt wird, dann verfinstern sich regelmäßig die Gesichtszüge der Moderatoren. Zwar schneiden wir Deutsche bei der Pisa-Studie langsam immer besser ab, aber dennoch wird stets davor gewarnt, unser Schulsystem sei „nicht durchlässig“ genug und „zu statisch“. Das Einkommen und der Beruf der Eltern seien entscheidend für die eingeschlagene Schulkarriere – ja für den ganzen weiteren Lebensweg.

Natürlich ist da etwas dran. Wie sollte es auch anders sein? Das hohe Einkommen der Eltern ist im Regelfalle die Folge ihrer speziellen Bildung, die sie an ihre Kinder weitergeben. Natürlich gibt es akademisch gebildete Eltern, deren Sprößlinge sich viel eher für Handwerkliches prädestiniert fühlen und es daher bei Haupt- oder Realschulabschluß bewenden lassen.

Andersherum gibt es ebenso Kinder, die es zum Abitur bringen, obwohl sie nicht aus einem Haus von Abiturienten stammen. Selbstverständlich sollte die Schule solchen Bildungsaufsteigern durch Fördern und Fordern alle Türen öffnen.

Doch der Linkspartei geht es um etwas ganz anderes als um kindgerechte Chancengleichheit. In Berlin wollen die Postkommunisten Quoten einführen, um mehr Kinder auf die Gymnasien zu kriegen, nicht weil sie dazu begabt wären, sondern weil sie „sozial benachteiligt“ aufwüchsen – Schulzuweisung nach den Maßgaben der sozialen Umverteilung also (siehe Beitrag unten).

Die Stoßrichtung der Genossen ist klar: Sie wollen, daß alle Schulkinder gleich sind. Und wenn sie es nicht sind, dann müssen sie eben gleich *gemacht* werden.

Denn wenn ein eigentlich dazu nicht hinreichend begabter Schüler per Sozialquote ins Gymnasium gedrängt wird, nur weil seine Eltern ganz oder teilweise von staatlichen Transferleistungen leben, dann müssen der Lernstoff und seine Vermittlung seinen Bedürfnissen Rechnung tragen, was zwangsläufig auf Kosten der Schüler ginge, die sich (ob aus reichem oder armem Hause) durch ihre Leistungen und Neigungen für diese Schulform qualifiziert haben.

Der Vorstoß zeigt, wie tief die angeblich reformierte Ex-SED noch immer im Sumpf einer dunkelroten Ideologie steckt. Auch in der DDR wurden einst Kinder, die nicht aus der „Arbeiter- und Bauernschicht“ stammten, bei den Bildungschancen benachteiligt. Damit sollten die alten Eliten, die dem Sozialismus traditionell fernstanden, langfristig ausgemerzt werden.

Cottbus bald keine Großstadt mehr

Wegzug, Geburtendefizit: Brandenburgs Ränder bluten aus, nur Berlins Umgebung wächst noch



Ganze Quartiere planiert: Wegen des Bevölkerungsschwunds in Brandenburg stehen einst dringend benötigte Plattenbausiedlungen leer und werden wie hier in Prenzlau abgerissen.

Bild: Michael Urban/ddp

In diesem Jahr fällt die Lausitz-Metropole Cottbus unter die Marke von 100000 Einwohnern, von einst knapp 130000. Anderen Kommunen am Rande der Mark geht es nicht besser. Eine Umkehr des demographischen Abwärtstrends ist nicht in Sicht.

Das erste Baby, das in Berlin-Brandenburg in diesem Jahr das Licht der Welt erblickte, kam in Cottbus zur Welt. 24 Minuten nach Mitternacht wurde dort Nick Elias geboren (49 Zentimeter, 3595 Gramm). Mutter und Kind sind wohlauf.

Solche guten Nachrichten gibt es selten in der Stadt in Südbrandenburg. Brandenburgs Randregionen leiden unter stetiger Abwanderung und niedrigen Geburtenraten. Die Peripherie der Mark erlebt die Alterung und Schrumpfung des deutschen Volkes im Schnelldurchlauf.

2009 wird ein wichtiges Jahr für die „Metropole in der Lausitz“. Mit ziemlicher Sicherheit sinkt die Einwohnerzahl von Cottbus unter die 100000er-Marke. Das heißt, daß Cottbus nicht mehr als Großstadt gilt. Diesen Status hatte die Stadt 1976 errungen.

Die Bevölkerung der DDR wuchs damals noch. Die Einwohnerzahl in Mitteldeutschland wuchs schneller als im Westen. Ständig mußten neue Plattenbauviertel fertiggestellt werden, um den Zuwachs unterbringen zu können.

1989 schließlich zählte Cottbus 129000 Einwohner. Dann begann der Zug nach Westen. Nach Berlin, nach München, nach Hamburg, nach Stuttgart. Im Jahr 2000 gab es nur noch 108000 Cottbusser, vor einem Jahr gerade noch 102811. Auf der Internetseite der Stadt wird die Einwohnerzahl heute etwas verschämt mit „zirka 102000“ angegeben. Will die Stadtverwaltung den Tatsachen nicht ins Auge sehen? Der Sprecher der Stadtverwaltung gibt sich optimistisch: „Cottbus bleibt die wichtigste Stadt der Region.“

Dabei reißt seine Behörde die zweckmäßigen, aber häßlichen Plattenbauten reihenweise ein. Der Stadtteil Sachsendorf war einmal das größte Plattenbauviertel in Brandenburg. Jetzt wird das Quartier Block für Block dem Erdboden gleichgemacht.

> Gerade die Jungen und Ambitionierten ziehen weg

Auch in den meisten anderen Städten des Bundeslandes Brandenburg sieht es schlecht aus. Frankfurt, Brandenburg an der Havel, Eberswalde, Schwedt, Guben, Eisenhüttenstadt – sie alle verlieren Einwohner. Da es in der Regel die Jungen und Ambitionierten sind, die wegziehen, bleiben überdurchschnittlich viele Arbeitslose und Alte zurück, was die Perspektiven weiter verschlechtert. Die Zeitschrift „Focus Money“ hat im Dezember eine Studie vorgelegt, in der alle deutschen Landkreise verglichen wurden. Bezogen auf das Einkommen steht die nordbrandenburgische Uckermark besonders abgeschlagen da: Das verfügbare Einkommen je Einwohner beträgt nur 13585 Euro. In München sind es 22569 und in Hamburg 23849.

Allerdings: In den Berlin-nahen Kommunen sieht es genau andersherum aus: Potsdam ist die Stadt mit dem höchsten Einkommensniveau der neuen Bundesländer. Auch Falkensee, Bernau, Königs-Wusterhausen oder Teltow profitieren von der Nähe zur Hauptstadt. Viele Berliner ziehen ins Grüne. Dieser Zuzug in den sogenannten Speckgürtel (sehr speckig ist er nicht im Vergleich mit anderen Metropolen) gleicht die erheblichen Abwanderungszahlen aus dem Berlin-fernen Gebieten zum Teil wieder aus.

Trotzdem sind die Prognosen verhangen. Das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung hat für den Brandenburger Landtag eine umfassende Studie erstellt. Fazit: „Brandenburg dürfte zwischen 2004 und 2030 rund 13 Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Es ist zu erwarten, daß sich die Entwicklung danach weiter beschleunigt, denn bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter halbiert haben.“

Die Politiker scheinen ratlos und machtlos. Bis 1989 hielt die Mauer die Menschen vom Wegziehen ab. Die SED hatte es sich einfach gemacht und die Bürger mit Gewalt im Staat festgehalten. Aber was können demokratische Politiker ausrichten, wenn immer mehr Menschen vor der Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat fliehen?

Subventionen für die Wirtschaft sind genug geflossen – trotzdem gab es kaum spektakuläre Ansiedlungen, keinen ausreichenden Zuwachs an Arbeitsplätzen. Stattdessen wurden mit Steuermilliarden Seifenblasen finanziert, die eine nach der anderen zerplatzten.

Auch familienfördernde Sozialleistungen haben bislang nicht dazu beigetragen, die Geburtenrate nennenswert zu steigern, und werden dieses Ziel nach Lage der Dinge auch in naher Zukunft nicht erreichen. Die neuen Länder bleiben Schlußlicht beim Kinderkriegen, auch wenn sie in den letzten Jahren ein wenig aufgeholt haben.

Die brandenburgische Landesregierung hat den erklärten Willen, den Wandel aktiv mitzugestalten. Das heißt auch: Schmerzliche Einschnitte durchzuführen, wenn sie sich nicht abwenden lassen, also: Schulen schließen, Zugverbindungen einstellen, Polizeiwachen zusammenlegen usw.

Die Landesregierung versucht aber auch, aus der Not eine Chance zu machen. Vor einiger Zeit hat das Land eine Werbekampagne für seine neun Hoch- und Fachhochschulen ins Leben gerufen. „Lieber ohne Platzangst studieren – in Brandenburg“, heißt es auf Plakaten und Postkarten. Dazu ist eine Büchse Sardinen zu sehen, eine Anspielung auf überfüllte westdeutsche Universitäten. Manchmal hilft eben nur noch Galgenhumor. *Harald Fourier*

Terrornacht

Berliner Polizeiwache heftig attackiert

In der Silvesternacht wurde eine Polizeiwache in Berlin-Prenzlauer Berg Ziel gewalttätiger Übergriffe. Es begann mit Ausschreitungen am U-Bahnhof Eberswalder Straße. Feuerwerkskörper wurden auf Polizeifahrzeuge geworfen, dann auch Flaschen und Steine.

Ein Polizeisprecher: „Das war Silvesterpublikum, aber da haben sich Personen daruntergemischt, die etwas anderes vorhatten.“ Insgesamt waren rund 500 bis 1000 Personen an der Kreuzung versammelt. Ein Teil von ihnen griff die Wache an. Eine Rakete sollte ins Innere geschossen werden, Scheiben gingen zu Bruch. Ein Polizist wurde verletzt, drei Funkwagen und eine Straßenbahn beschädigt. Die Polizei mußte Verstärkung anfordern. Erst um drei Uhr morgens hatte sie die Lage wieder im Griff.

Die Polizei spricht von „schwerem Landfriedensbruch“. Nur drei Personen konnten festgenommen werden. Zwei von ihnen wurden gleich wieder freigelassen.

Über die Gewalttäter schweigen sich Polizei und Senat aus. Waren es Linksradikale? Jugendgangs? Volltrunkene? Der Polizeisprecher machte keine Angaben, die über die magere Pressemitteilung („Unbekannte“, „1000 Personen“) hinausgingen. Dabei spricht vieles dafür, daß es sich um Linksextremisten gehandelt hat. Das Viertel ist als Hochburg gewaltbereiter Linker bekannt. Am 1. Mai gab es größere linke Krawalle im nahegelegenen Mauerpark. Als in einem Kino des Viertels im September der jüngste Film zur Geschichte der RAF aufgeführt wurde, verprügelten RAF-Sympathisanten Kinogäste im Saal. Alles geschah in unmittelbarer Nachbarschaft der nun überfallenen Polizeiwache.

> Niemand will von Linksradikalen reden

Markus Schleusener

Party für RAF-Klar

Sympathisanten feiern Freilassung

Als Christian Klar aus der Haft entlassen wurde, stand die RAF-Sympathisantenszene schon Gewehr bei Fuß, um mit dem Ex-Terroristen das Ende seiner 26jährigen Strafhaft und seinen Umzug nach Berlin zu feiern. Am 29. Dezember gaben RAF-Freunde (Motto: Antifaschistisch, antikapitalistisch, revolutionär) eine kleine „Willkommensparty“.

Es erschienen etwa 30 überwiegend junge Personen, berichtet die „Bild“-Zeitung. Klar selbst war nicht dabei. Er hatte zuvor erklärt, er wolle nicht öffentlich in Erscheinung treten. Gegen Medien, die Bilder von ihm veröffentlichen, will er vorgehen.

> Der Ex-Terrorist selbst kam nicht

Aber das Abtauchen ins Privatleben wird der Entlassene nicht durchhalten, da inzwischen ganz Berlin weiß, daß er demnächst am Berliner Ensemble (BE) ein Praktikum antritt. Intendant Claus Peymann hatte Klar dies angeboten. Der BE-Betriebsratschef hat sich deswegen schon zehnmal mit dem Serienkiller getroffen.

Die linksradikale Szene ist erfreut über den Zuwachs. Es herrscht Aufbruchsstimmung. Erst in der Silvesternacht kam es neben einem mysteriösen Angriff auf eine Polizeiwache im Prenzlauer Berg (siehe Beitrag links) auch wieder zu Brandanschlägen gegen Autos. In den Innenstadtbezirken wurden sieben Wagen angezündet. Acht weitere wurden dabei schwer beschädigt.

Seit Jahren brennen in Berlin immer wieder Pkw, Busse und Lastkraftwagen. Vor allem Nobelkarossen und Firmenwagen, die sie in Zusammenhang bringen können mit der „Globalisierung“ (Sicherheit, Kommunikation, Logistik), haben die Täter im Visier. Insgesamt zählte die Berliner Polizei im vergangenen Jahr 92 Anschläge, immerhin ein leichter Rückgang gegenüber 2007 mit 113 Übergriffen. *M.S.*

Abi »umverteilen«?

Linke will Gymnasien per Quote öffnen

Bislang hat ein Kind dann gute Chancen, auf das Gymnasium wechseln zu können, wenn es gute Noten hat. Das möchte die Berliner Linkspartei jetzt ändern. Aus Gründen der sozialen Vermischung erwägt die Partei, die mit der SPD den Senat stellt, die Einführung von sogenannten Sozialquoten. Damit, so heißt es, mehr Kinder aus „sozial schwachen Familien“ das Abitur machen.

Steffen Zillich, der bildungspolitischen Sprecher der Linkspartei, nannte Quoten „eine Möglichkeit“, um auch leistungsschwächeren Kindern aus „armen“ Familien den Weg ins Gymnasium zu ebnen. Zillich sagte zur Begründung: „Man kann nicht hinnehmen, daß die Schulen die soziale Schichtung widerspiegeln.“

Seine Parteigenossin Carola Bluhm möchte alle bevorzugen, die eine „Lernmittelbefreiung“ besitzen. Eine solche Befreiung (Schulbücher usw. müssen nicht bezahlt werden) erhalten Haushalte, die von staatlichen Transferleistungen leben. An den Berliner Gymnasien genießen zwölf Prozent der Eltern eine solche Kostenübernahme durch den Staat, in den Hauptschulen sind es 60 Prozent.

> Kinder armer Eltern privilegieren

SPD-Schulsenator Jürgen Zöllner ist skeptisch. Er befürwortet zwar auch die „soziale Vermischung“, will aber abwarten, was die jüngste Schulreform bringt. Danach werden Haupt-, Real- und Gesamtschulen verschmolzen, und das werde „die soziale Mischung ohnehin verbessern“, prophezeit SPD-Chef Michael Müller.

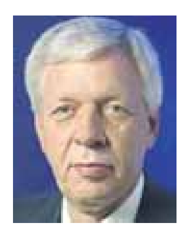
Die Oppositionsparteien reagieren ablehnend. Die FDP bewertet die Quoten als „Schwachsinn“, die Grünen sprechen von „Blödsinn“. Ein CDU-Landtagsabgeordneter kritisiert, die Linke wolle das Gymnasium „von innen aushöhlen“. *Patrick O'Brian*

Zeitzeugen



Günter Rexrodt – Die Liberalisierung des Strommarktes fällt in seine Amtszeit als Wirtschaftsminister (1993–1998). Anfangs schien es, als sei die Entscheidung des FDP-Politikers (1941–2004) im Sinne der Verbraucher, da die Preise sanken. Dann kam es zu Fusionen, die wenigen Unternehmen die Marktmacht zukommen ließen, die nun die Preise bestimmen.

Wulf Bernotat – Der 1948 in Göttingen Geborene startete nach dem Jurastudium 1976 seine Karriere bei Shell. 20 Jahre blieb er dem Öl-Konzern treu, erst 1996 wechselte er in die Marketingabteilung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA), die 2000 zusammen mit der VIAG in der heutigen E.on aufging. Drei Jahre später wurde er Vorstandsvorsitzender von E.on.



Werner Müller – Der 1946 geborene Volkswirt arbeitete ebenfalls bei der VEBA, verließ das Unternehmen aber bereits 1997. 1998 wurde er Wirtschaftsminister der rot-grünen Schröder-Regierung. 2002 geriet er in die Kritik, weil er offiziell aus „Gründen des überragenden Interesses der Allgemeinheit“ ein Verbot des Bundeskartellamts zur Fusion seines ehemaligen Arbeitgebers VEBA, inzwischen E.on, mit der Ruhrgas AG von seinem Staatssekretär Alfred Tacke außer Kraft setzen ließ. Müller wechselte 2003 zurück in die Wirtschaft als Vorstand der Ruhrkohle AG (RAG).

Gerhard Schröder – Die umstrittene Fusion von E.on und Ruhrgas fällt in seine Amtszeit. Auch der damals als „Genosse der Bosse“ titulierte Ex-Kanzler wechselte wenige Wochen nach seiner Abwahl in die Wirtschaft. Beim russischen Gasmonopolisten Gazprom fand der 1944 Geborene eine neue Aufgabe.



Alfred Tacke – Der promovierte Ökonom (*1951) war bereits 1990 unter Ministerpräsident Gerhard Schröder Referatsleiter für Wirtschafts- und Strukturpolitik in Niedersachsen. 1998 folgte er Schröder als Staatssekretär von Wirtschaftsminister Müller nach Berlin. Die in Vertretung von Müller ausgesprochene Ministererlaubnis zur Fusion E.on / Ruhrgas wurde ihm gedankt: 2004 wurde Tacke Vorstandsvorsitzender des Stromversorgungsunternehmens STEAG, heute Evonik, einer Tochter der von Müller geführten RAG.

Mächtiges Oligopol

Elektrizität teuer wie nie – 2007 schon 20 Milliarden Euro Gewinn, 2008 noch mehr

Steht Deutschland unter der Knute der vier großen Stromkonzerne, die den deutschen Markt in Sachen Stromversorgung, Stromerzeugung und Stromtransport beherrschen? Eine neue Studie unterstellt Vattenfall, RWE, EnBW und E.on Raffgier.

„Jeder zweite Stromanbieter will 2009 an der Preisschraube drehen“, hieß es gleich zu Jahresbeginn. In Kombination mit der kurz vor Silvester veröffentlichten Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, nach der die vier großen Stromkonzerne Vattenfall, E.on, RWE und EnBW in den letzten fünf Jahren ihre Gewinne verdreifacht haben, verdichtet sich der Verdacht, daß sich einige wenige hier auf Kosten der breiten Masse bereichern.

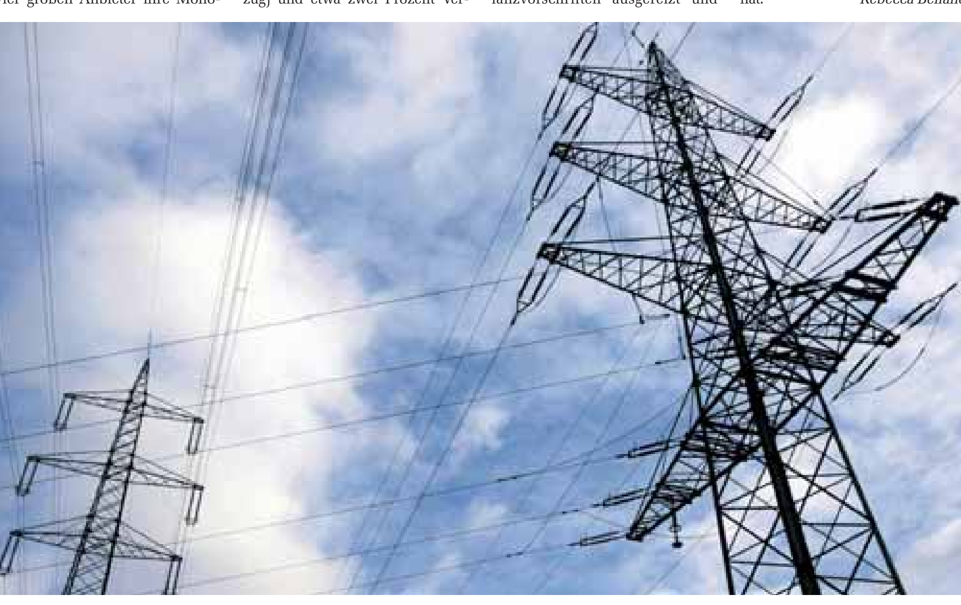
Die Grünen, die die Studie in Auftrag gegeben hatten, sahen sich in ihrem Urteil bestätigt, daß fehlender Wettbewerb auf dem Strommarkt dazu führe, daß die vier großen Anbieter ihre Monopolstellung weiter ausbauten und die Preise diktierten.

Trotz Feiertagsstimmung ließ zumindest E.on dies nicht auf sich sitzen. Die Studie sei eine „klar erkennbare Auftragsarbeit“ schnaubten die Düsseldorfer empört. Sie liefere lediglich „politisch oder ideologisch gewünschte Ergebnisse, indem Fakten und Zusammenhänge ausgeblendet und ignoriert werden“. Der Strom sei seit der Liberalisierung des Marktes 1998 nicht teurer geworden, wenn man den reinen Erzeugerpreis ohne Steuern und Abgaben betrachte.

Die Preiskalkulation ist intransparent

Und hier beginnt dann auch jegliche Überprüfbarkeit zu verschwimmen, denn der Strompreis ist ein einzigartig intransparentes Gebilde. Er setzt sich in etwa wie folgt zusammen: 40 Prozent Steuern und Abgaben, 34 Prozent regulierte Netznutzungsentgelte, 24 Prozent Einkaufskosten (Strombezug) und etwa zwei Prozent Vertriebskosten beziehungsweise Gewinnmarge. Dies gilt für den Stromversorger. Die großen vier sind aber gleichzeitig auch Stromerzeuger – hier haben sie einen Marktanteil von über 80 Prozent – und Übertragungsnetzbetreiber. Bei beidem sind sie zwar auch staatlichen Vorgaben unterworfen, doch auch hier gibt es Handlungsspielraum. Bei dem Versuch, diesen nachzuvollziehen, scheiterten die saarländischen Studienmacher. Das Ziel, die Gewinne der Konzerne den jeweiligen Stufen der Wertschöpfungskette zuzuordnen, wurde verfehlt. Da anhand der verfügbaren Daten nicht erkennbar war, welche Gewinne etwa im Strom- und Gassektor oder in der Stromerzeugung und im Stromvertrieb gemacht werden, war nach Angabe der Autoren eine Analyse nicht möglich. Die Konzerne hätten alle bestehenden Bilanzvorschriften ausgereizt und Bereiche in Tochterunternehmen ausgegliedert, die keinen Einzelabschluß veröffentlichen müssen.

Während Vattenfall, EnBW und RWE sich zurückhalten, verteidigt sich E.on. „Wenn man über Gewinne redet, sollte man dies in den richtigen Zusammenhang rücken. E.on investiert über 60 Milliarden Euro von 2007 bis 2010 in die europäische Stromversorgung, davon gehen sechs Milliarden in Erneuerbare Energien. Dies ist das wahrscheinlich größte Investitionsprogramm eines europäischen Unternehmens überhaupt. Dieses Geld muß verdient werden“, erklärt E.on-Pressesprecher Jens Schreiber. Mit einer Rendite von 14,5 Prozent rangiere E.on zudem unter den Dax-100-Unternehmen im letzten Drittel, das spräche keineswegs für exorbitante Margen. Zudem relativiere sich die Verdreifachung der Gewinne auch stark, wenn man sich vor Augen führe, daß E.on dafür eingesetzte Kapital seitdem mehr als verdoppelt hat. *Rebecca Bellano*



Das deutsche Stromnetz ist 1,6 Millionen Kilometer lang. Nur knapp 25 Prozent davon verlaufen noch oberirdisch. Bild: ddp

Die Lage der Stadtwerke

Eigentlich sind sie die Mehrheit, denn von über 900 Strom- und Gasversorgern sind rund 700 kommunale Unternehmen. In ihrer Stadt oder Gemeinde versorgen sie die meisten Haushalte und betreiben vor allem die Stromnetze auf ihren letzten Kilometern zum Endverbraucher, doch gegenüber den vier Großen im Stromgeschäft ist ihre Marktmacht trotz der großen Zahl gering.

Zwar beträgt der Anteil der kommunalen Unternehmen an der Stromversorgung in Deutschland rund 40 Prozent (47 Prozent bei der Gasversorgung), doch bei der Stromerzeugung sind sie abhängig von E.on, Vattenfall, EnBW und RWE. Diese vier bestimmen mit zwischen 80 bis 90 Prozent Marktanteil die Erzeugung des Stroms. Also kaufen die Kunden der Stadtwerke zu einem beachtlichen Teil den Strom der Energiegiganten.

Energiegiganten an gut der Hälfte der Stadtwerke beteiligt

Zwar unternehmen die Stadtwerke große Anstrengungen, um ihre Eigenerzeugung auszubauen, doch der Bau von Kraftwerken kostet Milliarden. Und nicht nur hier hat der Kunde der heimischen Stadtwerke die vier Großen mit im Boot. Die Hälfte der 700 kommunalen Versorger hat eine private Rechtsform, die es den Großen möglich macht, sich auch hier einzukaufen. Dies ist bei über 300 Stadtwerken der Fall.

Obwohl die Erlöse vieler kommunaler Stromerzeuger attraktiv sind, manche Stadtwerke ihren kommunalen Eigentümern sogar Einnahmen in ihre eher klammen Haushalte spülen, ist die Betreuung der regionalen Netze aber auch kostenintensiv. Der Verband der kommunalen Unternehmer e. V. beklagt, daß die Bundesnetzagentur die Netzentgelte gesenkt hat, so daß die Rendite leide. Doch nur Gewinn ermöglicht neue Investitionen in die Netze und den Kraftwerkbau. *Bel*

»Vier Besatzungszonen«

Für ein mutiges Wort mußte ein Top-Manager seinen Hut nehmen

Die Aussage, daß die vier großen Stromkonzerne Deutschland in vier „Besatzungszonen“ unter sich aufgeteilt hätten, kostete den Vorstandvorsitzenden der Norddeutschen Affiniere AG, Werner Marnette, sein Amt als Chef des Energieausschusses des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). „Ich bleibe bei meiner Kritik. Ich trete zurück, weil ich den BDI nicht einer Zerreißprobe aussetzen will“, so der 1945 Geborene im August 2005. Und auch jetzt noch kämpft der Ingenieur gegen das Stromoligopol. Seine Kritik hat er der EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes vorgetragen, die sich der Sache angenommen hat.

Sieht man sich die Eigentumsverhältnisse der Übertragungsnetze an, so fällt auf, daß E.on, Vattenfall, RWE und EnBW den Markt bestimmen. Zwar werden die Netzentgelte für die Durchleitung des Stroms anderer Anbieter von der Bundesnetzagentur festgelegt, doch Entscheidungsgrundlage sind die von den Betreibern gemeldeten Kosten. Da die Instandhaltung und die Modernisierung ein wesentlicher Teil der deutschen Strom-Infrastruktur darstellen, ist auch die Netzagentur an stetigen Investitionen interessiert, so daß sie diese bei der Genehmigung der Preisblätter berücksichtigt.



Die Übertragungsnetzbetreiber Bild: wikipedia

Die deutschen Höchstspannungsnetze sind erst seit einigen Jahren unter den großen vier Energiekonzernen aufgeteilt. Das Netz der EnBW umfaßt beispielsweise das ehemalige Eigentum der früheren Badenwerk AG und der Energie-Versorgung Schwaben AG, die 1997 zu EnBW fusionierten. Das E.on-Netz gehörte unter anderem einst der 1923 vom preußischen Staat gegründeten PreußenElektra. Diese wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA). Im Rahmen der Fusion von VEBA und VIAG zur E.on AG fusionierte die PreußenElektra 2000 mit der Bayernwerk AG zur E.on Energie.

Auch die anderen beiden Stromgiganten erlangten durch ähnliche Fusionen nach der Liberalisierung des Strommarktes ihre hohe Marktmacht (Vattenfall = VEAG, BEWAG und HEW und RWE = RWE mit VEW).

Alle diese Fusionen waren staatlich abgesegnet, daher kann die jetzige Monopolstellung der vier großen Stromgiganten die Politiker auch nicht überraschen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1217**

Stunde der Wahrheit für Politiker

Das Jahr 2009 bringt insgesamt 16 Wahlen auf allen Ebenen – Deutschland im Dauerwahlkampf

In diesem Jahr werden fünf Landtage, der Bundestag und das Europaparlament neu gewählt. Zudem stehen in acht Bundesländern die Kommunalpolitiker zur Wahl, und am 23. Mai läßt das Volk sein Staatsoberhaupt wählen.

Trotz Superwahljahr: Sofern wir Glück (oder auch Pech) haben, wird nebenher noch ein wenig Politik gemacht, allerdings wohl auch nur in Hinblick auf die jeweils anstehenden Wahltermine. Erst wenn nach dem Finale vom 27. September alle Stimmen ausgezählt, alle Elefantenrunden ausgestrahlt, alle Koalitionsoptionen ausgelotet und alle Plätze auf Regierungs- und Oppositionsbänken aufgeteilt sind, können wir, das Volk, der Souverän, darauf hoffen, daß wenigstens ein paar Monate lang unsere Politiker das machen, wofür wir sie gewählt haben – nämlich Politik, die von Sachargumenten bestimmt ist und nicht nur davon, womit man welchem Parteifreund bei welcher Wahl möglicherweise nützen oder schaden könnte. Allzu lange wird die Herrlichkeit der Daten und Fakten ohnehin nicht dauern – im Frühjahr 2010 stehen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen an, die Wahlkampf-Show muß weitergehen.

2009 konzentriert sich das Geschehen auf fünf Termine. Zum Auftakt sollen am 18. Januar die von Ypsilanti & Co. inszenierten hessischen Chaostage beendet werden. Am 23. Mai heißt es Köhler oder Schwan; bei der Bundespräsidentenwahl durch die Bundesversammlung ist das Volk allerdings nur Zuschauer. Am 7. Juni sind erstmals im Jahr 2009 alle 62 Millionen deutschen Wahlberechtigten zu den Urnen gerufen; sie sollen die 99 deutschen Mitglieder des Europaparlaments bestimmen. Zudem werden an diesem Tag in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg kommunale Parlamente neu besetzt. Am 30. August bestimmen Saarländer, Sachsen und Thüringer, wer sie für die nächsten fünf Jahre regieren soll. Am 27. September schließlich tritt Angela Merkel gegen Frank-Walter Steinmeier an; in Brandenburg wird parallel dazu ein neuer Landtag gewählt.

An diesen Tagen schlägt dann die Stunde der Wahrheit. Für die Politiker, die dafür einstehen müssen, was sie den Wählern vorher versprochen haben. Und nach dem hessischen Debakel darf man davon ausgehen, daß keine Partei sich weitere Glaubwürdigkeitsverluste dieses Kalibers wird leisten können.

Auch für die Meinungsforscher und Wahlpropheten schlägt dann die Stunde der Wahrheit. Längst wird in den einschlägigen Instituten nicht nur an raffinierteren Fragestellungen gefeilt, sondern auch an den Ausreden für den keineswegs unwahrscheinlichen Fall, daß der Wähler so souverän ist, wieder einmal anders zu entscheiden, als Allensbach oder Infratest, Forsa oder die „Forschungsgruppe Wahlen“ es vorausgesagt haben.

In diesem Jahr scheint das Risiko besonders hoch. Zwar gehört noch nicht viel prophetisches Talent dazu, für Hessen einen klaren Sieg des bürgerlichen Lagers anzusagen. Kochs CDU liegt stabil zwischen 41 und 43 Prozent, Ypsilantis sozialdemokratischer Scherbenhaufen bei 23 bis 25 Prozent. Da die FDP bei allen Instituten mit 13 Prozent veranschlagt wird, dürfte es sogar unerheblich sein, ob Honeckers Erben noch einmal die Fünf-Prozent-Hürde schaffen.

Überraschungen sind auch bei der Bundespräsidentenwahl kaum zu erwarten. Aus Sicht des Amtsinhabers gibt es nur einen Unsicherheitsfaktor: die Freien Wähler, die es in den bayerischen Landtag geschafft haben, eigentlich als eher dem Konservativen zugeneigt gelten, schon nach wenigen Monaten aber erste Anzeichen von Politikunfähigkeit offenbaren.

Dann aber beginnt das für Demoskopen verminte Gelände. Der 7. Juni – die Prognose sei gewagt – wird vermutlich alle bis dahin veröffentlichten Vorhersagen über den Haufen werfen. Bislang weiß niemand, wie die von Politikern und Meinungsmachern beschworene, vom Volk aber bislang hartnäckig ignorierte Wirtschaftskrise sich tatsächlich auswirkt. Die große Bandbreite der vom Wähler aussendbaren Signale zwischen Brüssel und Gemeinderat dürfte Voraussagen und Interpretationen zusätzlich erschweren.

Der Wahl im Saarland am 30. August kann Signalwirkung für den weiteren Urnengang der SPD mit der Linkspartei zukommen. Nach allen Umfragen der letzten Monate muß sich die SPD entscheiden zwischen der Rolle als Juniorpartner der CDU und der des knapp stärkeren Koalitions-Partners der Linken, die hier, in der Heimat von Oskar Lafontaine, bei über 20 Prozent steht.

Auch für die anderen zwei Landtagswahlen am 30. August (Sachsen, Thüringen) klaffen die Prognosen weit auseinander. Halbwegs sicher ist nur eines: Mit der Regierungsbildung wird man sich Zeit lassen, vor allem wo Rot-Rot droht. Da will sich vor der Bundestagswahl niemand eine Blöße geben, nicht einmal „Münte“, der zur Zeit damit beschäftigt ist, sich selbst sowohl links als auch rechts zu überholen.

Hans-J. Mahlitz



Rot-Rot auch im Westen? Auf den Chef der Saar-SPD, Heiko Maas, kommt eine heikle Entscheidung zu. Bild: ddp

MELDUNGEN

Nach Mauerfall enttäuscht

Berlin – Fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Freude über die Wiedervereinigung bei vielen Deutschen verflogen. Das hat eine von der „Berliner Zeitung“ in Auftrag gegebene Umfrage ergeben. Dabei zeigten sich viele der 1000 Befragten in Ost und West von den Entwicklungen seit 1989 enttäuscht. Erwarteten damals 71 Prozent der Mitteldeutschen, daß sich ihre persönlichen Lebensverhältnisse verbessern würden, sagen heute nur 46 Prozent, daß dies auch eingetroffen sei. Im Westen seien es sogar nur 40 Prozent gegenüber 52 Prozent im Jahr 1989. Der Studie zufolge ist jeder vierte Mitteldeutsche der Ansicht, daß es den Menschen in den neuen Bundesländern heute schlechter gehe als vor 1989. *idea/PAZ*

Djerba-Mitwisser vor Gericht

Karlsruhe/Paris – In Frankreich läuft der Prozeß gegen die Drahtzieher des Terroranschlags in Djerba vom 11. April 2002. Mit auf der Anklagebank sitzt der deutsche Konvertit Christian G. Er war bald nach dem Anschlag festgenommen worden, doch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erhielt vom Bundesgerichtshof keinen Haftbefehl. Dieser sah in der Tatsache, daß der wegen seiner Verbindungen zu islamistischen Extremisten bereits abgehörte Christian G. wenige Stunden vor dem Anschlag mit dem Selbstmordattentäter telefoniert hatte, keinen Beleg für seine Mitwisserschaft. Zwar gab der Verdächtige sogar zu, Kontakte zu Al Kaida zu haben und in afghanischen Terrorlagern gewesen zu sein, doch damals war die Unterstützung einer „ausländischen“ Terrororganisation nach Paragraph 129a zur „Bildung terroristischer Vereinigungen“ noch nicht strafbar. Erst 2003 wurde der aus RAF-Zeiten stammende Paragraph entsprechend erweitert. *Bel*

Ost-Deutsch (99):

Leitmotiv

Von Wolf Oschlies

Ja nisam luzer, o naprotiv/ meni je osmeh lajtmotiv“ (Ich bin kein Loser, im Gegenteil/ Lächeln ist mein Leitmotiv) singt Gjorgje Balasevic, letzter Mohikaner des klassischen Jugo-Pops und einziger serbischer Künstler, der bis heute von Ljubljana bis Zagreb Stadien füllt. Mit dem „Leitmotiv“ gebraucht er ein deutsches Wort, das seit Jahren im Osten überall und inflationär verwendet wird. Warum? Weil „reforma është lajtmotiv“ (Reform das Leitmotiv ist), wie selbst Albaner sagen.

Der Begriff tauchte um 1870 in der Musik auf, wo er eine stets wiederkehrende Tonfolge bezeichnet. Carl Maria von Weber hat als erster leitmotivisch komponiert, Richard Wagner hat es exzessiv getan und zahllose Musiker, besonders solche vom Film, machten es ihnen nach. Aber (wissen Kroaten) „muziki lajtmotiv se gubi“ – Leitmotiv gibt es nicht mehr nur in der Musik. Es dominiert östliche politische Debatten – geschrieben lateinisch oder kyrillisch, phonetisch oft „aj“ oder „ej“ angepaßt.

Ganz deutsch ist polnischer Wortgebrauch: „Leitmotivem niemal wszystkich rozwazan“ (Leitmotiv fast aller Überlegungen). Ebenso tschechischer: „krize a apokalypsy, to je leitmotiv festivalu“ (Krisen und Apokalypsen sind das Leitmotiv des Festivals). Gelegentlich halten es auch Serben so: „Kroz celu knjigu povukli svoj credo i leitmotiv“ (Durch das ganze Buch zogen sich sein Credo und Leitmotiv); aber zumeist schreiben sie anders: „Lajt-motiv citavog teksta“ (das Leitmotiv des ganzen Textes). Ohne Bindestrich kommen Kroaten aus, wenn sie das „lajtmotiv prestojecih izbora“ (Leitmotiv der bevorstehenden Wahlen) nennen.

„Takij lejtmotiv rozmovi“ (so ein Leitmotiv der Unterhaltung) kennen auch Ukrainer. Sie schreiben kyrillisch, verwenden statt des „j“ ein „i kratkoe“, was aber den Wiedererkennungswert nicht mindert. Dasselbe gilt für Russen: „Otnosenija SSchA i Evropy okazalis lejtmotivom“ (Die Beziehungen USA – Europa erwiesen sich als das Leitmotiv). Und wo bliebe russische Literaturkritik, wenn sie nicht das „lejtmotiv proizvedenija“ (Leitmotiv des Werks) ausfindig machte? Ihr und anderen geht die Souveränität Richard Wagners ab, der zwar in Leitmotiven schwelgte, den Begriff aber nur ein einziges Mal verwendete.

Bares zur Geburt

CSU will Darlehen zum »Abkindern«

Sie wollen aktiv etwas für junge Familien tun und so haben drei CSU-Politiker ihrem Partei-Chef Horst Seehofer einen Brief geschrieben, in dem sie für ein „Starterpaket“ für frischgebackene Eltern werben. Johannes Singhammer, Stefan Müller und Joachim Unterländer sind sich zwar bewußt, daß die Entscheidung für ein Kind nicht nur von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern abhängt, aber durchaus von der „Zuversicht und Hoffnung, es gut zu versorgen“, getragen werde. Und daher empfehlen die drei Familienväter, Eltern bei der Geburt eines Kindes 1000 Euro als „Starterpaket“ zur Verfügung zu stellen, damit Anschaffungen wie Kinderwagen und Kinderbett leichter fallen. Außerdem schlagen sie vor, Familien einen zinslosen „Starterkredit“ in Höhe von 10 000 Euro zur Verfügung zu stellen, der innerhalb von drei oder fünf Jahren zurückzuzahlen wäre. Bei der Geburt eines weiteren Kindes solle sich die verbleibende Schuld dann um mindestens 1000 Euro verringern.

Rückgriff auf eine Maßnahme der DDR

Die Idee, einen Kredit „abzukindern“, ist nicht neu. Bereits die DDR hat diese Form der Familienförderung angewandt. Dort galt nach der Geburt des dritten Kindes der Kredit sogar als getilgt. Doch die Idee aus DDR-Tagen läßt sich nur schwer auf die bundesdeutsche Familienförderung übertragen. Dies mußte vor kurzem das Land Thüringen erfahren. Dort wollte man zum 1. Juli 2008 ein ähnliches „Familiendarlehen“ anbieten. Doch das Sozialministerium in Erfurt hat die Pläne auf nach der Landtagswahl Ende August verschoben, obwohl bereits 3,5 Millionen Euro im Haushalt 2009 dafür bereitgestellt waren. Grund ist, daß die in Frage kommende Klientel, nämlich sozialschwache Familien, zusätzliche Einkünfte mit Sozialleistungen verrechnen müssen. Das bedeutet, daß dieser Kredit für die wirklich bedürftigen Empfänger, nämlich die Hartz-IV-Empfänger, auf ein Nullsummenspiel hinausliefe.

Außerdem werfen Kritiker die Frage auf, ob der Anreiz, durch die Geburt weiterer Kinder Kreditschulden reduzieren zu können, die richtige Basis für eine ausgeglichene Familienpolitik ist. Allenfalls sozial schwache Familien würden hierauf reagieren, doch an Kindern aus dieser Schicht mangele es am wenigsten. *Bel*

Zunehmend obskur

Fall Mannichl gibt neue Rätsel auf

Nun ruhen die Hoffnungen der Ermittler im Fall Mannichl auf eingesammelten Zigarettenstummeln und anderen, nicht näher bezeichneten „Kleinteilen“. 30 Beamte des bayerischen Landeskriminalamts haben die Gegenstände vergangenen Sonntag in der Umgebung des Hauses des Passauer Polizeidirektors Alois Mannichl aufgelesen. Sie werden derzeit auf Spuren untersucht.

Der Beamte war am 13. Dezember an seiner Haustür niedergestochen worden. Der Täter hat laut Mannichl vor dem Zustechen gerufen: „Viele Grüße vom nationalen Widerstand. Du linkes Bullenschwein, du trampelst nimmer auf den Gräbern unserer Kameraden herum.“ Daher wurde der Angreifer als Rechtsextremist identifiziert. Die Hoffnung auf schnelle Aufklärung schien berechtigt, da die Neonazi-Szene staatlicherseits bestens dokumentiert ist. Stattdessen erscheint der Fall mit Fortgang der Ermittlungen zunehmend verworren. Vier Personen, die festgenommen wurden, mußten wieder freigelassen werden, da sie ein Alibi hatten. Mannichl selbst hatte den Täter als etwa 1,90 Meter großen Mann mit auffälligen Tätowierungen am Hals und sehr kurzen Haaren beschrieben. Beobachter wundern sich indes, warum der Beamte nach 35 Dienstjahren nicht imstande war, genug Angaben für die Anfertigung eines Phantombildes zu machen. Immerhin habe er dem Täter für die Zeit der Beschimpfung Auge in Auge gegenübergestanden.

Jetzt auch Punks und Rocker im Visier

Mittlerweile fahnden die Ermittler auch im Rocker-, Punker- und „Gothic“-Milieu. Im jüngsten Fahndungsaufruf wird nach insgesamt fünf Personen gesucht, darunter nach einer Frau mit „zerzaustem Haar“ und Piercing am Auge und einem Mann mit „Hahnenkammfrisur“ – beides eigentlich typische Merkmale der linksorientierten Punk-Szene.

In einem Münchner TV-Sender wurde nach Angaben des „Münchner Merkurs“ allen Ernstes „gefragt, ob nicht Frau Mannichl die Täterin sei und ein Familiendrama vertuscht werde“. Neben solch bizarren Spekulationen führt eine vage Spur sogar in einen Passauer Eishockey-Klub, wo sich jemand mit der Tat gebrüstet haben soll. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Pakistan soll ermitteln

Neu-Delhi – Nach den Anschlägen im indischen Bombay am 26. November setzt Indien Pakistan mit der Vorlage von Beweismaterial unter Druck. Die bisherigen Ermittlungen und die Vernehmung des einzigen überlebenden Attentäters hätten ergeben, daß pakistanische Hintermänner alles geplant hätten. Indien erwartet nun von Pakistan, daß es unverzüglich eigene Ermittlungen aufnimmt. Die beiden seit Jahrzehnten miteinander verfeindeten Nachbarländer haben bereits vor Wochen die militärischen Einheiten an ihrer Grenze verstärkt. *Bel*

Neue Chance auf Frieden?

Nairobi – Laut BBC haben die kongolesischen Rebellen ihren Führer Laurent Nkunda gestürzt. Nkunda, der jegliche Friedensgespräche mit den UN verweigerte, hatte große Teile des nördlichen Kongos gewaltsam unter seine Kontrolle gebracht. *Bel*

Cholera erreicht Südafrika

Johannesburg – Südafrika meldet erste Todesfälle nach Cholera-Erkrankungen. Nach Behördenangaben starben bisher elf Menschen an der aus dem krisengeschüttelten Simbabwe eingeschleppten Epidemie. Auch Malawi und Mosambik geben an, daß die in Simbabwe grassierende Cholera auch in ihren Ländern die ersten Menschenleben gekostet habe. Das vom Diktator Robert Mugabe niedergewirtschaftete Simbabwe kämpft schon seit Monaten vergeblich gegen die Cholera, an der Zehntausende erkrankt sind. Die Bevölkerung ist unterernährt, jeder Dritte ist mit dem HIV-Virus infiziert. *Bel*

Vergeltung der Vergeltung

Der israelische Angriff auf Gaza hat eine lange Vorgeschichte – Unrecht als Grundlage des Extremismus

Der israelische Großangriff auf den Gaza-Streifen ist nicht nur für die unmittelbar Betroffenen eine Katastrophe: Er wird radikalen Kräften mächtigen Auftrieb verleihen, pro-westliche Regierungen destabilisieren, Christen im Orient noch häufiger zu Ersatzobjekten für Racheakte machen und Terroristen zu neuen Anschlägen in Europa inspirieren.

Was sich in diesen Tagen im eingekesselten Gaza-Streifen abspielt, ist erst bruchstückhaft bekannt, denn die israelische Militärzensur ist rigoros, und ausländischen Journalisten oder Beobachtern wird die Einreise verwehrt. Der Fernsehsender Al-Dschasira ist das einzige Medium, das noch direkt aus Gaza-Stadt berichtet – noch, denn Al-Dschasira-Leute sind schon mehr als einmal durch Granaten ausgeschaltet worden.

Fest steht bisher, daß die Zahl der Getöteten bei weit über 500 liegt und laufend steigt. Auch von den tausenden Verwundeten werden viele mangels medizinischer Versorgung nicht überleben. Die mit internationaler, vorwiegend europäischer Hilfe aufgebaute Infrastruktur einschließlich der Strom- und Wasserversorgung sowie sämtlicher Verwaltungseinrichtungen ist gründlichst zerstört.

In ihrer Dimension war die Offensive überraschend, im Zeitpunkt nicht: Denn erstens hatten politische Beobachter immer schon mit Kriegshandlungen im Zeitfenster zwischen den US-Präsidentenwahlen und dem Amtsantritt des neuen Präsidenten gerechnet. Allerdings gegen den Iran - und auch die Spekulation, die den Ölpreis in schwindelnde Höhen getrieben hatte, war ja von einer Kriegserwartung am Golf ausgegangen. Zweitens machte die Hamas ihre Drohung wahr, die auf sechs Monate befristete Waffenruhe nicht zu verlängern, und nahm den Beschuß von Zielen in Israel wieder auf.

Die Hamas begründete ihren selbstmörderischen Entschluß damit, daß die Blockade des Gaza-Streifens nicht gelockert wurde. Die unter Mitwirkung Ägyptens ausgehandelte Waffenruhe war aber ohnehin nie wirklich eingehalten worden – wobei Schuldzuweisungen immer davon abhängen, wo man die Kausalkette beginnen läßt, denn in diesem Konflikt ist jede „Vergeltung" die Vergeltung einer Vergeltung.

Verteidigungsminister Ehud Barak, der nach den Wahlen am 10. Februar Ministerpräsident zu werden hofft, betonte andererseits, daß die „Operation gegossenes Blei" bestens vorbereitet war. Und wer am Sonntag Al-Dschasira verfolgte, konnte miterleben,

> Die Operation wurde offenbar seit neun Monaten vorbereitet

wie sich ein Knesset-Sprecher im Interview verplapperte: Dabei kam heraus, daß die Vorbereitungen seit neun Monaten liefen, also parallel zur Waffenruhe und bereits davor.

Wenn westliche Politiker der Hamas alle Schuld geben, ist das zwar grotesk, doch immerhin konsequent: Sie, die stets die „Demokratie" im Mund führen, haben ja schon den klaren Wahlsieg der Hamas Anfang 2006 nie akzeptiert und die Arbeit der legitimen Regierung systematisch torpediert. Umgekehrt sind sie recht tolerant, wenn Verbündete Wahlbetrug begehen. Und Israel ist für sie „die einzige Demokratie im Nahen Osten", obwohl die israelischen Araber faktisch Staatsbürger zweiter Klasse sind.

Daß die Hamas Terror-Methoden anwendet, ist unbestritten. Auch Yassir Arafat und seine Kumpane waren Terroristen – ehe man sie als Verhandlungspartner akzeptierte. Und viele andere, die später als Staatsmänner und sogar Nobelpreisträger endeten, waren ebenfalls Terroristen. Die Hamas begann als religiöse Wohltätigkeits-Organisation, was ihr bis zuletzt großen Zulauf brachte. Sie wurde anfänglich sogar von Israel unterstützt, um Arafat zu schwächen. Daß sie zu einer Terrororganisation mutierte, ist nicht zuletzt die Folge davon, daß trotz aller Versprechungen der diversen „Friedensprozesse" die Lebensbedingungen in den von Israel besetzten Gebieten immer hoffnungsloser wurden. Und der Hamas-Wahlerfolg war eine Reaktion auf den Korruptions-Sumpf um Palästinenserpräsident Mahmud Abbas.

Für die Weltöffentlichkeit gilt natürlich das israelische Recht auf Selbstverteidigung. Die Palästinenser sehen dieses Recht ein wenig anders, nämlich als den Anspruch Israels, ungestört behalten zu dürfen, was man ihnen entschädigungslos geraubt hat und durch Siedlungspolitik weiter raubt. Die Anerkennung Israels fällt wohl jedem Araber schwer. Aber die meisten haben sich längst damit abgefunden und nahezu alle würden sich mit den Grenzen vor 1967 abfinden, wenn es wirklich um die in den Uno-Resolutionen definierten Grenzen ginge und es faire Entschädigungen für die Vertriebenen gäbe. Man sollte nie vergessen: Extreme Ideologien gedeihen nur dort, wo extremes Unrecht den Boden dafür bereitet hat.

In Gaza entscheidet sich jedenfalls, wer in Israel Ministerpräsident wird – Ehud Barak von der Arbeitspartei, Tzipi Livni von Kadima oder – wenn zuviele eigene Soldaten sterben – Benjamin Netanjahu von der Likud-Opposition. Ein teurer Wahlkampf.

R. G. Kerschhofer



Die Zivilbevölkerung leidet: Dieser Junge wurde am ersten Tag der Bodenoffensive verwundet. Bild: AP

Holpriger Start

Tschechische EU-Ratspräsidentschaft

Mit einem ausgewachsenen faux-pas begann die tschechische EU-Ratspräsidentschaft. Jiri Frantisek Potuzník, der Sprecher von Premierminister Topolánek, nannte den in der EU höchst umstrittenen Einmarsch israelischer Bodentruppen in den Gaza-Streifen eine „defensive Aktion" – offenbar ohne vorherige Abstimmung mit den anderen EU-Hauptstädten. Da die Tschechische Republik seit 1. Januar für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft innehat, gilt derzeit alles, was aus Prag kommt, als Stellungnahme der EU. Entsprechend groß ist der Unmut in Paris und London, wo man viel kritischer als in Prag über die israelische Politik denkt. Noch größer ist der Zorn in der arabischen Welt, Lybien drohte gar mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Auch Prags Umgang mit dem Fehltritt wirft Fragen auf. Außenminister Karel Schwarzenberg – an sich ein angesehener diplomatischer Profi – meinte zuerst lokker: „Das kann doch jedem mal passieren", bevor er das Ausmaß des Schadens erkannte und zusammen mit Topolánek von einem „Mißverständnis" und „schweren Fehler" sprach.

Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) erinnerte anläßlich der Übernahme des Ratsvorsitzes durch Prag an die ausstehende Bereinigung des Vertreibungsunrechts. „Das Europäische Parlament hat Tschechien in den Jahren 1999 und 2000 zwei Mal zur Aufhebung der völkerrechtswidrigen Benesch-Dekrete aufgefordert. Diese Entschließungen sind bis heute nicht umgesetzt worden", erinnerte Wilhelm v. Gottberg, der Präsident der Generalversammlung der EUFV. Die Dekrete, die die formale Begründung der Vertreibung und Enteignung von fast vier Millionen Deutschen und Ungarn bilden, seien jedoch „mit dem europäischen Rechtsbestand völlig unvereinbar", so v. Gottberg.

> v. Gottberg erinnert an Vertreibung

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, nannte die Dekrete „ein ‚gefährliches Krebsgeschwür in der europäischen Rechtsordnung, das endlich beseitigt werden muß, nicht zuletzt im Interesse des tschechischen Volkes". *K.B.*

Kampf gegen die Medizinmänner

In Afrika läßt Aberglaube die Aidsrate explodieren und bedroht seltene Tierarten

Furchtbar ist Schwarzafrika von der Aids-Epidemie betroffen. Im Jahre 2007 lebten dort rund 22 Millionen HIV-Infizierte, zwei Millionen Todesfälle waren zu beklagen. Der Umgang mit der Krankheit treibt dort bizarre Blüten. Seit Wunderheiler und Quacksalber Männern als probates Mittel gegen die Immunschwächekrankheit empfehlen, zur Heilung mit Babys und kleinen Kindern ohne Kondom Verkehr zu haben, versucht Namibias Regierung, die Notbremse bei den Europäern gegenüber schamvoll verschwiegenen Auswüchsen zu ziehen. Neue Gesetze sollen solchen in ganz Zentral-, Südost- und Südwestafrika üblichen Mißbrauch unterbinden, die Medizinmänner sollen erfaßt und aufgeklärt werden – ein schier aussichtsloser Kampf gegen die vor allem in ländlichen Gebieten allmächtigen „Sangorma", die Zauberdoktoren und ihre zweifelhaften „Ramli", die Weissagungen.

Frauenorganisationen wie das „Women's Leadership Center" in Windhuk flankieren diesen Kampf durch Aufklärungskampagnen. Schockierende Berichte sollen dabei helfen. Elisabeth Khaxas, eine der Vorkämpferinnen und Chefin der Institution, listet neben dem Kindsmißbrauch weitere zweifelhafte Praxen auf: Schmerzhafte Schamlippenverlängerung, Austrocknung der Vagina durch Wurzeln, sexueller Mißbrauch von Kindern auch durch Verwandte, Töten von Albinos und alten Frauen (Ruanda, Uganda und Tansania), um aus deren Haut und Knochen „Medizinen" herzustellen. Auch Behinderte sind nach Berichten aufgeklärter afrikanischer Politiker in Gefahr. Sie würden Probleme in die Familien tragen und sind nach Ansicht vieler Zauberdoktoren zu töten. Seit die tansanische Regierung das „Abschlachten" von Albinos verboten hat, scheinen die Medizinmänner in andere, noch mehr dem Aberglauben verfallene Länder Afrikas auszuweichen, um sich dort die verbotenen Grundstoffe für ihre Pülverchen zu besorgen. Seit 2007 bis heute wurden in Tansania etwa 30 Morde an Albinos registriert, 47 Beteiligte verhaftet. Früher wurde ein Albinobaby traditionell sofort nach der Geburt erwürgt.

> Kindesmißbrauch gibt Aids an die dritte Generation weiter

Der in fast ganz Afrika tief in der Kultur verwurzelte Aberglaube und seine kulturellen Riten gehen davon aus, daß Albinos aus dem Geschlechtsverkehr mit einem Weißen stammen, andere Stämme wiederum halten sie für direkt aus Europa kommende Geister, die die traditionelle afrikanische Lebensart vernichten wollen. Ihre Verfolgung ist grenzüberschreitend.

„Wir haben lange auf die ABC-Methode der Aids-Bekämpfung (Enthaltsamkeit, Treue, Kondome) gesetzt, doch die Erkrankungsrate nimmt besonders bei Frauen ständig zu, nur vermehrte Aufklärung kann helfen", postuliert Elisabeth Khsaxas. Zudem werde nach dem Verständnis der meisten Schwarzen die Frau ausschließlich als Objekt zur Befriedigung des Mannes gesehen und habe sich deswegen dem kondomlosen Verkehr zu unterwerfen. Vor allem der Mißbrauch von Kindern gebe die Seuche bereits an die dritte Generation weiter – ein Flächenbrand. Nur eine Stärkung der Stellung der Frau könne da Abhilfe schaffen.

Ein weiteres Problem stellt die fortschreitende Ausrottung geschützter Tier- und Pflanzenarten dar. So sind beispielsweise in Namibia bestimmte Geier- und Adlerarten bedroht, deren Organe zu Gesundheitsmittelchen verarbeitet werden. Auch aus angrenzenden Ländern fallen Medizinmänner ins Land ein, um die begehrten Tiere zu jagen. Das Verspeisen des immer selteneren Schreiadlers – so der Glaube – etwa mache aus dem Esser einen besseren Fischer, Geieraugen seien wichtig, um in die Zukunft blicken zu können.

Nach einem Aufruf des Gesundheitsministeriums meldeten sich 2003 in Windhuk rund 1500 Medizinmänner. Ihre Erfassung soll weitergehen, wobei Minister Richard Kamwi Wert auf eine Unterscheidung zwischen seriösen Naturheilern und Scharlatanen legt und nur jenen zu Leibe rücken will, die ganz offensichtlich ihren Status als Heiler mißbrauchen oder verbotene Methoden anwenden.

Aber gerade die sind schwierig ausfindig zu machen, genießt doch ihr dunkles Treiben bei der einfachen Bevölkerung aus Tradition viel Rückendeckung. Und freiwillig melden sie sich gewiß nicht auf dem Amt.

Joachim Feyerabend

Experten suchen »Exit-Strategie«

Angesichts der Krise blähen die Notenbanken die Geldmenge auf – Viele Risiken und Nebenwirkungen

Auch diese Krise geht einmal vorüber. Aber was folgt ihr nach? Ein neuer, endlich wieder solider Aufschwung? Oder nur die nächste Blase, die noch größer und zerstörerischer ausfallen wird als die letzte? Experten warnen.

Militärs sprechen von der Notwendigkeit einer „Exit-Strategie“, abgeleitet vom englischen Wort „exit“ für Ausgang. Gemeint ist: Bevor man eine Operation beginnt, etwa den Einmarsch in ein Land, muß ein guter Plan aufgestellt sein, wie man da wieder herauskommt.

Das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark hat den militärstrategischen Begriff in die Finanzmarktpolitik eingeführt. Seit über einem Jahr schon fluten die Notenbanken weltweit die Kapitalmärkte mit Billionen neuer Dollars, Euros und anderen Währungen, an ihrer Spitze der Chef der US-Notenbank, des „Federal Reserve Board“ (kurz: Fed), Ben Bernanke. Mit dem neu geschöpften Geld kaufte Bernanke unter anderem Anteile an gestrauchelten Immobilienfinanzierern oder die berüchtigten „Mortgage Backed Securities“. Das sind die Bündel aus großenteils abzuschreibenden Hypothekenkrediten, die der US-Milliardär Warren Buffett als „Massenvernichtungswaffen“ auf dem Kapitalmarkt bezeichnet hat.

Auch wenn sich derzeit im Kreditwesen bedrohlich wenig tut, und die Unternehmen eine „Kreditklemme“ beklagen – Bernankes Milliarden sind auf dem Markt, wie auch die aus den Unterstützungsmaßnahmen der übrigen Notenbanken, und haben die Geldmenge entsprechend aufgebläht.

Klassischerweise folgt auf eine solche Aufblähung der Geldmenge ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum („Geldmengen-Inflation“) mit Zeitverzögerung ein spürbarer Anstieg der Preise („Preis-Inflation“). Genau davor fürchtet sich Jürgen Stark. Angesichts der Ströme an frischem Notenbankgeld warnt er im „Managermagazin“: „Wir müssen sehr aufpassen, daß eine solche Politik nicht mittelfristig zu neuen Übertreibungen und zu steigender Inflation führt.“ Das Gegenteil von Inflation, die „Deflation“ (also die Spirale aus sinkenden Preisen, zurückgehender Produkion und wachsender Arbeitslosigkeit) gehöre „nicht zu meinen größten Sorgen“, so Stark.

Dem Laien gibt die derzeitige Politik von Regierungen und Notenbanken ohnehin Rätsel auf. Als Ursache des abrupten Abschwungs wird von allen Seiten das Platzen einer Blase ausgemacht, die aus zu billigen, kaum gesicherten Krediten und der damit angefachten uferlosen Verschuldung bestand. Eine Verschuldung, die als Finanzderivate verkleidet in den Kapitalmarkt geschoben und als „Wertpapiere“ (mit zweifelhaftem Wert) gehandelt herumgereicht wurde.

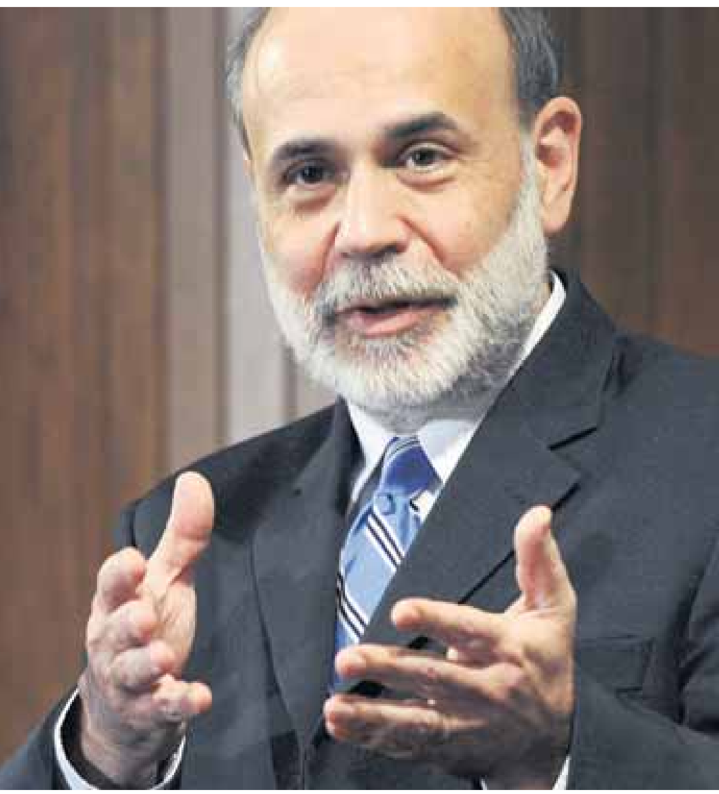
Nun soll der Ausweg aus der Krise ausgerechnet darin bestehen, die gigantischen Fehlspekulationen (vor allem der Banken) und eine falsche Investitionspolitik (etwa in der Auto-Industrie) durch eine noch viel höhere Verschuldung abzufedern? Kritische Fachleute nennen das „Feuer mit Feuer bekämpfen“ und warnen, daß am Ende nur verbrannte Erde übrigbleiben könnte.

Mit den Notenbank- und Regierungsmilliarden würde im ungünstigsten Fall nämlich nur die nächste, noch größere Blase aufgepumpt, mit deren unvermeidlichem Platzen später nach der Zerrüttung der Staatsfinanzen auch die Währungsstabilität und sogar ganze Volkswirtschaften in die Brüche gehen könnten.

Hier setzt Starks „Exit-Strategie“ an. Der Zentralbänker räumt ein, daß es wohl kaum eine Alternative zur Politik der massenweisen Soforthilfen per Geldmengenaufblähung gebe, wollte man ein zweites 1929 verhindern. Es müsse aber sichergestellt sein, daß nach dem Abklingen der akuten Rezession und dem Lösen der Kreditklemme das ausgestreute Geld schnell wieder eingesammelt, die Zinsen erhöht und die öffentlichen Finanzen zügig wieder gestrafft werden.

Daß dies so kommen wird, erscheint allerdings zweifelhaft. Zunächst zur Geldmenge: Fed-Chef Bernanke verfolgt offenbar das Ziel, die aufgekauften Unternehmensanteile der gestrauchelten Banken, Versicherer, Autohersteller und so weiter sowie die übernommenen Kredite nach Abflauen der Krise wieder am Markt zu verkaufen und so das jetzt ausgestreute Geld vom Markt zu nehmen. Darin schwingt die Hoffnung mit, daß für die derzeit kaum handelbaren Produkte dann wieder achtbare Preise zu erzielen wären. Experten befürchten, daß genau das mißlingen könnte. Die Hilfe der Fed bestand schließlich darin, daß sie vom Markt zum „Sondermüll“ herabgestufte Papiere zu Preisen weit über dem aktuellen Marktwert aufkaufte. Würde sie diesen „Müll“ dereinst zu viel niedrigeren Preisen wieder abstoßen, bliebe die Differenz als überschüssige Geldmenge in Umlauf und würde zur Geldentwertung beitragen, weil zuviel Geld für zuwenig Güter im Markt verbliebe.

Auch daß Starks Mahnung erhört wird, die Zinsen nach Abflauen der Krise zügig zu erhöhen und die Staatsfinanzen wieder auf Linie zu bringen, scheint zweifelhaft: Höhere Zinsen dämpfen das Wachstum und erhöhen überdies die Kosten für die (nach all den Hilfspaketen) erheblich angewachsenen Staatsschulden. Man darf gespannt sein, ob und inwieweit die Notenbänker dem zu erwartenden Druck aus Politik und Wirtschaft standhalten und die Zinsen tatsächlich frühzeitig wieder anheben. *Hans Heckel*



Riskante Politik: Ben Bernanke stellt den Banken fast zinslose Kredite zur Verfügung. Bild: Reuters

MELDUNGEN

Tickende Zeitbomben

Berlin – Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) muß sich auf neue Schreckensmeldungen gefaßt machen: Nach einer Experten-Untersuchung sind die vom Bund abgegebenen Hermesbürgschaften „tickende Zeitbomben“. Mit den Bürgschaften sichert Berlin Exportgeschäfte deutscher Firmen ab. Laut dem haushaltspolitischen Sprecher der Union, Steffen Kampeter (CDU), steigt aufgrund der Weltwirtschaftskrise das Ausfallrisiko „erheblich“. Vor allem Rußland habe Zahlungsschwierigkeiten. Zahlt Rußland seine Rechnungen nicht, können deutsche Firmen über Hermes ihr Geld bei der Bundeskasse holen. Insgesamt stehen für 2009 117 Milliarden Euro an Hermesbürgschaften im Bundesetat. *H.H.*

Deutsche besser als sie denken

Böblingen – Der neue Chef des IBM-Forschungs- und Entwicklungszentrums im baden-württembergischen Böblingen, Erich Baier, zog nach seinen ersten Monaten zurück in Deutschland eine überaus positive Bilanz der hiesigen Hochtechnologie. Laut Baier, der zuvor 16 Jahre in den USA gearbeitet hatte, braucht sich Deutschland nicht mehr hinter globalen Hochtechnologie-Standorten wie dem kalifornischen Silicon Valley zu verstecken: „Vielleicht trauen wir Deutsche uns die Exzellenz nicht zu, vielleicht verkaufen wir uns auch unter Wert. Aber die Realität ist, daß wir hier exzellent ausgebildete Fachleute haben“, sagte er der „Wirtschaftswoche“. Die deutschen Mitarbeiter seien zudem „unheimlich produktiv“, dächten interdisziplinär und seien hervorragend global eingebunden. Auch die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen sei „viel besser als ihr Ruf“. Wirtschaft und Hochschulen seien „erstklassig vernetzt“, so Baier. *H.H.*

Weiter viel Kritik

Gesundheitsfonds startet glatt, aber Finanzierung bleibt wackelig

Zumindest organisatorisch ist bisher alles überraschend reibungslos gelaufen. Seit zehn Tagen bestimmt der heftig umstrittene Gesundheitsfonds die Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens. Doch schon in den ersten Januartagen forderte die FDP-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Teil eines Konjunkturprogrammes die Rücknahme des Fonds, der mit seinem Einheitsbeitrag von 15,5 Prozent für die meisten gesetzlich Versicherten eine Beitragserhöhung bedeute. Diese entzöge den Verbrauchern und der Wirtschaft mitten in der Krise dringend benötigte Kaufkraft.

Daß die knapp zwei Dutzend Mitarbeiter beim Bundesversicherungsamt (BVA) in Bonn, die für den Gesundheitsfonds zuständig sind, die als Bürokratie-Monstrum verschriene staatliche Umverteilungsmaschine zwischen den gesetzlichen Krankenkassen trotz verschleppter Entscheidungen rechtzeitig zum Laufen gebracht haben, ist dem BVA-Amtsleiter Josef Hecken zu verdanken.

Der CDU-Politiker wurde im April 2008 von der Kanzlerin die gebeten, die Leitung der Behörde zu übernehmen. Der 48jährige folgte dem Ruf aus Berlin nach Bonn und gab sein Amt als saarländischer Minister für Justiz, Gesundheit, Arbeit auf. Doch obwohl der Fonds rechtzeitig im Dezember den Krankenkassen mitteilte, mit wie viel Geld sie angesichts ihrer Versichertenprofile rechnen können, gibt sich Josef Hecken keinerlei Illusionen hin: „Wenn bei der Einführung des Gesundheitsfonds etwas schiefgehen sollte, wird man natürlich mir die Schuld geben.“

> Teurer, komplizierter, aber immerhin keine Monsterbehörde

Auch wenn der Fonds dank moderner Technik und Zulieferpflichten der Kassen an das BVA nicht zu einer Monsterbehörde wurde, bleibt das System umstritten. Selbst Josef Hecken steht nicht hinter dem System, sondern sieht es nur als den kleinsten gemeinsamen Nenner an, den SPD und Union bei der Reform des Gesundheitswesens finden konnten.

Derweil sollen auf die Kontonummer 50401699 bei der Deutschen Bundesbank 167 Milliarden Euro eingehen. Diese unglaublich große Summe entspricht beispielsweise dem fünffachen des Jahresetats von Bundesverteidigungsminister Jung. Sie wird vom Gesundheitsfonds, nachdem die Kassen ihre von den gesetzlichen Versicherten erhaltenen Beiträge überwiesen haben, nach einem komplizierten Schlüssel unter Berücksichtigung von chronischen Krankheiten, Alter und Geschlecht des Kundenstamms an die jeweiligen Kassen zurücküberwiesen. Für einen normalen Durchschnittsversicherten gibt es 200 Euro im Monat aus dem Fonds, für einen Dialysepatienten mit kaputter Niere hingegen soll es 4000 Euro aus dem Topf aus Bonn geben. Mit den zugewiesenen Geldern werden nicht alle der rund 200 Kassen auskommen, die seit Jahren laufenden Fusionen verschiedener Kassen werden sich also auch 2009 fortsetzen. Gesundheitspolitiker sehen dies als eine Entwicklung an, die auch ohne Einführung des Gesundheitsfonds aus Effizienzgründen notwendig gewesen wäre.

Derzeit prophezeien Beobachter, daß schon ab Mitte des Jahres rund 20 Kassen den erlaubten Zusatzbeitrag einfordern werden. Da 2009 mit Massenentlassungen gerechnet wird, fallen zudem viele Beitragszahler aus, was die Finanzlage weiter verschlechtert. *Bel*

Ein neuer »kalter Krieg«

Ukraine bleibt ohne Gas – Gazprom setzt Politik Putins um

Seit der „orangen Revolution“ 2004 – genauer gesagt, seitdem der vom Westen als Demokrat gepriesene und tatkräftig unterstützte Viktor Juschtschenko dem moskaufreundlichen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma nachfolgte – gibt es jeweils zur Jahreswende einen Disput um russisches Erdgas.

Meist wird nur beinhart um Preise gefeilscht, aber diesmal – so wie bereits Anfang 2006 – hat Rußland sogar „den Gashahn zugedreht“.

Formal streiten der russische Energieriese Gazprom und der ukrainische Monopolist Naftogaz Ukraïny, de facto aber die beiden Regierungen. Denn Gazprom ist zwar eine börsennotierte Aktiengesellschaft, doch Wladimir Putin hat rechtzeitig dafür gesorgt, daß dort alles ganz Kreml-konform abläuft.

Politisch ist der Gasstreit ein Teil des neuen „kalten Kriegs“: Die Nato, für Europa einst von unschätzbarem Wert zur Abwehr des sowjetischen Imperialismus, präsentiert sich heute eher als Instrument der US-amerikanischen Hegemonialpolitik, und eben deshalb will Rußland mit allen Mitteln die Nato-Aufnahme der Ukraine (und Georgiens) verhindern.

Materiell geht es um offene Rechnungen und um künftige Gaspreise. Rußlands Präsident Medwedjew schlug der Ukraine, die zuletzt 179,5 Dollar pro Kubikmeter zahlte, einen „Freundschaftspreis“ von 250 Dollar vor. Die Ukraine lehnte ab und bot maximal 201 Dollar. Daraufhin verlangte Gazprom-Chef Miller gleich 418 Dollar – was immer noch unter dem Preis für Westeuropäer läge. Die Ukraine argumentiert zwar, daß Gazprom billigeres Gas bei zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken zukaufe. Die aber können nur an die Russen verkaufen oder auf ihrem Gas sitzenbleiben. Das ist eben Marktwirtschaft – was „westliche“ Ex-Sowjetpolitiker nicht wahrhaben wollen.

> Moskau bot einen Freundschaftspreis von 250 Dollar an

Die Ukraine fordert ihrerseits höhere Transitgebühren. Da Ungarn und Rumänien seit Einstellung der russischen Lieferungen an die Ukraine einen Abfall des Leitungsdrucks melden, wirft Gazprom Naftogaz vor, Gas zu „stehlen“, und will den Gastransit nun durch Anrufung eines Schiedsgerichts in Stockholm erzwingen.

Russisches Gas für Europa geht zu 80 Prozent durch die Ukraine, und die Leitungen durch Weißrußland haben nur geringe zusätzliche Kapazitäten. Dank der Lagerbestände könnte Europa zwar selbst einen dreimonatigen Totalausfall der Lieferungen via Ukraine verkraften.

Dennoch, Europa sollte dringend alle Alternativen vorantreiben: Einerseits die Umgehung der Ukraine – mit dem in Bau befindlichen „Northstream“-Projekt durch die Ostsee und eventuell auch mit „Southstream“ durch das Schwarze Meer. Vor allem aber mit dem Projekt „Nabucco“ über die Türkei und den Balkan, denn damit würde unter Umgehung Rußlands Gas aus Zentralasien – und natürlich auch aus dem Iran verfügbar. Europas Politiker vermeinen allerdings, der von den USA und Israel forcierten Anti-Iran-Politik Vorrang vor der eigenen Energieversorgung geben zu müssen. *Richard G. Kerschhofer*

Nicht authentisch

Von Rebecca Bellano

Sind die vier großen Stromkonzerne Vattenfall, E.on, RWE und EnBW einfach nur böse Raffkes oder treibt der Staat mit seinen Steuern und Abgaben die Strompreise in die Höhe, wie die Energie-Konzerne den sprunghaft gestiegenen Strompreis erklären? Die Wahrheit liegt mal wieder irgendwo dazwischen.

Absolut eindeutig hingegen ist die Tatsache, daß der Staat mitschuldig an der Aufteilung der Übertragungsnetze unter den vier großen Energieriesen ist. Schließlich gibt es in Deutschland ein Bundeskartellamt, ohne dessen Genehmigung es keine Fusion gibt – Ausnahme Ministererlaubnis. Nur durch Fusionen erlangten die Vier ihre heutige marktbeherrschende Stellung. Wenn jetzt von den Grünen gefordert wird, Stromnetze und Stromproduktion zu trennen, dann ist das insofern nicht authentisch, als die meisten dieser Fusionen zur Zeit der rot-grünen Schröder-Regierung durchgeführt wurden. Erst sie haben die Bündelung von Stromnetzen und -produktion in wenigen Händen möglich gemacht.

Auch der Vorschlag, die großen Konzerne dazu zu bewegen, Teile ihrer Kraftwerke an Stadtwerke zu verkaufen, wäre nur Kosmetik, da viele kommunale Energieversorger teilweise den großen Vier gehören.

Mut zum Wagnis

Von Hans Heckel

Die Nachricht vom Tode des Unternehmers Adolf Merckle fuhr allen in die Glieder. Es sind solche traurigen Ereignisse, die zur kritischen Einkehr mahnen. Viel Spott mußte sich der über Jahrzehnte erfolgreiche Industrielle nach seiner Fehlspekulation auf fallende VW-Aktien anhören. Doch am Spott ist der 74jährige wohl kaum zerbrochen, sondern an den harten wirtschaftlichen Folgen für sein beachtliches Firmenimperium.

Dennoch: In der Häme kam etwas zum Ausdruck, was nachdenklich stimmen sollte. Es ist das Verhältnis von uns Deutschen zum Straucheln, zum Scheitern besonders jener, die sich weit hinauswagen – sei es durch politischen Bekennermut, sei es durch das wirtschaftliche Wagnis. Adolf Merckle hat den Generika-Hersteller Ratiopharm einst auf dünnem finanziellen Eis aufgebaut, mit Krediten. Merckle machte das neue Geschäftsmodell zum Renner, schuf Tausende Arbeitsplätze. Dabei war ihm bewußt, daß es auch anders hätte kommen können.

Mit ihrer Risikobereitschaft stechen Menschen wie Adolf Merckle aus der Masse hervor, die ihnen das offenbar nur schwerlich verzeihen will. Statt ihren Mut zu bewundern, ihre Kreativität und ihr Stehvermögen, erwecken sie bei vielen von uns eher Neid. Um so größer dann die heimliche Genugtuung, wenn der Mutige einbricht. Naseweise Sprichwörter wie das vom Esel und dem Eis machen dann die Runde durchs selbstzufriedene Publikum.

Doch Deutschland wäre ein armes, trostloses und ideenloses Land am Rande des Weltgeschehens, wenn es keine Merckles hervorgebracht hätte. Wir sollten anders mit ihnen umgehen.

Neuer Biedermeier

Von Konrad Badenheuer

Merkwürdig unterkühlt, ja schon fast unbeteiligt schauen die Deutschen zu, wie ihre Politiker über Milliardenprogramme verhandeln, die den absehbar schweren Abschwung, vor dem das Land steht, dämpfen sollen.

Diese fast unwirkliche Ruhe steht in scharfem Kontrast zur enormen Aufgeregtheit, mit der beispielsweise in den späten Schröder-Jahren um Details der „Agenda 2010" gekämpft wurde. Auch der oft erbitterte Streit um kleine Teile früherer Gesundheitsreformen – Stichwort „Praxisgebühr" – kontrastiert scharf mit der seit Monaten anhaltenden Ruhe in der Finanz- und Wirtschaftskrise, bei der es doch um ganz andere Beträge und Risiken geht.

Beispielsweise wissen alle, daß eine Handvoll Versager in den Landesbanken und ihren Aufsichtsgremien zweistellige Milliardenwerte vernichtet haben. Der Gegenwert von Millionen Arbeitsjahren wurde verspielt, aber die einzige Reaktion scheinen bissige Witze zu sein. Noch nicht einmal in den Wahlumfragen sind Reaktionen meßbar: Die Linkspartei, die am ehesten von der Krise profitieren könnte, reagiert in den Umfragen stärker auf Turbulenzen an der SPD-Spitze als auf Bankenkrisen jeglicher Dimension. Seit dem eigentlichen Krisenbeginn im September hat die Linke sogar an Zustimmung verloren. Und auch die Gruppierungen am anderen Ende des Spektrums, die sogenannten „Sonstigen", sind bisher außerstande, aus der besorgniserregenden Lage politisch Nutzen zu ziehen.

Den Deutschen behagt die Ruhe in den Parlamenten

Das ist doppelt überraschend, weil nach aller bisherigen Erfahrung eine Große Koalition selbst dann zur Stärkung der politischen Ränder führt, wenn gar keine Krise zu verzeichnen ist. So kam es Ende der sechziger Jahre bei boomender Konjunktur zur Entstehung einer außerparlamentarischen Protestbewegung von links, während gleichzeitig die NPD in etlichen Landtagen saß.

Doch heute ist alles anders. Den Deutschen scheint die Schwäche der parlamentarischen Opposition und das hohe Maß an Ruhe im politischen Diskurs geradezu zu behagen. Eine neue Art von Biedermeier scheint ausgebrochen zu sein, und von Radikalisierung ist – abgesehen von den Klimmzügen der seitens der SPD schon fast mutwillig begünstigten Linkspartei – weit und breit nichts zu sehen.

Das ist zunächst eine gute Nachricht, denn offenbar ist die Demokratie so stabil, daß selbst die schwerste Krise seit 1932 kein radikales Wahlverhalten mehr nach sich zieht. Doch niemand unterschätze die Risiken der jetzigen Lage. Der bislang noch ganz unpolitische Unmut über echte und empfundene Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Einkommen und Vermögen und über Manager, die kraß versagen und dennoch Millionen einstreichen, kann sich mit zunehmender Krise rasch wieder politisieren. Die geschwächten Volksparteien könnten dann bald um Antworten verlegen sein.



Flucht in die private Idylle: Während von 1815 (Wiener Kongreß) bis 1848 in den Ländern des Deutschen Bundes und des Kaisertums Österreich politisch versucht wurde, die Schäden der napoleonischen Kriege zu beseitigen, sehnte sich der Normalbürger nach Ruhe. Politik war auch damals Sache einer engagierten Minderheit.

Bild: Gemälde von Carl Julius Mile, BpK

Moment mal!



Israel bringt die Linke aus dem Konzept

Von Klaus Rainer Röhl

Widerlich. Fast jeden Abend gibt es im Nahen Osten Krieg gegen Frauen und Kinder. Hamas-Krieger haben den Waffenstillstand gekündigt, beschießen mit neuen Raketen aus dem Iran, die weiter reichen als ihre bisherigen selbstgebastelten Kassam-Raketen, israelische Ortschaften. Palästinensische Selbstmord-Attentäter stehen in Kompaniestärke bereit. Abend für Abend starten israelische Kampfflugzeuge nach Gaza (die Entfernung für Düsenjets dorthin beträgt dort nur Minuten, die meiste Zeit geht für die Vorbereitung der Kampfflugzeuge drauf), Panzer rücken ins Land ein, beschießen Häuserblocks, aus dem die Hamas ihre Raketen abgefeuert hat, ein Depot, eine Moschee, in der Waffen lagern, eine Kaserne, in der sich Hamas-Kämpfer sammeln. Hunderte Tote, Kinderleichen, Blutlachen, Verstümmelte, geballte Fäuste.

Seit eine der radikalen Terrorgruppen, die Hamas, als größte Partei mit Mehrheit ins palästinensische Parlament gewählt wurde, weiß keiner mehr, wie es weitergehen soll. Unsere sonst so engagierten Journalisten und unsere Politiker wollen im Nahen Osten nicht eindeutig Partei ergreifen. Man redet herum, appelliert an die Vernunft, an die Menschlichkeit, an die „Verantwortlichen". Es war noch nie so viel nutzloses Gerede im Äther. Am größten ist die Verwirrung bei den deutschen Linken. Neujahr waren es in Hamburg 4000, ebenso in Dortmund, zuletzt 15 000 in Frankfurt, dann in Berlin und anderen deutschen Städten: Deutsche Linke und „Antifaschisten" stehen auf der Straße und beschimpfen Juden als Faschisten, Schweine, Kindermörder. Gelegentlich sind auch arabische Worte zu hören, die die meisten nicht verstehen. Sie sind deutlicher: Tod für Israel. Gelegentlich ist auch der Ruf „Allahu akbar" („Allah ist groß") zu hören. In Paris tritt eine Gegendemonstration mit israelischen Fahnen auf, organisiert von der jüdischen Gemeinde und den linken Freunden Israels. Mehr Pro-Israel-Demonstrationen sind für Januar geplant. Wenn die jüdische Gemeinde und der Zentralrat der Juden nicht scharf aufpassen, finden sie sich plötzlich in einer Reihe mit einer neuen Gruppe Schwarzvermummter wieder: Die „Antideutschen". Demonstranten mit schwarzen Brillen, schwarzen Baseballkappen und Kapuzenshirts, eine ganz neue, seltsame linke Gruppierung, die 2006 zum ersten Mal auftrat: Ihre Parolen: „Nieder mit Deutschland! Gegen jeden Antisemitismus! Kein Friede mit den Feinden Israels! Für den Kommunismus."

Für den Kommunismus? Die Linke dreht endgültig durch. Widersprüche brechen auf, die es immer gab, die aber jetzt nicht mehr länger zu verdrängen sind. Antifaschismus wird als Freundschaft zu Israel fragwürdig. Für die ganz Radikalen ist Israel selbst faschistisch. Für ihre Gegner wiederum wird die ganze, lange gepflegte Verharmlosung des Islams plötzlich fragwürdig. Die Position der richtigen Linken zu den „Antideutschen" findet sich schön formuliert in einer ellenlangen Veröffentlichung des (der Links-Partei nahestehenden) Rosa-Luxemburg-Instituts „Antideutsche Linke und linke Antideutsche": Der Kapitalismus sei schuld, natürlich in seiner modernen Variante als global agierender Weltimperialismus. Das sei die Hauptursache des Nahost-Konflikts, alles andere, Religion, Islamismus, Rassismus und so weiter, seien „Nebenwidersprüche".

Verwirrte Linke beschimpfen Juden als Faschisten

Links ist dumm, das haben wir an dieser Stelle schon mehrmals deutlich gemacht. Links macht leider auch blind. Aber was wird in der Zwischenzeit mit den Menschen im Gazastreifen und in Israel? Jeden Tag hören wir neue Vorschläge: Die Uno solle eingreifen, die EU, die arabischen Länder. Manche hoffen auf Obama. Aber jeder weiß, es ist gerade die Pause, die zwischen dem Regierungsantritt Obamas und der Parlamentswahl in Israel liegt, die Verteidigungsminister Ehud Barak von der Arbeitspartei Awoda nutzt. Er steht unter Zeitdruck. Denn die Folgen des Bombenkriegs, der die militärische Basis der Hamas ausschalten soll, treffen nicht nur die Raketenschützen und Kommandeure der Hamas, sondern, bei der Ausweitung der Kampfhandlungen, immer mehr Frauen und Kinder. Das ist Israels schwache Stelle und die Stärke der Hamas: Die Weltöffentlichkeit. Hunderte von Frauen und Kindern, getötet und grauenhaft verstümmelt, sehen die Fernsehzuschauer der Welt jeden Abend mit steigender Fassungslosigkeit. Die Lage des Zentralrats der Juden in Deutschland und seines Präsidiums ist in diesen Tagen nicht beneidenswert. Sie ist sogar verzweifelt. Wie ist unseren jüdischen Mitbürgern zu helfen? Sicher nicht mit den linken „Antideutschen".

Aber auch auf keinen Fall mehr mit der über 60 Jahre lang bewährten Methode, Kritiker Israels einfach als Antisemiten zu bezeichnen. Die Behauptung, jemand sei antisemitisch, gehörte bis vor wenigen Tagen zu den verläßlichsten Waffen des „Zentralrats". Wird diese Waffe stumpf? Vieles wird jedenfalls unglaubwürdig. Das fängt damit an, daß niemand offen ausspricht, daß die Palästinenser Heimatvertriebene sind, die nach drei großen, von der arabischen Seite geführten Angriffskriegen fast 80 Prozent Landes an die Israelis verloren haben. Das, was sie jetzt noch ihr Land nennen, sind mehr oder weniger unfruchtbare Landstriche und Flüchtlingslager, die zu großen Betonstädten ausgewuchert sind. Sie haben nie Gelegenheit gehabt, sich wie Ostpreußen, Pommern oder Sudetendeutsche im Land zu integrieren. Warum spricht niemand in unserer Presse darüber? Warum nennen wir die bis zu sechs Meter hohe Mauer, die das ganze Land zerschneidet, Schutzzaun?

Israel braucht echte Freunde statt Philosemiten

Israel braucht keine Mauer, sondern Hilfe. Und behandeln wir Israel endlich als das, was es am liebsten sein möchte, als ein normales Land. Einen der wichtigsten Partner Europas. Israel ist, nach der Herkunft des überwiegenden Teils seiner Bewohner, ein europäisches Land, die aus den USA stammenden Einwanderer haben ebenfalls europäische Wurzeln. Sie haben die gleiche Bildung und Kultur. Sie haben eine ähnlich strukturierte Wirtschaft, sie lesen die gleichen Bücher und sehen die gleichen Filme wie Franzosen und Deutsche und Polen, selbst die kurzlebigen Idole der Pop-Kultur der Jugend sind die gleichen. Die im Land geborenen Israelis fühlen sich als Erbauer und Nutznießer einer hochentwickelten Zivilisation inmitten einer fremden und unterentwickelten, aber von religiösem Fanatismus beherrschten, Jahr für Jahr weiter verelendenden arabischen Bevölkerung. Deren Wirtschaft sie mit aufbauen könnten.

Israel gehört weit eher in die EU als die Türkei. Israel hat eine immer noch funktionierende Demokratie. Eine Demokratie freilich mit einem schon lange ausufernden militärischen Machtapparat, der jeden Ansatz von Verständigung im Keim erstickt, wie auf der anderen Seite die Haßprediger und Terroristen jeden Ansatz von Vernunft im Gaza-Streifen unterdrücken. Israel braucht jetzt, mehr denn je, Freunde, nicht Philosemiten. Und als Freunde sagen wir ihnen offen: Israel ist zur Zeit die offene Flanke des Westens im Kampf gegen den militanten Islamismus. Ein großer Teil des Zulaufs für den Terrorismus und dessen Steigerung in den letzten Monaten basiert auf der israelischen Besatzungspolitik in dem von ihm in drei Kriegen eroberten Land. Diese Besatzungspolitik der Armee wird von den Haßpredigern der Hamas zum Anlaß genommen, immer neue Raketen abzufeuern und Selbstmörder in den Tod zu senden. Aber diese jungen Leute brauchen keine jahrelange Gehirnwäsche, um von explodierendem Haß erfüllt zu sein. Es genügt oft, Augenzeuge einer einzigen Militäraktion der israelischen Armee gewesen zu sein, mit erschossenen oder von Raketen zerrissenen Frauen und Kindern. Bis sie weit und breit keinen Ausweg mehr sehen als diesen ohnmächtigen Selbsthaß, aus dem die Bereitschaft zur Selbsttötung kommt, und kein anderes Gefühl als diesen Haß, der durch keine Mauer und keine Bomben aufgehalten werden kann. Das muß ein Ende haben – im zukünftigen EU-Land Israel.

Genie ohne Gesicht

Vom Baumeister Andreas Schlüter, der vor 350 Jahren in Danzig geboren wurde, kennt man nur die Werke

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses nimmt endlich Formen an. Die Arbeiten an dem mit drei rekonstruierten Fassaden ummantelten Neubau nach einem Entwurf des italienischen Architekten Francesco Stella sollen 2010 beginnen. Vier Jahre später soll das Humboldtforum dann fertig sein und die außereuropäischen Sammlungen Berlins sowie die Zentral- und Landesbibliothek aufnehmen.

Die Überreste des im Zweiten Weltkrieg beschädigten Schlosses waren 1950 von den Machthabern des DDR-Regimes kurzerhand gesprengt worden. 1698 hatte der Architekt Andreas Schlüter den Auftrag erhalten, das Schloß umzubauen und das Innere neu zu gestalten. Nachdem Kurfürst Friedrich III. als Friedrich I. König in Preußen 1701 von den Krönungsfeierlichkeiten aus Königsberg nach Berlin zurückgekehrt war, verlangte er von seinem Baumeister „eine Verlängerung der nach dem Lustgarten zu gelegenen Festsaalflucht bis zu dem im Jahre 1572 errichteten Münzturm, der beibehalten und nach einem von Schlüter gefertigten Entwurf erheblich erhöht werden sollte“ (Carl Wünsch).

100 Meter hoch sollte er werden, dieser Turm. Ein gewagtes Vorhaben, wie auch Archäologen in jüngster Zeit noch feststellen konnten. Der Untergrund war sandig und weich. Bei Grabungen fand man 1995 Hunderte von Eichenpfählen; mit ihnen hatte Schlüter versucht, dem Turm Halt zu geben. Vergeblich. Der Turm zeigte Risse, man mußte ihn abtragen. Schlüter wurde vor Kommissionen gezerrt und mußte sich rechtfertigen. Resigniert legte er schließlich 1706 die Bauleitung des Schlosses nieder. In der Berliner Dorotheenstraße errichtete er noch das Landhaus Kameke, das allerdings im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde.

Als Friedrich I. 1713 starb, wurde Schlüter, der immer noch als Hofbildhauer tätig war, aufgefordert, einen Sarkophag für seinen König zu schaffen. Als dieses vollbracht war, hielt ihn nichts mehr in Berlin. Er ging nach St. Petersburg, um dort beim Aufbau der Stadt mitzuhelfen. Im Kleinen Palais im Sommergarten schlug er seine Zelte auf und wirkte an dessen Innenausstattung mit. Außerdem fertigte er Entwürfe für die Grotte im Sommergarten und für die Kunstkammer. Am 23. Juni 1714 schließlich starb der Baumeister und Bildhauer in St. Petersburg. – Seine Grabstätte ist heute nicht mehr bekannt.

Hoffnungsfroh war Andreas Schlüter 1694 nach Berlin gekommen. Als kurfürstlicher Hofbildhauer erhielt er immerhin ein Gehalt von 1200 Talern und sollte mit dazu beitragen, Berlin zu einer glanzvollen Residenzstadt auszubauen. Das Licht der Welt hatte Schlüter in Danzig erblickt, wo er am 13. Juli 1659 getauft wurde. Bei dem aus der Pfalz stammenden Bildhauer Sapovius ging er in die Lehre; anschließend unternahm er eine Studienreise nach Italien. 1689 ließ er sich in Warschau nieder, wo er auch für Mitglieder der königlichen Familie tätig war. 1694 schließlich erreichte ihn der Ruf nach Berlin. In den 13 Jahren seines Aufenthaltes schuf er eine erstaunlich große Anzahl bedeutender Kunstwerke wie das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten, das heute vor dem Charlottenburger Schloß steht, oder das Standbild Friedrichs I., als dieser noch Kurfürst Friedrich III. war. Die politische Entwicklung hatte das Kunstwerk überholt, so daß es anstatt in Berlin 1802 in Königsberg gegenüber dem Ostportal des Schlosses aufgestellt wurde. Wie so viele andere Kunstwerke fiel auch dieses Standbild dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer. Den Bildhauern Gerhard Marcks und Waldemar Grzimek (aus Rastenburg) ist es zu verdanken, daß sich die Nachwelt an dieser Arbeit von Schlüter dennoch erfreuen kann. Sie setzten sich dafür ein, daß ein Bronzenachguß des in Ost-Berlin erhaltenen Gipsabgusses in Charlottenburg aufgestellt wurde.



Berlin 1898: Blick auf das Stadtschloß mit dem Reiterstandbild des Großen Kurfürsten

Bild: pa

Die beiden Standbilder sind nur wenige Beispiele aus dem reichen Schaffen des Danzigers, der auch den Sarkophag für Königin Sophie Charlotte im Berliner Dom, Grabdenkmäler und eine Kanzel (Marienkirche Berlin) schuf. Beeindruckend sind vor allem die „Masken sterbender Krieger“, die Schlüter für den Innenhof des Berliner Zeughauses (heute Deutsches Historisches Museum) entwarf. Sie zeigen die schmerzverzerrten Gesichter gefallener Türken bei der Belagerung von Wien. – In der Mitte des Innenhofs sollte ursprünglich die Gestalt Friedrichs III. als Sieger stehen.

Schlüter war in erster Linie Bildhauer, seine Architektur waren „plastische Gebilde mit bewegter Oberfläche“, wie der Kunsthistoriker Helmut Börsch-Supan es einmal ausdrückte. Seine Werke sind Zeugnisse seiner großen Kunst. Nur wenig weiß man sonst über diesen bedeutenden Künstler des 17. Jahrhunderts. Kein Zeitgenosse schilderte sein Leben, kein Bildnis überliefert seine Züge. Mit seinem Schaffen aber konnte er seiner Zeit einen Stempel aufdrücken. Wenn von norddeutschem Barock gesprochen wird, dann fällt zuerst sein Name: Andreas Schlüter.

Silke Osman

Der Streit um die besten Köpfe

Der Pädagoge Johann Bernhard Basedow wollte Lernen nicht zur freudlosen Sache verkommen lassen

In der Wissenschaft vom Menschen herrscht heute Einmütigkeit über die Wechselwirkung biologischer und soziologischer Ursachen bei seiner Gesamtdisposition. Der Mensch ist also bei seiner Geburt kein unbeschriebenes Blatt, in das sich die Umwelt erst einschreibt, wie der Engländer John Locke vermutete. Auch Rousseaus Gleichheitstraum ist längst widerlegt, ebenso die marxistische Vorstellung von einer unbegrenzten Vollkommenheit des Menschen.

Schon immer ist in Deutschland der „Wissenschaft von der Erziehung“ ein hoher Rang eingeräumt worden. Sowohl in der theoretischen als auch in der praktischen Pädagogik haben deutschsprachige Erzieher seit dem 17. Jahrhundert bahnbrechende Vorarbeiten geleistet, die in fast allen Ländern der Erde Nachahmung fanden. Zu einem der bekanntesten Köpfe der Reformpädagogik in der Zeit der Aufklärung gehörte Johann Bernhard Basedow (1723–1790). Der in Hamburg geborene Sohn eines Perückenmachers lernte im Vorschulalter bei seinem Vater Schreiben und Lesen. Er wurde anschließend in das Hamburger Johanneum aufgenommen, einem Erziehungsinstitut mit angeschlossenem Akademischem Gymnasium. Der junge Basedow beklagte das dumpfe Einpauken grammatischer Regeln in den Lateinstunden. Er wollte alles besser machen, das Lernen sollte nicht zu einer freudlosen Sache verkommen, darin erkannte er seine zukünftige Lebensaufgabe. Johann Bernhard Basedow betätigte sich zunächst als Hauslehrer in adligen Familien. Im spielerischen Unterrichten der Kinder verfolgte er den auch heute noch gültigen pädagogischen Grundsatz, „vom Einfachen zum Schwierigen“ zu gehen. Vor allem hatte der Unterricht anschaulich zu sein und zur Selbsttätigkeit anzuregen. Ganz „handgreiflich“ erklärte er mit Hilfe von Erbsen und Weizenkörnern die Grundrechenarten.

Basedows Reformprogramm für den Schulunterricht fand Anerkennung, er erhielt eine Anstellung als Professor am Königlich Dänischen Gymnasium zu Altona. Seine beharrlichen Forderungen nach Schulbibliotheken an öffentlichen Schulen und Lehrerseminaren setzten sich langsam durch.

Den Unterricht auf den unteren Stufen wollte er ganz auf die täglichen Dinge des Lebens beziehen. Stufenweise, der geistigen Entwicklung der Schüler folgend, sollten dann die Kenntnisse der Umwelt vermittelt werden.

Auch Kant stimmte seinen Plänen zu

Zur Realisierung seiner Pläne gab Basedow 1770 das erste bebilderte Schulbuch heraus, das berühmte „Elementarwerk“. Das Besondere des Elementarwerkes lag in den Abbildungen, in der Anschaulichkeit der behandelten Gegenstände. Für die Mitarbeit an seinem Schulwerk konnte der Pädagoge den seinerzeit bekanntesten Kupferstecher Daniel Chodowiecki gewinnen, der die 53 Kupferplatten radierte, von denen jeweils bis zu 500 Abzüge gemacht werden konnten. Das Buch erregte großes Aufsehen, es wurde ins Französische und Lateinische übersetzt. Weil die meisten Familien kaum Geld für Schulbücher hatten, klebte man die Bilder auf Pappdeckel, die vom Lehrer an die Schüler verteilt und nach der Unterrichtsstunde wieder eingesammelt wurden.

Die Schulbücher wurden von vielen Gebildeten begeistert aufgenommen, unter ihnen war auch der fortschrittlich denkende Fürst Leopold III. von Anhalt-Dessau. Er berief Basedow 1771 in seine Residenzstadt, damit er dort die reformerischen Ideen in die Tat umsetzen konnte. In Dessau gelang es Basedow, mit finanzieller Unterstützung des Fürsten, seine schon lange geplante Modellschule einzurichten. Er nannte sie „Philanthropinum“ oder „Schule der Menschenfreundschaft“, ein Gymnasium mit angeschlossenem Erziehungsheim. Seit der Gründung des pietistischen Pädagogiums der Franckeschen Stiftungen in Halle (1696) war Basedows Schulneugründung in Dessau das modernste Unterrichtsinstitut in Deutschland.

Was heute als selbstverständlich angesehen wird, die Leibesertüchtigung, gemeinsame Ausflüge, Feste miteinander zu feiern und natürlich das vorbildhafte Verhalten der Erzieher gegenüber den Schutzbefohlenen – alle diese Dinge praktizierte Basedow, der die Mängel und Mißstände damaliger Erziehung schonungslos aufdeckte.

Als gegen Ende des Jahres 1774 das „Philantropinum“ endlich eröffnet werden konnte, hatte sich

Auch Kant stimmte seinen Plänen zu

Basedow mit der Herausgabe von verschiedenen philosophischen und theologischen Schriften einen Namen gemacht. So erschien 1758 die später verbesserte Auflage von „Praktische Philosophie für alle Stände“, ein Werk, das viel Beifall fand. Da er nur das zu lehren beabsichtigte, was er auch wirklich glaubte, beschäftigen ihn zunehmend die Frage des Wahrheitsgehaltes der christlichen Religion. Seine Gedanken faßte er in einer Abhandlung zusammen mit dem Titel „Ob die Philosophie zur Freigeisterei führe“. Diese Schrift rief die Kritik von Pastoren hervor, die ihn als „Ketzer“ verdächtigten. Basedows Anhänger, darunter Heinrich Campe und Gotthilf Salzmann, unterstützten seine Reformbewegung, die eine vernunftgemäße Erziehung anstrebte. Auch Männer wie Kant und Lavater befürworteten Basedows Pläne.

Die Auseinandersetzungen mit Neidern hatten Basedows von Natur gute Gesundheit erschüttert. Trotz aller Anfeindungen hielt Fürst Leopold von Dessau in Treue zu dem Aufklärungspädagogen, dessen Philanthropinum steigende Schülerzahlen aufwies. Goethe, den Basedow auf einer Rheinreise kennengelernt hatte, wollte beständig über die Entwicklung der Schule informiert werden. In Königsberg ließ Kant Spenden für das Philanthropinum sammeln und empfahl ostpreußische Schüler nach Dessau. In Thüringen gründete Salzmann die Erziehungsanstalt Schnepfenthal, ein Nachfolgeinstitut der Dessauer Reformschule, das bis in die Gegenwart existiert. 2001 wurde dort ein staatliches Spezialgymnasium für Sprachen eingerichtet (mit Internat), an dem man unter anderem Japanisch, Arabisch und Chinesisch lernen kann. In Preußen, von Friedrich dem Großen befürwortet, reformierte man die Stadtschulen im Sinne Basedows.

Bereits vier Jahre nach der Gründung des Philanthropinums gab Johann Bernhard Basedow die Leitung der Schule ab. Er zog sich nach Magdeburg zurück, wo er am 25. Juli 1790 starb. Die Pädagogik in der Bundesrepublik Deutschland hat die philanthropischen Ideen Basedows, beispielsweise das „spielerische Lernen“, nur bedingt in die Lehrerbildungsanstalten aufgenommen, man berief sich lieber auf das Menschenbild des Schweizers Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827). *R. Ruhnau*

KULTURNOTIZ

Kroninsignien ausgestellt

Oranienburg – Zum 308. Mal jährt sich am 18. Januar der Jahrestag der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum König Friedrich I. in Preußen. Im Schloßmuseum Oranienburg eröffnet die Stiftung Staatliche Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg aus diesem Anlaß eine Ausstellung, in deren Mittelpunkt die Kroninsignien der Hohenzollern stehen. Neben den beiden goldenen Kronkarkassen für König und Königin werden Kleinodien wie Zepter, Reichsapfel, Reichs- und Kurschwert oder Reichssiegel gezeigt. Anhand von Publikationen und Kupferstichen veranschaulicht die Ausstellung die Krönungsfeierlichkeiten. So wird zum Beispiel ein aufwendiger Kupferstich mit der Darstellung des Krönungszuges zu sehen sein. Auch wertvolle Goldschmiedearbeiten wie Huldigungsgeschenke in Form von Münzhumpen werden präsentiert. In Oranienburg machte der junge König Friedrich I. im Jahr 1701 auf seinem Rückweg von Königsberg, dem Ort der Krönung, nach Berlin Station und nahm erste Glückwünsche ausländischer Gesandter entgegen. Die Ausstellung im Groteskensaal, Schloßmuseum Oranienburg, ist vom 18. Januar 2009 bis zum 13. Juni 2010 zu sehen. Öffnungszeiten bis 31. März am Wochenende und an Feiertagen von 10 bis 17 Uhr, vom 1. April bis 31. Oktober Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt 6 / 5 Euro (inkl. Führung). *PAZ*

Bismarcks »objektivster Gegner«

Vor 200 Jahren kam Friedrich Ferdinand Graf von Beust zur Welt, Regierungschef sowohl Sachsens als auch Österreichs

Otto von Bismarck bezeichnete Friedrich Ferdinand von Beust als seinen „objektivsten und liebenswürdigsten Gegner“, und der Sachse wiederum betrachtete sich als Pendant zum Preußen. Angesichts ihrer gegensätzlichen politischen Ziele konnte es vielleicht auch gar nicht anders sein.

Spätestens das Preußen des Ministerpräsidenten Bismarck strebte eine vergleichsweise unitarische kleindeutsche Lösung an, das heißt einen deutschen Bundesstaat unter Ausschluß des traditionell mächtigeren Österreichs und unter Leitung der dadurch einzigen Großmacht des Landes, Preußen. Das Sachsen des Regierungschefs Beust strebte die sogenannte Trias-Lösung an, das heißt einen vergleichsweise föderalistischen Staatenbund unter Einschluß Österreichs, in dem sich die beiden deutschen Großmächte die Waage halten und dem sogenannten dritten oder reinen Deutschland, sprich den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die Rolle einer dritten Kraft zukommt. Diese Trias-Lösung wurde seitens Sachsens durchaus nicht selbstlos präferiert, glaubte man doch, als neben Bayern mächtigster der Mittelstaaten für die Führung des dritten Deutschlands prädestiniert zu sein. Eine föderalistische Lösung der deutschen Frage strebte die Regierung des Königreichs Sachsens an, da man weder in einem von Österreich noch in einem von Preußen beherrschten deutschen Zentralstaat aufgehen wollte. Österreich schließlich war als Vielvölkerstaat jeder Form von unitarischem Nationalstaat abhold. Der traditionell mächtigste deutsche Staat strebte eine föderalistische, großdeutsche Lösung der nationalen Frage mit ihm als Führungsmacht eines deutschen Staatenbundes an. Zum Leidwesen Dresdens sah also weder die von Berlin noch die von Wien verfolgte Lösung eine Gleichberechtigung der Mittel- und Kleinstaaten als dritte Kraft vor. Allerdings ließ das österreichische Lösungsmodell der deutschen Frage mit seinem föderalistischen Charakter den Mittel- und Kleinstaaten mehr Eigenständigkeit als das preußische mit seinem unitarischen – und so entschied sich das Sachsen Beusts, vor die Wahl gestellt zwischen Pest und Cholera, letztlich für Österreich und gegen Preußen.

Vor 200 Jahren, am 13. Januar 1809, kam Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust in Sachsens Hauptstadt zur Welt. Sein Vater war Oberhofsgerichtsrat, und er wuchs auf einem Rittergut bei Borna auf. Dem Besuch der Kreuzschule in der Landeshauptstadt folgte ein Jurastudium in Göttingen und Leipzig. Er war also wie geschaffen für eine Karriere im höheren Staatsdienst. Der Freiherr entschied sich für die Diplomatenlaufbahn. Nach Stationen als Legationssekretär in Berlin und Paris, als Geschäftsträger in München sowie als Gesandter in Berlin übernahm er 1849 im sogenannten Beamtenministerium Gustav Friedrich Helds die Leitung des Außenministeriums seines Heimatlandes. Vier Jahre vor Bismarck in Preußen, also 1858, wurde Beust in Sachsen Regierungschef.

1863 trat Christian IX. sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein die Nachfolge Friedrich VII. an und unterschrieb eine Verfassung für Dänemark einschließlich Schleswig, die Schleswig-Holstein verfassungsrechtlich teilte. Im Deutschen Bund herrschte daraufhin Konsens über ein militärisches Vorgehen gegen Christian. Strittig war allerdings die Begründung. Beust forderte mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten eine Bundesokkupation, da der Dänenkönig Christian gemäß dem schleswig-holsteinischen Erbfolgerecht gar nicht der legitime Nachfolger Friedrichs VII. in Schleswig-Holstein war, sondern der Deutsche Friedrich VIII. Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Das von Bismarck geführte Preußen forderte hingegen eine Bundesexekution, da es sich als Signatarmacht an das Londoner Protokoll der Großmächte von 1852 gebunden fühlte, demzufolge Christian der legitime Nachfolger Friedrichs VII. nicht nur in Dänemark, sondern auch in Schleswig-Holstein war, sich aber mit der verfassungsrechtlich unterschiedlichen Behandlung Schleswigs und Holsteins durch die Novemberverfassung ins Unrecht gesetzt hatte. Da Österreich auch das Londoner Protokoll der Großmächte von 1852 unterzeichnet hatte, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich in dieser Frage auf Bismarcks Seite zu schlagen und damit Beust eine Niederlage zu bereiten.



Friedrich Ferdinand von Beust: Lithographie von Josef Kriehuber, 1867 Bild: Wikipedia

Nichtsdestotrotz verortete Beust im nun ausbrechenden Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 einen Glanzpunkt seines Lebens. Nachdem die Deutschen eine Schlacht nach der anderen gegen die Dänen gewonnen hatten, setzten die Briten eine Friedenskonferenz in ihrer Hauptstadt durch, um eine Niederlage des kleinen Dänemarks zu vermeiden. Da Bismarck nicht als Friedensfeind dastehen und damit den Engländern einen Vorwand zur militärischen Intervention liefern wollte, stimmte er zähneknirschend zu. Neben den beiden deutschen Großmächten sollte auch der Deutsche Bund vertreten sein, und als Leiter von dessen Delegation wurde Beust bestimmt. Der Mann, von dem der Vorschlag hierzu stammte, Bismarck, begründete seine Wahl gegenüber dem Vorgeschlagenen wie folgt: „Sie sollen in London die Rolle des enfant terrible übernehmen.“ Österreichs Außenminister Johann Bernhard von Rechberg stimmte zu, da der sächsisch Regierungschef ihm geschmeidiger, eitler und verführbarer als dessen bayerisches Pendant erschien und deshalb in seinen Augen vorzuziehen war. Die Friedenskonferenz nahm das von Bismarck erstrebte Ende, sie scheiterte und die Deutschen konnten ihre Siegesserie fortsetzen bis zur Niederlage Dänemarks. Nichtsdestotrotz hängte Beust seine Konferenzvollmacht hinter Glas gerahmt in sein Arbeitszimmer. Einmal wenigstens hatte er, der ihm die deutsche Frage ein Herzensanliegen war, als Vertreter des dritten, reinen Deutschlands den Deutschen Bund repräsentiert.

Nach dem Sieg über Dänemark gerieten die beiden deutschen Großmächte in Streit über die Beute Schleswig-Holstein. Während Österreich ein eigenständiges Schleswig-Holstein unter Friedrich VIII. Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog wünschte, strebte Preußens Ministerpräsident eine Einverleibung der beiden Herzogtümer an. Da Beust eine Stärkung des dritten, reinen Deutschlands durch einen zusätzlichen Mittelstaat Schleswig-Holstein einer Vergrößerung Preußens vorzog, schlug er sich auf Österreichs Seite. Aus diesem Grunde, aber auch wegen der zu Beginn dieses Artikels angeführten übergeordneten deutschlandpolitischen Gesichtspunkte setzte Beust durch, daß Sachsen sich 1866 im Deutschen Krieg wie die meisten anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten auf die Seite Österreichs schlug. Preußen siegte, und Bismarck setzte Beusts Entlassung als Sachsens Regierungschef durch.

Österreichs Kaiser Franz Joseph I., der sich den Sachsen in Freundschaft und Dankbarkeit verbunden fühlte, bot dem geschaßten sächsischen Regierungschef nun den entsprechenden Posten in seinem Reich an, erhob ihn später gar in den Grafenstand. Beust nahm an. In seine Amtszeit fällt der sogenannte Ausgleich mit den Ungarn, der aus Österreich Österreich-Ungarn machte. Beusts Außenpolitik als Regierungschef der Donaumonarchie war nicht frei von antipreußischen Revanchegelüsten. Den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 nutzte Beust jedoch nicht zu einer Revanche. Die Ungarn waren über den Sieg Preußens 1866 gar nicht unglücklich, hatte er ihnen doch den Ausgleich gebracht. Und antifranzösische Reflexe gab es auch bei den Deutschen in Österreich. Nichtsdestotrotz wirkte Beusts Ausscheiden aus dem Amt auf die österreichisch-preußischen Beziehungen im Jahre 1871 entspannend. Sinnigerweise erfolgte Beusts Entlassung im Jahre der Gründung des Deutschen Reiches, ohne daß deshalb ein Zusammenhang bestanden hätte. Beust kehrte in die Diplomatie – nun nicht mehr Sachsens, sondern Österreich-Ungarns – zurück, erst als Botschafter in London, dann in Paris. 1882 zog er sich ins Privatleben zurück. Am 24. Oktober 1886 verstarb er auf Schloß Altenberg in Niederösterreich. Sein Nachfolger in der Führung der k.u.k. Außenpolitik war da bereits schon seit eineinhalb Jahrzehnten Gyula Andrássy. Dieser ungarische Graf sah in Preußen weniger einen Rivalen Österreichs um die Vorherrschaft in Deutschland als vielmehr einen Verbündeten Ungarns im Machtkampf mit Rußland um den Balkan. Damit war die Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem von Bismarck geführten Deutschen Reich und der anderen mitteleuropäischen Großmacht geschaffen.

Manuel Ruoff

Streit mit Phantasiezahlen

Wie viele Tschechen verließen 1938 das Sudetenland?

Nur wenn unser Grenzland tschechisch bleibt, bleibt auch unser ganzes Vaterland tschechisch“, trommelt seit fast 20 Jahren der altkommunistische „Grenzland-Klub“ in dem einst nahezu gänzlich deutsch besiedelten Sudetenland. Das mußte die Tschechoslowakei im Münchner Abkommen vom September 1938 an Deutschland abtreten, was der Grenzland-Klub als Beleg ewiger deutscher Erbfeindschaft propagiert, die sich als bedrohlicher „Germanisierungsprozeß“ fortsetze. Als Opfermythos verbreitetet er Phantasiezahlen über 1938 angeblich aus dem Sudetenland vertriebene Tschechen und hat damit sogar Erfolg: Politiker, Intellektuelle, selbst das tschechische Verfassungsgericht (1995) haben seine Angaben kritiklos übernommen.

Mancher setzt noch einen drauf, etwa der Prager Autor Jan Gazdik – dessen laxer Umgang mit Fakten notorisch ist –, der kürzlich in der Zeitung „Mlada fronta dnes“ schieb, 1938 mußten „binnen zehn Tagen 1200000 Tschechen ihre Häuser im Grenzland verlassen“. Das sei „Unsinn“, typisch für die „Genossen Patrioten-Bolschewiken des Grenzlandklubs“, widersprach Franz Chocholaty Groeger, ein akribischer Historiker der jüngeren deutsch-tschechischen Verhältnisse. Er hat dieselbe Frage bereits im März 2008 erforscht und kam zu weit niedrigeren Zahlen: 152000 Flüchtlinge im Dezember 1938, knapp 180000 Ende Juni 1939. Unter ersteren

Tschechische Historiker uneins

waren aber auch geflohene Deutsche, unter letzteren Tschechen, die aus den polnisch oder ungarisch gewordenen Landesteilen flüchteten. Nicht gerechnet sind dagegen tschechische Beamte, Lehrer und Militärs, die dienstlich zurückgerufen waren, auch nicht die sudetendeutschen NS-Gegner, die von Prag wieder ausgeliefert worden waren:

Was besagen Zahlen über Menschenschicksale? Nach dem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag über die Staatsbürgerschaft vom 26. November 1938 konnten auch Tschechen „Reichsbürger“ werden, was 175000 taten (von 677000 im Sudetenland) – mit ihrer Scholle verbundene Bauern, denen tschechoslowakische Landreformen mißfielen, oder Opportunisten, die von den besseren Lebens- und Reisebedingungen im Reich profitieren wollten. Gesichert ist, daß selbst 1939 noch mehr Tschechen im Sudetenland lebten als Ende 1918. Deutsche waren von anfänglicher Euphorie bald ernüchtert – durch Wehrpflicht, Rassengesetze und reichsdeutsche Diskriminierung der drei Millionen Sudetendeutschen. Ab Mai 1945 wurden sie vertrieben, hektische „Neusiedlungen“ haben ihre Lücke nie auffüllen können. Wären wenigstens eine Million Deutsche geblieben, als „zivilisatorische Balance“ zwischen Tschechen und Slowaken (sagte der Prager Publizist Pavel Tigrid), dann wäre die Tschechoslowakei 1993 nicht zerbrochen.

Wolf Oschlies

Verherrlichung des Empire

Vor 250 Jahren wurde das British Museum eröffnet

Das Britische Museum ist das größte Museum Großbritanniens und eines der wichtigsten der Welt. Was hier an Schätzen zusammengetragen ist, bildet ein repräsentatives Panorama der Kultur- und Kunstgeschichte der Menschheit. Die verschiedenen Sammlungen sind mit über 13 Millionen Exponaten fast unüberschaubar, so daß zum Beispiel die sieben ständigen Ausstellungen zur ägyptischen Kunst nur vier Prozent ihrer Stücke überhaupt präsentieren können.

Den Grundstock des Britischen Museums bildeten die Sammlungen von Sir Hans Sloane (1660–1753), Naturforscher und Arzt aus Chelsea. Zu Lebzeiten hatte er in seinem Wohnhaus am Bloomsbury Square eine beträchtliche Anzahl an Antiquitäten, Büchern, Manuskripten und archäologischen Artefakten zusammengetragen. Nach seinem Tod erbrachte eine Lotterie im Jahre 1753 einen Erlös von 300000 Pfund Sterling und gestattete den Ankauf des wertvollen Schatzes für die britische Nation. Durch die Gründungsakte kamen kurze Zeit danach zudem die Manuskriptsammlungen der Grafen von Oxford, und im Jahr 1756 als Schenkung König Georgs II., die 17000 Manuskripte der königlichen Bibliothek hinzu, welche die englischen Monarchen seit Heinrich VIII. gesammelt hatten. Da alle Druckerzeugnisse mit je einem Exemplar der Königlichen Bibliothek überlassen werden mußten, erwuchs daraus eine der größten Bibliotheken der englischsprachigen Welt.

Großbritanniens größtes Museum

Am 15. Januar 1759 eröffnete schließlich das Britische Museum im Montague House seine Pforten. Zunächst beschränkte sich die Zahl der Besucher auf etwa zehn pro Tag, denn um Eintrittskarten zu bekommen, mußte ein schriftlicher Antrag gestellt werden. Das Museum, dessen Ziel es war, die Größe und Bedeutung des britischen Empire dem interessierten Publikum zu vergegenwärtigen, wuchs rasch. Nach dem Sieg Nelsons über Napoleon im Jahr 1805 wurde das Britische Museum mit ägyptischen Funden und Kunstwerken gefüllt – darunter befand sich auch der berühmte Stein von Rosetta, mit dessen Hilfe schließlich die Hieroglyphen entziffert werden konnten. Der spektakulärste Ankauf gelang im Jahr 1816, als Lord Elgin die Skulpturen des Parthenon-Tempels in Athen anbot. Diese bilden auch heute noch einen der größten Anziehungspunkte des Museums. Das Besitzrecht ist jedoch höchst umstritten, und seit Jahren versucht die griechische Regierung, die einzigartigen Schätze zurückzubekommen. Trotz dieser politischen Kontroversen und zahlreicher Umstrukturierungen der letzten Jahre zählte das Britische Museum 2008 aufgrund seiner ausgezeichneten Ausstellungen mit über sechs Millionen Besuchern zu den größten Attraktionen Londons.

Anne Bruch

Lebendes Kulturdenkmal sucht Paten

Krieg und Vertreibung der Ostpreußen dezimierten den Bestand der Ostpreußischen Skudden

Die Ostpreußischen Skudden sind ein lebendes Kulturdenkmal. Durch die Gewinnung von Paten will der Zuchtverband für Ostpreußische Skudden und Rauhwollige Pommersche Landschafe ihrem Erhalt dienen.

Ostpreußische Skudden – auch bekannt als Masuren- oder Bauernschafe – gehören zur Gruppe nordischer kurzschwänziger Heideschafe. Der Name leitet sich möglicherweise von dem Wort „kosse“ – ärmlich – ab. Ihre Herkunftsgebiete sind Ostpreußen und Teile des Baltikums. Ostpreußische Skudden gehören zu den ältesten Landschafrassen Deutschlands. Wie die Rauhwolligen Pommerschen Landschafe drohten sie in Folge von Krieg und Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat in Ostpreußen und Hinterpommern auszusterben. Nur wenige dieser Tiere konnten nach 1945 gerettet werden. Rund 160 waren es bei den Skudden, bei den Rauhwolligen Pommern blieben noch weit weniger Tiere. Heute gibt es wieder rund 5000 Skudden und 4000 Rauhwollige Pommern, doch noch immer sind sie in ihrem rassetypischen Bestand gefährdet.

Am größten war der Umfang der Schafhaltung im Deutschen Reich 1874 mit rund 25 Millionen Tieren, am größten in Ostpreußen 1864 mit 1,9 Millionen. Die Konkurrenz mit Wollen billiger produzierender Länder in Übersee und der Umstand, daß in manchen Regionen Deutschlands der Verzehr von Schaffleisch nicht sehr geschätzt wurde, führte zum Rückgang der Schafhaltung. Schon 1912 waren in Ostpreußen bezogen auf die Fläche weniger Schafe vorhanden als in allen östlichen Provinzen. So ging bis 1938 in Ostpreußen die Zahl der Schafe auf 190 000 zurück.

Die Provinz besaß meist gute Böden in flacher Geländegestaltung und war mit Niederschlägen gut versorgt, so daß sie als Rinderweide für die auch international mit bestem Namen verbundene ostpreußische Rinderzucht lohnender zu nutzen war.

Auch in der östlichsten Provinz verdrängten Wirtschaftsrassen in der Schafhaltung immer mehr die Landschafe und auch die autochthone Rasse der Skudde. Ihr Anteil betrug mit 2 Prozent zwar geringfügig mehr als der der Merinolandschafe mit 1,7 Prozent, blieb aber weit hinter den schwarzköpfigen Fleischschafen mit 46,1 Prozent und den Merinofleischschafen mit 37,6 Prozent am Gesamtschafbestand zurück.

Seit fast 4000 Jahren ist die Skudde nachweisbar, und frühgeschichtliche Textilfunde belegen, daß die rassetypischen damaligen Vliese den heutigen entsprechen. Skudden wurden nicht „veredelt“, Einkreuzungen fremder Rasen unterblieben weitgehend. Die Vliese dieser Landschafrasse bestehen aus Kurzhaaren, sehr feinen Wollfasern und den abdeckenden Langhaaren. Die Wollfasern der Skudden sind die feinsten der Welt, dreimal feiner noch als die der Merinoschafe. Für das „Schaf der kleinen Leute“ brachte die Industrialisierung der Wollverarbeitung massive Einbrüche im zahlenmäßigen Bestand mit sich. Ihr Vlies – für das angepaßte Leben im rauhen Klima der östlichen Heimat unverzichtbar – widersetzte sich industrialisierter Verarbeitung. Der Bestand der Skudde ging in Folge weiter zurück. Ostpreußische Skudden gibt es in den Farben Weiß, Schwarz und gelegentlich Braun, immer jedoch ist das Fell ganzfarbig.

> Seit fast 4000 Jahren ist die Skudde nachweisbar

Skudden sind die kleinsten deutschen Landschafe, ihr Futterbedarf dementsprechend unterhalb der Fütterungsnorm für Landschafe. Skudden zeichnen sich durch Standorttreue und ein ausgesprochenes Herdenverhalten aus. Die Schafe dieser Rasse brauchen keinen Stall, sie können in kleinen Gruppen Sommer wie Winter im Freien gehalten werden, wenn sie einen trockenen, windgeschützten Unterstand haben.

Skudden sind asaisonal, das heißt, sie können fast zu jeder Zeit des Jahres Lämmer werfen, die meisten allerdings werden im Frühjahr geboren. Nach rund fünf Monaten Tragzeit kommen die Lämmer in aller Regel behende und lebenstüchtig zur Welt. Beobachtet wurde eine problemlose Lammung in einer Skuddenherde auf vereister Weide bei -17 Grad. Die rassetypische Bauchwolle der Zibbe schützt die jungen Lämmer auch bei starkem Frost. Ostpreußische Skudden überzeugen auch mit hoher Lebenserwartung. Ein Alter von 25 Jahren sollen Skudden schon erreicht haben. Die Rasse zeichnet sich durch Fruchtbarkeit, gute Mütterlichkeit und ein hohes Aufzuchtergebnis aus.

Skudden sind zur Landschaftspflege bestens geeignet und zeigen eine hohe Umweltstabilität, das heißt sie sind vergleichsweise unabhängig von Umweltveränderungen wie Wind und Sonne. Ihr naturpflegender Weidegang sichert zugleich vielen Geschöpfen Lebensgrundlagen. Ostpreußische Skudden zeigen viele in der heutigen größtenteils durch Leistungsrassen geprägten Landwirtschaft nur noch selten zu beobachtende Verhaltensweisen. Ihre artgerechte Haltung und Zucht sind ein Gewinn – auch an natürlicher Harmonie.

> Die Wollfasern der Skudden sind die feinsten der Welt

Die hochwertigen Tuche und Strickwaren aus den Wollen von Skudden und Rauhwolligen Pommerschen Landschafen faszinieren anspruchsvolle Kunden. Das Fleisch der alten Landschafrassen ist besonders wertvoll, es enthält viele ungesättigte Fettsäuren.

Der seit 1984 bundesweit tätige „Zuchtverband für Ostpreußische Skudden und Rauhwollige Pommersche Landschafe e. V.“ führt ein Herdbuch für beide Rassen. Er führt die rassetypischen Wollen zusammen und läßt sie nach chemiefreier Wollwäsche mit Gletscherwasser in Tirol schonend verarbeiten. Zur Vermarktung dient das verbandseigene Wollkontor. Skudden wie Rauhwollige Pommern sind immer noch gefährdet. Mehr als 100 Züchter haben sich bereits im Zuchtverband der Erhaltungszucht der Ostpreußischen Skudde verschrieben. Gebraucht werden noch mehr. Unverzichtbar ist dabei die Unterstützung der Fördermitglieder und sogenannter Paten, denn eine öffentliche Förderung gibt es – im Gegensatz zu anderen alten Schafrassen – für die bodenständige Schafrasse Ostpreußens nicht. Der wirtschaftliche Druck auf den nunmehr fast 25jährigen Zuchtverband ist gewachsen, und nur mit neuen Freunden kann die Erhaltungszucht der Ostpreußischen Skudde gesichert werden. Die Zeit drängt! Und so hat jetzt die eilige Suche nach 150 Paten – so viele benötigt der Verband zur Sicherung – begonnen, nach Menschen, denen die Zukunft der Skudde als einem lebenden Kulturdenkmal Ostpreußens am Herzen liegt.

Jürgen Tönnesen

Weitere Informationen erteilt der Zuchtverband für Ostpreußische Skudden und Rauhwollige Pommersche Landschafe e. V., Dorfstraße 18, 47574 Goch-Nierswalde, Telefon (02823) 418038, www.landschafe.de.



Ostpreußische Skudde: Nur wenige Tiere konnten nach 1945 gerettet werden. Bild: Ricarda Grothey

»Er gab alles, was er hatte ...«

Vor 50 Jahren wurde Michael Grzimek der Zusammenstoß mit einem Geier zum Verhängnis

Ich aber wünsche allen Vätern, daß sie einen Sohn haben mögen, der ihr Kamerad und Freund ist und der sich mit ihnen versteht. Und wenn es auch nur für einige wenige Jahre ist.“ Diesen Wunsch äußerte Bernhard Grzimek im Vorwort des 1959 erschienen Buches „Serengeti darf nicht sterben“. Ihm waren derartige Jahre vergönnt – allerdings nur wenige, zumindest mit seinem zweiten Sohn Michael. Bernhard Grzimek teilte das Schicksal der bedauernswerten Eltern, die ein eigenes Kind überleben. Als Grzimek den oben zitierten Wunsch äußerte, war sein Sohn Michael bereits tot.

Michael Grzimek kam am 12. April 1934 als Sohn des Zoologen Bernhard Grzimek und dessen Ehefrau Hildegard geborene Prüfer in Berlin zur Welt. Schon frühzeitig teilte er das Hobby seines Vaters. 1951 begleitete er seinen Vater, als dieser in seiner Eigenschaft als Direktor des Frankfurter Zoos die Elfenbeinküste besuchte, um Tiere für seinen Tiergarten zu fangen sowie das Verhalten afrikanischer Tiere in freier Natur zu studieren, damit ihre Artgenossen in der Frankfurter Gefangenschaft artgerechter gehalten werden könnten. Zwei Jahre später folgte eine gemeinsame Expedition in den Kongo.

Nachdem Bernhard Grzimek die Eindrücke dieser Kongoexpedition zum 1954 erschienenen Buch „Kein Platz für wilde Tiere“ verarbeitet hatte, war es sein Sohn, der ihm den Vorschlag machte, mit eigenem Geld diesen Publikumserfolg in Farbe zu verfilmen. Dieser erste Film, der den Deutschen die Probleme der Wildtiere in Afrika vor Augen führte, war nicht nur beim Fach-, sondern auch beim zahlenden Publikum ein großer Erfolg.



Michael (links) und Bernhard Grzimek Bild: Internet

Vater und Sohn wollten mit dem Erlös aus dem Film Land für die Vergrößerung des Nationalparks in Tanganjika erwerben. Doch dessen Direktor schlug ihnen vor, stattdessen lieber eine Bestandsaufnahme der wanderenden Tiere durchzuführen, um auf dieser Basis die Nationalparkgrenzen neu zu bestimmen.

Die Grzimeks waren einverstanden, und Michael hatte die bahnbrechende Idee, die Herden von einem Flugzeug aus zu erfassen. Hierzu erlernten die beiden das Fliegen und kauften eine speziell ausgerüstete Dornier Do 27. Auffallend waren die Zebrastreifenlackierung und das Kennzeichen „D-ENTE“.

Vor einem halben Jahrhundert, am 10. Januar 1959, kollidierte Michael Grzimek bei einem der Flüge mit einem Geier. Die Tragfläche wurde dabei derart stark beschädigt, daß Grzimek trotz seines fliegerischen Könnens die Kontrolle über die Mschine verlor, abstürzte und dabei starb. Noch am selben Tag wurden seine sterblichen Überreste am Rande des Ngorongoro-Kraters beigesetzt, wo später auch sein Vater die letzte Ruhestätte fand. Über seinem Grab errichtete die tansanischen Regierung eine Steinpyramide mit der Inschrift: „He gave all he possessed for the wildlife of Africa, including his life.“ (Er gab alles, was er hatte, für die wilden Tiere Afrikas, einschließlich seines Lebens.)

Manuel Ruoff

MELDUNGEN

Pionier der Missionsarbeit

Goch/Steyl – In Goch, einer an der deutsch-niederländischen Grenze gelegenen Kleinstadt am Niederrhein, wurde dem tiefreligiösen katholischen Ehepaar Gerhard Johannes und Anna Katharina Janssen am 5. November 1837 mit Arnold ein zweites Kind geschenkt. Neun weitere folgten. Arnold Janssen machte Abitur und studierte Theologie. 1861 wurde er zum Priester der Diözese Münster geweiht, anschließend arbeitete er als Lehrer und Seelsorger. Doch fühlte er sich der weltweiten Verbreitung des Wortes Gottes verpflichtet, in deren Dienst er sich nun stellte. Er gab die volkstümliche Monatsschrift „Der kleine Herz-Jesu-Bote“ heraus, in der er mehr Engagement für die Mission verlangte. Was Janssen von anderen forderte, tat er auch selbst. Er gründete eine Ausbildungsstätte für Missionare, und da zu Zeiten des Kulturkampfes (1871–78) im Deutschen Reich ein antikatholisches Klima herrschte, tat er dies jenseits der Grenze im niederländischen Grenzstädtchen Steyl. Mit bischöflichem Segen weihte er dort 1875 ein von ihm erstandenes Wirtshaus zum Mutterhaus der ersten deutschen Missionsgesellschaft, der „Gesellschaft des Göttlichen Wortes“. Sankt Michael, so der Name des Hauses, fand bald segensreiche Helferinnen, die sich ebenfalls der Mission verpflichtet fühlten. Für sie und zur Gewinnung weiblicher Hilfskräfte der Missionare in der Fremde gründete er 1889 die Kongregation der „Dienerinnen des Heiligen Geistes“. 1896 wählte Janssen einige der Schwestern aus, um einen kontemplativen Zweig zu gründen, die Kongregation der „Dienerinnen des Heiligen Geistes von der ewigen Anbetung“. Sie sollten mit ihrem Gebet die beiden anderen von Janssen gegründeten Missionsgemeinschaften unterstützen. Janssens Werk ist nachhaltiger Erfolg beschieden, der über seinen Tod hinausgeht. Vor 100 Jahren, am 15. Januar 1909, starb Arnold Janssen in Steyl, wo er auch begraben ist. Papst Johannes Paul II. sprach ihn 2003 heilig, zwei Jahre später wurde seine damals zu Preußen gehörende Geburtsstadt zum Wallfahrtsort erhoben. In jenem Jahr 2005 zählte die Steyler Ordensfamilie 6075 Missionare, 3738 Missionsschwestern und 397 Anbetungsschwestern aus insgesamt 68 Nationen, die in ungefähr gleich vielen Ländern ihren Dienst verrichteten. *M. R.*



Arnold Janssen Bild: Archiv

Fridericianisches Symposion

Rheinsberg – Der Kunst- und Kulturverein Rheinsberg e. V. führt am 9. und 10. Mai 2009 sein 18. Symposion zur Fridericianischen Zeit durch. Nähere Informationen erteilt Prof. Dr. Jürgen Ziechmann, Telefon (04486) 9209080, E-Mail: info@juergen-ziechmann.de. *PAZ*

Die EU entmündigt durch oktroyierte Verfassung

Zu: „Vorhersehbarer Mißerfolg" (Nr. 51/52)

Lassen Sie mich zu Ihrem *PAZ*-Beitrag sagen, daß auch das Bundesverfassungsgericht genau weiß, daß der Lissabon-Vertrag verfassungswidrig ist: Art. 20 GG Abs. 2 – Volkssouveränität erlaubt keine oktroyierte Verfassung, Abs. 3 erlaubt keine Gesetzesdekretierung durch die Exekutive, sondern verlangt Gewaltenteilung. In Abs. 1 steht das Demokrategiebot. Alles geschützt durch „Ewigkeitsgarantie" in Art. 79, 3. Was Lissabon bietet, ist die Abschaffung der demokratischen Fundamente. Ein neues Ermächtigungsgesetz. Diesen Text von zirka 1000 Seiten hat kein Abgeordneter verstanden – und sollte es auch nicht. Das war der Trick.

Brüssel wollte erst so viele Mitgliedstaaten wie möglich in die Tasche stecken. Dann werden sie wieder entmündigt zugunsten der Großen, die eine Art Direktorium bilden, und die EU von oben beherrschen. Das ist der neue europäische Bürgerkrieg. Ich kann Präsident Klaus hinsichtlich seiner Haltung zur EU gut verstehen. Er hat auch ein wahres Büchlein geschrieben: „Blauer Planet in grünen Fesseln" über die CO_2-Gaunerei. Erst Angst machen, dann abkassieren. **Karl-Hermann Dittmar, Arolsen**

Verbrechen sind nur zum Teil bekannt geworden

Zu: „Halb Aufstand, halb militärische Intervention" (Nr. 51/52)

Der Artikel über den Posener Aufstand ist aufschlußreich, die Karte zeigt nochmals informativ das umstrittene Territorium. Es bleibt noch zu ergänzen, daß angesehene Deutsche zu Tausenden als Geiseln in die ehemals russischen Kriegsgefangenenlager Szcypiorno und Stralkowo verbracht wurden. Jedes dieser unmenschlichen Lager hatte eine Belegschaft von annähernd 2000 Personen; der Rittergutsbesitzer Albat von Haza-Radlitz wurde am 12. Januar 1919 in Szcypiorno ermordet! Nur ein Teil dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist nach außen gedrungen, weil sich Posen von Anfang 1919 bis 1939 ununterbrochen in polnischer Hand befand.

Der verhinderte Hitler-Attentäter und spätere Geheimdienstmann Friedrich-Wilhelm Heinz erlebte als 18jähriger, verwundeter Soldat den Posener Aufstand. Seine eindringliche Schilderung kann man nachlesen in F.W. Heinz: „Sprengstoff", nachgedruckt vom Uwe Berg Verlag, Toppenstedt. Auch in seinem Buch „Die Nation greift an" über den Posener Aufstand geht Heinz ausführlich und auch atmosphärisch spannend auf den Aufstand ein. **Markus Krämer, Allendorf**

Verbrecher töten

Zu: „Weltweite Expansion der Piraten" (Nr. 50)

Die Staaten sind nur machtlos, weil sie sich selbst entmachtet haben oder ihre Macht nicht nützen. Sie binden sich selber die Hände und beklagen dann, daß sie nahezu machtlos sind. Piraten sind Verbrecher. Wo sie auftreten oder angreifen, sind sie zu vernichten, und das ohne Wenn und Aber.

Ihre Hintermänner dürfen nicht verschont werden, und dazu darf auch nicht auf Ländergrenzen Rücksicht genommen werden.

Wer Verbrecher in seinem Land duldet und ihr verbrecherisches Tun nicht bekämpft, der darf sich nicht wundern, wenn seine Grenzen bei der Verbrecherverfolgung mißachtet werden. **Alexander Lindenthal, Greifswald**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Kriminalistische Untersuchung eines Massengrabs in Bosnien: Das Völkerrecht verlangt zwingend die Aufklärung solcher Großverbrechen, auch die EU vertritt hier eine eindeutige Position. Für deutsche Opfer der Nachkriegszeit gelten andere Regeln. Bild: AP

Vertuschter Genozid

Zu: „Kongo – ein Land mit blutiger Geschichte" (Nr. 46)

Bereits vor der Ankunft der Weißen in Afrika war es üblich, daß die Eingeborenen ihren Kriegsgefangenen oder als Bestrafungsmaßnahme Hände oder Füße abhackten. Der belgische König Leopold wendete in seiner Kongo-Kolonie dieselben Verstümmelungen an.

Dank seiner finanziellen Macht gelang es Leopold, seine Verbrechen zu vertuschen, so daß der Genozid in Belgien auch heute noch geleugnet wird. Nur eine kleine Gruppe von Historikern wagt die wahre Darstellung dieses finsteren Kapitels. Es war eine hinterhältige Gemeinheit der Belgier und der Alliierten, im Rahmen ihrer Hetzpropaganda den deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg anzulasten, sie hätten belgischen Kindern die Hände abgehackt. Da Fotos begreiflicherweise nicht vorhanden waren, wurden Zeichnungen von Kindern, die ihre blutigen Armstümpfe zum Himmel streckten, in der Weltpresse veröffentlicht und damit der Deutschenhaß gesteigert. **Ingeborg Pohl, Lüneburg**

Ohne Hoffnung

Zu: „Datendiebe ungebremst" (Nr. 50)

Es sind nicht nur Datendiebe, von denen wir hören, es ist die weit verbreitete Kriminalität, mit der wir zu leben haben und die uns mit Mißtrauen gegenüber unserer Umwelt erfüllt. Man fragt sich, wem man noch trauen kann, wer nicht seine eigenen Interessen über alles stellt, auch über Moral und Anstand.

Was müßte sich ändern? Wie sollte es geschehen? Ich sehe kein Licht am Ende des Tunnels und empfinde das als besonders schlimm. **Franz Bovelet, Seevetal**

Aufzeichnungen über 2000 Massengräber von Deutschen

Zu: „Ein Sender spielt Kalter Krieg" und „Ein besonderer Friedhof" (Nr. 48)

Vielen Dank für Ihren ausgezeichneten, kritischen Beitrag zu der Produktion des Hessischen Rundfunks „Die Sudetendeutschen und Hitler". Diese Dokumentation voller Halbwahrheiten hat viel Ärger unter den Landsleuten ausgelöst. Es gab zahlreiche Protestbriefe an den Intendanten, Dr. Helmut Reitze. Auch hat sich der Programmausschuß des Rundfunkrates mit der Sendung befaßt.

Danke auch für den Beitrag „Ein besonderer Friedhof" auf derselben Seite über die endgültige Bestattung (Einbettung) von 5500 deutschen Toten des Jahres 1945 auf dem neuen Soldatenfriedhof in Eger. Ihre Einschätzung, daß es sich bei den weitaus meisten dieser Opfer eben nicht um Kombattanten, sondern entweder um bereits gefangene Soldaten oder aber um Zivilisten handelt, kann ich aus meinen Recherchen und Forschungen in den böhmischen Ländern nachdrücklich bestätigen.

Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) seine Arbeit in der Tschechischen Republik inzwischen eingestellt hat. Ein besonders aktiver, mir seit Jahren bekannter Mitarbeiter des VDK fand bei Nachforschungen im Prager Militärarchiv Aufzeichnungen über nicht weniger als 2000 Massengräber von Deutschen aus dem Jahre 1945, die in der Nachkriegszeit offenbar mit der traditionellen Gründlichkeit von ehemaligen k.u.k.-Beamten angefertigt wurden. Heute will davon niemand mehr etwas wissen, weder in Prag noch in Berlin. Der erwähnte VDK-Mitarbeiter fürchtet nun buchstäblich um seine Existenz und hat das Land verlassen.

Hinter Ihre in vorsichtiger Frageform geäußerte Einschätzung, daß „der ganze Vorgang eher in die Hände von Kriminalisten und Staatsanwälte" gehören würde, möchte ich ein dickes Ausrufezeichen setzen. Hier versuchen zwei Regierungen, gewaltige Verbrechen unter den Teppich zu kehren. Fast alle deutschen und auch tschechischen Medien schweigen dazu und machen diesen Versuch damit leider erst möglich.

Ihrer Redaktion für das neue Jahr beste Gesundheit und viel Schaffenskraft für unsere gemeinsamen Ziele! **Adolf Wolf, Wiesbaden**

Erfrischend offen

Betr.: *Preußische Allgemeine Zeitung*

Auf einer Veranstaltung der Ostpreußen in Berlin wurde ich auf die *PAZ* aufmerksam und habe sie seither abonniert. Als am ehemaligen Ostdeutschland und am Baltikum interessierter „Franke" lese ich seither die *PAZ* und erfreue mich nicht nur der sehr informativen Artikel über diese Gebiete und deren Geschichte, sondern auch der stets offenen und klaren Positionierung zu aktuellen politischen Themen – frei von sonst üblichen P.C.-Einheitsmeinungen. Weiter so! **Heiner E. Frisch, Kaarst**

Einmalig: Verbrechen wird verfolgt

Zu: „Einmaliges Ermittlungsverfahren" (Nr. 49)

Nicht das sowjetische Verbrechen von Treuenbrietzen bestimmt die Einmaligkeit! Es ist die Einmaligkeit, daß überhaupt ein Verbrechen der sowjetischen Sieger verfolgt wird. Verbrechen sowjetischer Soldaten gab es ja zu vielen Tausenden, wobei man gar nicht an die über 100 000 vergewaltigten Berlinerinnen denken muß. Und es gibt auch nur sehr wenige Verbrechen, für die sich mit Mühe ein Bezug zu vorangegangenen deutschen Verbrechen herstellen läßt.

Die deutschen Nestbeschmutzer bemühen ja zu gern die Rache als Entschuldigung für die Verbrechen der Sieger, so als ob es für die Ermordung und Vergewaltigung von Menschen eine Entschuldigung gäbe. Man fragt sich immer wieder, was in den Köpfen dieser wohl vorgehen mag, die nicht genug daran haben, die tatsächlichen deutschen Verbrechen zu beklagen und nicht zu vergessen, sondern sie auch noch dadurch überhöhen, daß sie Verbrechen an den Menschen des eigenen Volkes verschweigen, entschuldigen oder bagatellisieren. **Jutta Goldenberg, Greifswald**

Lager Jamlitz blieb unerwähnt

Zu: „Schweigelager im doppelten Sinne" (Nr. 47)

Bei dieser Lageraufzählung vermisse ich das Lager Frankfurt an der Oder. Und das Lager Jamlitz war bis Februar 1945 ebenfalls ein KZ.

Ich selbst verbrachte folgende Zeiten in diesen Lagern: Weesow, Juni-Juli 1945, Frankfurt an der Oder, August bis Anfang September 1945, Jamlitz Anfang September 1945 bis Januar 1947, Ketschendorf Ende Januar 1947 zum Abtransport nach Sibirien, Heimkehr April 1950, Entlassung als Kriegsgefangener.

Bei meiner Verhaftung im Juni 1945 war ich 16 Jahre alt. In einem Drei-Tagesmarsch kamen wir von Weesow nach Frankfurt/Oder und Anfang September, nach einem weiteren Zwei-Tagesmarsch, erreichten wir das Lager Jamlitz. Mit unserem Eintreffen wurde das Lager neu eröffnet. Von den zirka 6000 Inhaftierten des Lagers im Dezember 1946 sind wir, zirka 300 Mann, ausgesucht und mit den Kameraden aus Ketschendorf und Sachsenhausen in einem 36 Tage dauernden Transport Anfang Februar 1947 zum Arbeitseinsatz nach Sibirien verfrachtet worden. **Herbert Scherner, Memmingen**

Das Grundgesetz gilt für alle

Zu: „Rechtsextremen soll Wahlrecht gekürzt werden" (Nr. 46)

Es trifft leider zu, daß in unserem Land ein linksextremer „antifaschistischer" Terror herrscht, der von Gruppen und auch staatlichen Stellen unterstützt wird, weil er seine Verbrechen im Mantel des Kampfes gegen Rechts begeht.

Wenn bei einer Demonstration der NPD von den linksfaschistischen Gegendemonstranten Gewalt ausgeübt wird und unsere Polizisten mit Steinen und Flaschen beworfen werden, dann wird die Schuld für die Krawalle auf die NPD geschoben und darüber nachgedacht, wie man das Demonstrationsrecht zu ihrem Nachteil ändern könne. Meinungsfreiheit und Grundgesetz gelten wenig, wenn es gegen „Rechts" geht, von dem man gar nicht weiß, was es eigentlich beinhaltet.

In Meckpom will man das Wahlrecht manipulieren, um gewählte Vertreter der NPD daran zu hindern, Funktionen auszuüben. Man darf meinen, daß „Rechts" bei einer Sorte von Mitbürgern einen pawlowschen Reflex hervorruft, sie schalten ihr Gehirn aus. **Hans-Peter Steding, Neunkirchen**

Quadriga erhielt das Eiserne Kreuz nach 1813

Zu: „Ohne Eisernes Kreuz und Preußenaar" (Nr. 48)

Gottfried Schadow (1764–1850) schuf die Quadriga 1790/1793 als Zug des Friedens. Das Eiserne Kreuz wurde erst 1813 nach dem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel gestiftet. **Ulrich Ewert, Bernau**

Anm. der Redaktion: Leser Ewert hat recht. Dennoch hat die DDR-Führung mit der Entfernung von Eisernem Kreuz und Preußenaar nicht den früheren Zustand rekonstruiert. Vielmehr hatte die Göttin anfänglich einen Speer, an dem in der Art eines antiken Tropaions Helm, Brustpanzer und zwei Schilde angebracht waren. Dieses Siegeszeichen wurde 1795 durch einen Lorbeerkranz und eine Legationstafel mit darüber schwebendem römischen Adler ersetzt. Da der Preußenkönig nach den Befreiungskriegen befahl, der „Figur etwas mehr Bezughabendes auf die jetzigen Zeitereignisse in die Hand zu geben", erhielt die Göttin 1814 das Panier Preußens mit Eisernem Kreuz und Adler, also das Aussehen, das sie seit 1991 wieder hat. Von daher bleibt auch die Entfernung von Eisernem Kreuz und Preußenaar vom Eichenlaubkranz ein Akt von Bilderstürmerei.

Macht Rache einen Mord weniger schlimm?

Zu: „Bessere und schlechtere Opfer" (Nr. 49)

Mit besseren und schlechteren Opfern leben wir seit 1945, wozu die Feststellung gehört, daß die schlechteren Opfer, die deutschen, immer schlechter geworden und häufig völlig aus dem Gedächtnis unseres Volkes gestrichen worden sind. Unser Land ist von einer Moral verseucht, die nie eine war und allen zur Schande gereicht, die ihr bis heute dienen.

Kein moralischer Mensch kann hinnehmen, daß die Ermordung unschuldiger Menschen sozusagen zu akzeptieren ist, wenn den Mördern das Motiv Rache unterstellt wird. So gilt die Vergewaltigung von über 100 000 Frauen in Berlin als eine Art von Kavaliersdelikt, dessen Täter ist in Überlebensgröße in Treptow zu besichtigen.

Die Bombenangriffe auf wehrlose deutsche Städte sind geplanter Mord. Die Versuche, durch wissenschaftliche Berechnungen die Abwürfe von Brandbomben so zu steuern, daß Feuerstürme entfacht wurden, in denen besonderes viel wehrlose Menschen schnell zur Unkenntlichkeit verbrennen, sind Menschheitsverbrechen. **Markus Thermann, Bonn**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 10. Januar 2009

MELDUNGEN

Zwei Drittel zahlt die EU

Allenstein – Mit dem vom Woiwodschaftsparlament für das Jahr 2009 beschlossenen Haushalt wurde erstmals die Ein-Milliarden-Zloty-Grenze (fast 244 Millionen Euro) überschritten. Für den Etat stimmten die Abgeordneten der Bürgerplattform (PO), der Volkspartei (PSL) und der Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), dagegen votierten die Parteien „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und „Selbstverteidigung“ (Samoobrona). Mehr als 700 Millionen Euro sind für die nachgeordneten Kreise und Gemeinden sowie die Förderung von Wirtschaftsunternehmen und gemeinnützigen Organisationen vorgesehen. 90 Millionen (knapp 22 Millionen Euro) entfallen auf die Woiwodschaftsstraßen. Des weiteren sieht der Haushaltsplan die Mitfinanzierung von 37 Sportplätzen vor. Für fast zwei Drittel des Milliarden-Etats, nämlich 659 Zloty (fast 161 Millionen Euro), kommt der europäische Steuerzahler in Form von Zuwendungen der Europäischen Union zur Entwicklung der Region auf. Um dieses Geld zu erhalten, muß die Woiwodschaft 30 Millionen Zloty Eigenanteil auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. *PAZ*

Acht Kandidaten für die Wahl

Allenstein – Für die Wahl des Stadtpräsidenten am 15. Februar haben die folgenden acht Parteien und Wählervereinigungen Kandidaten aufgestellt: „Polen zuerst“, Bürgerplattform (PO), „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), Wählerkomitee „Allenstein preiswert und sicher“ (Union der realen Politik), Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), Wählerkomitee „Mehr als Verteilung“, Polnische Volkspartei (PSL), Wählerkomitee „Allensteiner Verständigung“. Bis zum 29. Januar müssen die Parteien und Wählervereinigungen für ihre Kandidaten je 3000 Unterschriften gesammelt haben. *PAZ*

Ausbau des Leitungsnetzes

Allenstein – Mit dem Ziel, die flächendeckende und kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser sicherzustellen, soll dieses Jahr das Wasserleitungsnetz der Kreis- und Woiwodschaftshauptstadt ausgebaut werden. Allensteins Stadtverwaltung hat dem Unternehmen „Robot Inzynieryjnych Budownictwa“ (Bauingenieur-Arbeiten) einen entsprechenden Auftrag in Höhe von 13 Millionen Zloty (über drei Millionen Euro) erteilt. Die Arbeiten sollen schon diesen Monat beginnen. Ihr Abschluß ist für das Ende dieses Jahres vorgesehen. Die Investition erfolgt im Rahmen des schon seit einigen Jahren laufenden Projektes „Wassernetz-Wirtschaft Allenstein“, das mit Mitteln der Europäischen Union unterstützt wird. *PAZ*

Feiern auf großem Fuße

Viele Königsberger wollen die Krise noch nicht wahrhaben – erste Auswirkungen spürbar

Die globale Wirtschaftskrise tritt auch im Königsberger Gebiet zutage. Unternehmen verordnen Kurzarbeit, senken die Löhne und entlassen Mitarbeiter, um der Krise zu begegnen. Die Lebensmittel- und Energiepreise steigen deutlich, doch die Menschen wollten sich ihre Feiertage davon nicht verderben lassen.



An der Beleuchtung wurde nicht gespart: Vorweihnachtliches Treiben im Einkaufszentrum Europa

Bild: Tschernyschew

In diesem Jahr war der Jahreswechsel von der Krise überschattet. Auf den ersten Blick schien es, als hätte sich nichts verändert. Wie in den Vorjahren gab es zur Vorweihnachtszeit Staus, Menschenmengen auf den Straßen, die eilten, ihre Neujahrsgeschenke zu kaufen.

Schon Mitte Dezember wurde auf dem Hansaplatz – genau wie immer – eine große Tanne aufgestellt. In einem Tag stellten Arbeiter der Firma „Baucenter“ – das Unternehmen von Bürgermeister Alexander Jaroschuk – das Gestell der Tanne auf. Der künstliche Baum war eine Maßanfertigung aus Polen, bestehend aus einem besonderen Gerüst, an dem 26 Flügel mit über 1500 Ästen aus unbrennbarem Material angebracht waren. Die Tanne wog vier Tonnen. Anschließend wurde sie mit etwa 30 Girlanden und 300 Schleifen und Kugeln geschmückt. Zwei echte Tannen wurden ebenfalls mit Girlanden verziert, die eine am Denkmal „Mutter Rußland“ und die andere am Schillerdenkmal.

Beim Haus der Räte und in der Nähe des zerstörten Königsberger Schlosses gab es wieder einen Weihnachtsmarkt, auf dem Händler Christbaumschmuck, Souvenirs, Karnevalskostüme, Geschenke, Lebensmittel für die Festtage und vieles mehr zum Kauf anboten. Ab Mitte Dezember begann zudem der Christbaumverkauf, der dieses Jahr an 22 Stellen stattfand.

Darüber hinaus gab es ein Novum in Königsberg: Zum ersten Mal waren die Hauptstraßen feierlich beleuchtet. Vor dem Jahreswechsel brannten über 10000 Lämpchen. Diese Beleuchtung kostete die Stadt 15 Millionen Rubel (rund 375000 Euro) für Strom, Trafos und für die Verlegung neuer Leitungen. Zum nächsten Weihnachtsfest soll Königsberg, wenn es nach dem Willen der Stadtregierung geht, noch schöner erstrahlen.

Anders sieht es in den Privathaushalten aus. Die gestiegenen Strompreise zwingen Otto-Normal-Verbraucher zum Sparen, auch bei der Weihnachtsbeleuchtung. Vor der Krise hatten Regierung und Energieversorger Einheimischen niedrigere Tarife zugebilligt, die sie mit höheren Tarifen für Verbraucher im Westen kompensierten. Das soll nun anders werden: Für den Export von Wärme und Strom nach Europa sind Ausgaben für Investitionen notwendig, und auf lange Sicht werden Russen die gleichen Preise zahlen müssen wie alle anderen.

Zum Jahreswechsel stiegen aber nicht nur die Wohnnebenkosten, es gab auch keine Preisnachlässe und Rabatte, wie sie sonst vor Weihnachten üblich waren. Im Gegenteil: Die Preise für Kleidung, Unterhaltungselektronik, Computer und andere langlebige Gegenstände stiegen moderat, die für Lebensmittel deutlich. In einigen Wirtschaftsbereichen übersteigt das Angebot schon die Nachfrage, doch dies zeigt bislang noch keine Auswirkung auf die Preise.

Umfragen zufolge ist bereits ein Drittel der Menschen von Einkommensrückgängen betroffen. Das Vertrauen in die Stabilität ihrer finanziellen Lage hat sich bei vielen Königsbergern ernsthaft verschlechtert. Ende November war die Hälfte der Befragten mit ihrer finanziellen Lage noch zufrieden. Die wirtschaftliche Lage im Land wird nicht einstimmig als Krise wahrgenommen. Laut Umfrage hat sich die Kaufbereitschaft kaum verschlechtert. Ende November glaubten 40 Prozent der Befragten, – genau so viele wie im Sommer –, daß die nächste Zeit günstig für Einkäufe sei. Viele Königsberger machen es wie früher, sie warten zunächst ab, was kommt, und feiern derweil, um

Fortsetzung auf Seite 14

Flohmarktsterben in Königsberg

Stadtplaner wollen der günstigen Einkaufsmöglichkeit den Garaus machen

Die Finanzkrise wirkt sich auf das Königsberger Gebiet aus. Neue Einkaufszentren können nicht fertiggestellt werden, weil die Investoren fehlen. Dennoch setzen die Stadtplaner ihre Projekte durch, auch wenn sie das Stadtbild belebende Elemente wie Flohmärkte Stück für Stück verdrängen.

In Europa und in vielen Ländern der Welt sind Flohmärkte längst zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Kultur und Tradition geworden. Viele gibt es schon seit Jahrzehnten, einige existieren sogar schon seit über 100 Jahren, ohne jemals ihren Ort verlagert zu haben, wie beispielsweise in Paris.

In Königsberg wie auch in anderen Städten der Russischen Föderation betrachten die Stadtoberhäupter Flohmärkte als etwas Befremdliches, manchmal sogar als etwas Unzulässiges. Statt den Flohmarkt als eine das Stadtbild bereichernde Erscheinung zu sehen, die nicht nur für die Bewohner interessant ist, sondern auch für Touristen, versuchen die Entscheidungsträger sie vom Straßenbild zu entfernen. Flohmärkte gelten bei ihnen als „Schwarzmarkt“, als „unkontrollierbar“ und „unseriös“.

In Königsberg finden schon so gut wie keine regelmäßigen Flohmärkte mehr statt. Einem der ältesten, dem auf dem zentralen Platz der Stadt, droht nun das Aus. Der Grund hierfür ist ein für die letzten Jahre typischer: Der Flohmarkt soll dem Bau eines weiteren Büro- und Einkaufzentrums weichen. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Bauherren der Flohmarkt stört und sie solch einen Nachbarn neben ihrem neuen schönen Zentrum nicht haben wollen.

Für die Flohmärkte galt lange Zeit das Gewohnheitsrecht. Die Verkäufer boten ihre gebrauchten Gegenstände auf der Straße an, meist legten sie ihre Waren direkt auf den Bürgersteig aus. Natürlich unterscheiden sie sich dadurch von den geordneten Flohmärkten, wie man sie in Hamburg oder Berlin sieht, aber die Königsberger hatten sich an sie gewöhnt. Schließlich konnte man dort viele notwendige Dinge für den Alltagsgebrauch günstig erstehen.

Der Preis ist aber nicht allein ausschlaggebend für die Beliebtheit der Märkte. Benötigt man zum Beispiel nur einzelne Schrauben oder Muttern, findet man sie in Königsberg nur auf dem Flohmarkt. In Baumärkten oder Supermärkten gibt es sie nicht einzeln. Überhaupt ist es schwierig, im Laden ein Ersatzteil zu erstehen. Man muß, natürlich für einen höheren Preis, komplette Einheiten kaufen. Die Verkäufer auf dem Flohmarkt verfügen häufig über technische Kenntnisse und geben Tipps zur Handhabung des gekauften Gegenstandes, was man im Supermarkt nicht erwarten kann. Die jungen Verkäufer in Baumärkten haben in der Regel nur theoretische Kenntnisse.

Auf einem Flohmarkt kann man dagegen die ungewöhnlichsten Dinge finden: Autoteile, verschiedene Deckel, Schraubenschlüssel, Flaschen, Dosen, alte Nähmaschinen und dergleichen mehr.

Die Flohmarktbetreiber wollen sich nicht verdrängen lassen. Sie sind bereit, Standgebühren für einen festen Standplatz zu zahlen, damit es auf ihrem Markt zivilisierter zugeht. Die Standbetreiber sind nicht selten Menschen mit höherer Bildung, die keine Arbeit finden, oder Rentner, die sich auf diese Weise ihre magere Rente aufbessern wollen. Ihre einzige Möglichkeit etwas dazuzuverdienen ist der Flohmarkt. Wie es aussieht, wird ihnen diese Zuverdienstmöglichkeit bald unmöglich gemacht. Wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage ist damit zu rechnen, daß das neue Einkaufscenter lange leer stehen wird, weil sich keine Mieter finden. Für die Flohmarkthändler sind die Mietpreise zu hoch.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich nun auch immer stärker auf die Russische Föderation aus. In der Folge wird es schwieriger, Investoren zu finden. Für das begonnene Bauprojekt im Königsberger Zentrum heißt das, es ist noch nicht klar, ob es fertig gebaut wird. Eigentlich sollte es in diesem Jahr schon zur Nutzung übergeben werden. Vielleicht wird das Haus eine Bauruine bleiben. Wo die Flohmarkthändler, die hier ihre Stände hatten, bleiben sollen, interessiert weder Bauherren noch Bürgermeister.

Jurij Tschernyschew

Feiern auf großem Fuße

Fortsetzung von Seite 13

sich von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken.

Die Stimmung beginnt erst jetzt zu sinken, obwohl die Medien schon seit drei bis vier Monaten über die Krise in Europa und den USA berichten. Noch vor wenigen Monaten brüstete sich die Gebietsregierung, daß sie nicht wisse, wie sie ihre Rücklagen verwenden solle, rief ein Projekt nach dem anderen ins Leben. Das hat sich geändert. Das Gebietsbudget für 2009 wurde um fast ein Viertel gekürzt, Mittel für kulturelle Zwecke sogar um 40 Prozent. Dagegen stellte die Regierung Steuer - erhöhungen für Kleinunternehmen in Aussicht, obwohl diese seit einiger Zeit ohnehin kaum überleben können.

Gouverneur Georgij Boos sagte den seit zehn Jahren üblichen jährlichen Gouverneursball ab. Viele glauben immer noch, daß die Krise nur in den Köpfen der Menschen existiere, und die Presse nur Panik mache. Die Russen können bis jetzt nicht glauben, daß der unaufhaltsame wirtschaftliche Aufstieg, der schnelle Reichtum, der ständige Anstieg der Einkommen, derer sie sich seit 1998 erfreuen konnten, zu Ende sein soll.

Wirtschaftsexperten sorgen sich, daß viele so gut wie gar nichts für „den schwarzen Tag“ zurückgelegt haben, der laut ihren Prognosen viele schon im Frühjahr treffen wird. Eine Reihe großer Firmen im Königsberger Gebiet hat schon erste Krisenmaßnahmen ergriffen. Es handelt sich um die für das Gebiet wichtigen Unternehmen „Wester“, „Baucenter“, „Telebalt“, „Avtotor“ und „Viktoria“. Nicht nur die Unternehmen selbst, sondern auch die Lieferanten haben Probleme, wenn die großen Handelsketten unter Druck geraten. Maßnahmen gegen die Krise sind Kurzarbeit, die Kürzung von Prämien und Lohn oder Entlassungen. Doch gibt es auch viele Firmen, beispielsweise in der Baubranche, die bereits ihr gesamtes Personal entlassen mußten, weil sie kurz vor dem Bankrott stehen. Investoren ziehen nun zugesagte Finanzierungen zurück oder kürzen Überweisungen. Bereits fertiggestellte Häuser bleiben leer, weil die potentiellen Käufer sich das Hypothekendarlehen nicht mehr leisten können. Auf den Baustellen bewegt sich nichts mehr, jede Woche kehren durchschnittlich 500 Gastarbeiter nach Hause zurück.

In den größten Unternehmen des Gebiets steht die Produktion praktisch still. Das schnelle Wirtschaftswachstum, das man noch im Sommer 2008 beobachten konnte, endete im Oktober/November abrupt.

Doch die meisten Königsberger wollten den Kopf nicht hängen lassen und begingen die fast zwei Wochen langen Feiertage auf großem Fuß. *Jurij Tschernyschew*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

in diesen Januartagen gehen unweigerlich die Gedanken an das Geschehen zurück, das unser ganzes weiteres Leben bestimmt hat: die Flucht. Allen wird es so ergehen, die damals die Heimat verließen oder verlassen wollten – und dann doch den Russen in die Hände fielen und, wenn sie überlebten, erst Jahre später ausgewiesen wurden. Gleich, ob man damals erwachsen oder noch Kind war, das aber bereits mit wachen Sinnen das Furchtbare wahrnahm. Im Schlaf, aber auch in Wachträumen kommt alles wieder, und erst recht, wenn man die Aufzeichnungen liest, die in jener Zeit entstanden, wie die Briefe und Karten der Königsbergerin **Hedwig Ewert**. Ihr Neffe **Klaus Nachtigall** hat sie im Nachlaß seiner Mutter gefunden, und ich habe in unserer Kolumne bereits auf diese Zeitdokumente hingewiesen, zumal wir nach Zeugen gefragt hatten, die im Februar/März 1945 mit Hedwig Ewert im Raum Königsberg zusammen waren. Leider vergeblich – es hat sich niemand gemeldet. Vielleicht jetzt, denn wir wollen auf diese letzten Briefe der Hedwig Ewert noch einmal eingehen, aber das ist nicht der Hauptgrund, warum wir ihnen in dieser Kolumne so viel Platz einräumen. Sondern sie stehen als Antworten für viele Fragen, die immer wieder von der nachfolgenden Generation an uns gestellt werden: Wie war denn das damals in Ostpreußen? Habt ihr denn wirklich nicht gewußt, daß der Russe kommt? Weshalb habt ihr denn nicht früher Ostpreußen verlassen? Warum bliebt ihr denn noch im zerbombten Königsberg?

Mehr noch als alle dadurch geweckten Erinnerungen und Rückbesinnungen geben bewahrte Zeitdokumente wie die Briefe von Hedwig Ewert eine authentische Antwort, denn sie kommen aus dem „Damals“ und nicht dem „Heute“. Das Rad dreht sich zurück und hält in jenen Januartagen vor nunmehr 64 Jahren, als die in ihrer Heimatstadt Gebliebene an ihre Angehörigen, die nach der Ausbombung ihres Wohnhauses auf der Lomse nach Sachsen evakuiert worden waren, die letzten Briefe schrieb. Es handelte sich um ihre beiden Schwestern, junge Mütter mit Säugling und Kleinkindern – eines davon der damals vierjährige Klaus Nachtigall –, zu denen sich kurz vor Weihnachten 1944 ihre Eltern gesellten, die von Königsberg nach Frankenberg fuhren, um das Weihnachtsfest mit den evakuierten Töchtern und Enkeln zu verleben! Sie wollten danach nach Ostpreußen zurückkehren! Hedwig und ihr Mann **Fritz Ewert** durften als Berufstätige Ostpreußen nicht verlassen. Sie arbeitete bei der Ponarther Brauerei, er auf der Schichau-Werft, wurde dann zum Volkssturm einberufen. Als kinderloses Ehepaar kümmerten sie sich sehr um die Familie, wie die 35 Briefe beweisen, die Hedwig Ewert zwischen dem 31. Oktober 1944 und dem 25. Januar 1945 an die „armen Auswanderer“ in Sachsen schrieb, sowie die Päckchen und Pakete, die sie sandte. Und Optimismus strahlte sie aus. So hatte sie zu Weihnachten noch geschrieben: „Nun, euch Lieben, alle gesunde, und soweit möglich, auch frohe Feiertage. Es ist noch kein Grund vorhanden, zu verzagen, also Parole: Kopf hoch! Verderbt euch nicht den Magen. Wir werden unser letztes Kaninchen braten. Herzlichste Weihnachtsgrüße Eure Ponarther!“ Noch glauben alle, daß die Großeltern von ihrem Weihnachtsbesuch in Frankenberg nach Königsberg zurückkehren können. „Tante Heta“, wie Hedwig in der Familie genannt wurde, schreibt am 4. Januar an ihren Vater: „Ich habe vorgestern und gestern Pakete an euch abgeschickt und hoffe, an alles gedacht zu haben. Auch Geld habe ich geschickt, 90 Mark, die 37 Mark, die mehr sind, ist die Differenz zwischen der 2. und 3. Klasse. Nehmt also wieder 2. Klasse für die Rückfahrt. Jeder Zug wird doch nicht so voll sein.“ Und am 12. Januar übersendet sie die Rückreisegenehmigung. „Also nun könnt Ihr ungehemmt den Resturlaub verleben, die Rückfahrt ist gesichert.“ Einen Tag später, am 13. Januar, begann die Großoffensive der Russen. Immerhin schließt Hedwig eine Rückkehr ihrer Eltern jetzt doch aus. Schrieb sie noch am 17. Januar: „Alles ist hier in bester Ordnung – unsere Soldaten schaffen das schon!“, so folgt zwei Tage später der Rat: „Die Eltern sollen jetzt noch bleiben, sollte es brenzlich kommen, dann bin ich wenigstens allein. Ich glaube aber nicht, daß es dazu kommen wird. Das glauben hier alle.“



Ein ostpreußisches Gutshaus im Winter: Dieses Foto wurde in einem Archiv entdeckt und uns übergeben, denn es könnte für manche Leser von Bedeutung sein. Es dürfte sich um eine Schulungsstätte handeln, die Abgebildeten sind vielleicht Absolventen eines Lehrganges. Wer sich oder jemand anders auf dem Bild erkennt und weiß, wie das Gut hieß und in welcher Gegend es lag, der schreibe der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Stichwort „Gutshaus im Winter“, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Bild: privat

Und sie glaubt an ein baldiges Wiedersehen, das belegen geschilderte Nebensächlichkeiten: „Fräulein G. schrieb mir gestern, daß sie für mich Strümpfe gekauft hat. Nun hat sie aber Größe 10 bekommen, einen schönen festen Strumpf, für mich aber doch zu groß. Sollte Oma ihre noch nicht gekauft haben, soll sie doch zusehen, für mich eine Größe 9 zu kaufen, ich gebe ihr dann meine.“ Belanglosigkeiten, wie es scheint. Aber gerade diese kleinen Dinge zeigen, wie sie die tatsächliche Situation nicht einschätzen kann oder nicht will. Wie: „Unser gutes Malzbierchen ist jetzt sehr knapp geworden, das gibt es nur hin und wieder, dann decke ich mich schon ein.“ Sie sendet sogar noch Päckchen an die Evakuierten in Sachsen. „Ich hätte gerne etwas Kartoffelmehl mehr mitgeschickt, aber ich hatte keins. Heute bekam ich welches, aber ich habe weder Papier noch Bindfaden.“ Als ihr Mann Geburtstag hat, backt sie ihm eine „feudale Buttercremetorte. Ich hatte zu diesem Zweck schon lange gespart!“

Die
ostpreußische
Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Sie schreibt nun täglich, es ist, als ahne sie doch, daß ihr nicht mehr viel Zeit bleibt. Aber betrügt sie sich nicht selber, wenn sie am 20. Januar „liebe Grüße in alter Frische“ sendet. Allerdings mit dem Zusatz: „Hier ist alles noch wohl und munter. Hoffen wir, daß es so bleibt.“ Zwei Tage später: „Auch sind Vorkehrungen getroffen worden, daß wir fortkönnen, wenn es nötig ist. Ich weiß ja, daß es ohne dieses nicht abgeht. Vor allem glaubt nicht allen Gerüchten. Hier ist es schlimm in dieser Beziehung. Wenn man glauben wollte, was erzählt wird, dann müßte Königsberg von den Russen schon überrannt sein. Manche Leute sind total verrückt!“ Noch immer wird in der Brauerei gearbeitet: „Eben hat uns Herr Generaldirektor die Mitteilung gemacht, daß wir nicht fort brauchen und daß wie üblich weiter gearbeitet wird.“ Im nächsten Brief dann schon die Zweifel: „Es sind kritische Tage, aber wir hoffen das Beste. Sollte es zum Türmen kommen, werde ich versuchen, zu euch zu kommen. Aber wir werden ja gemeinsam mit dem Betrieb flüchten, hoffen wir, daß es dazu nicht kommt.“

Dann die letzte Karte, am 25. Januar geschrieben, einen Tag, bevor die russische Artillerie Königsberg beschießt: „Jetzt ist bald Zeit, daß etwas Einschneidendes geschieht, sonst können wir doch türmen. Fritz kann für mich Platzkarten auf einem Dampfer bekommen, ich muß aber noch abwarten, denn Berufstätige dürfen noch nicht fort. Es sind noch viele Frauen und Kinder hier, also ist es noch nicht so schlimm. Wenn's auch brenzlig wird, wird's schon irgendwie werden. Wir haben ja noch Pferdchen im Stall. Nun Euch allen Lieben viele Grüße Eure Heti.“

Es war der letzte Gruß. Hedwig Ewert verstarb nach Auskunft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) am 26. März 1945 auf dem Gebiet der damaligen UdSSR. Das bedeutet, daß die 38jährige vor dem Fall Königsbergs in die Hände der Russen fiel. Wo und wie – niemand weiß es. Auch unsere Ostpreußische Familie hat es nicht klären können. Bisher – vielleicht erinnert sich nun doch noch jemand an die resolute Frau, die ihren Arbeitsplatz in der Brauerei Ponarth erst verlassen durfte, als es zu spät war? Hat sie mit den „Pferdchen im Stall“ vielleicht die Pferde der Brauerei gemeint – falls die nicht requiriert waren –, oder gebrauchte sie nur die Redensart? Diese ersten Januarwochen erschienen mir geeignet, noch einmal auf das Schicksal der Königsbergerin einzugehen. Die mit ihren Briefen bewahrt hat, wie es damals wirklich war. Und manchem von uns damit vielleicht hilft, die eigene Erinnerung zu festigen. Damit wir das Geschehen jener furchtbaren Zeit auch authentisch an Jüngere vermitteln können.

Denn „das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte kennen die meisten Menschen nur noch aus Büchern“. So sieht es auch der Reporter der Wochenendzeitung „Hannover Sonntag“, der über einen kürzlich gehaltenen Vortrag von **Horst Potz** im Misburger Gymnasium berichtet. Vor Schülern der 12. Klasse, also 17/18jährigen, die ein überraschend großes Interesse an dem Thema „Flucht und Vertreibung“ zeigten, das der heute in Hannover lebende Ostpreuße eben nicht aus Büchern, sondern aus eigenem Erleben als Halbwüchsiger, der sich für den von ihm zusammengestellten Treck verantwortlich fühlte, behandeln konnte. Wir haben über den agilen 79jährigen schon so oft berichtet, daß ich hier nicht näher auf diese Veranstaltung eingehen möchte, die aber erneut beweist, daß diese Art des Geschichtsunterrichts durch Zeitzeugen einen immer breiteren Raum gewinnt. Was für die jungen Zuhörer besonders interessant ist: Horst Potz weicht keinen Fragen aus, weder nach seiner Jugend im Nationalsozialismus noch nach den Erlebnissen auf der Flucht und in der Nachkriegszeit, noch nach der heutigen Verbindung zu seinem Heimatdorf Popelken, dessen soziale Einrichtungen er unterstützt. „Auf diese Weise kann der Geschichtsunterricht um authentische Informationen und mehr Unmittelbarkeit ergänzt werden“, bestätigte auch der Leiter des Misburger Gymnasiums.

Die gefundene „Kokarde“ hat große Begeisterung bei der nach dem Gedicht Suchenden ausgelöst, für sie war es das schönste Weihnachtsgeschenk. Auch Frau **von Wrisberg** ist keine Ostpreußin, liest aber die *PAZ* seit einem Jahr, als sie unsere Zeitung auf einem Treffen der ehemaligen „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ fand. Das Gedicht sandte uns, wie schon erwähnt, Herr **Klaus Liehs** aus Duisburg zu, Schlesier, aber mit einer Ostpreußin verheiratet, deren Vater Lehrer in einem Dorf am Kurischen Haff war. So ist er zu einem frühen Leser des *Ostpreußenblattes* geworden und ihm treu geblieben. Und so werde ich ihm auch seinen Wunsch erfüllen können, denn Herr Liehs sucht das Lied vom „armen Dorfschulmeisterlein“. Allerdings kenne ich es nur als Gedicht, habe es mit Sicherheit im Archiv, das ich danach durchforsten werde. Noch ein klein wenig Geduld, lieber Herr Liehs. Das Gedicht, das wir für unsern Landsmann **Fritz Mickat** suchten, hat sich leider noch nicht gefunden – sehr zu meiner Verwunderung, denn ich hatte geglaubt, daß es irgendwo in unserem Leserkreis auftauchen würde: Deshalb frage ich noch einmal danach: „Wer aus dem Becher der Fremde trinkt, dem wird der Wein im Munde schal.“ Wer kennt das Gedicht? Auch auf seine Fragen nach ehemaligen Schülern der Schillgaller Schule erhielt er keine Antwort. Was auch kaum zu erwarten war, denn die Aufnahme, auf die sich seine Frage bezog, stammte aus dem Jahr 1909 (nicht 1912 wie angegeben). Einen Abdruck des im Jahre 1974 als Erinnerungsfoto Nr. 19 im *Ostpreußenblatt* veröffentlichten Bildes bekam Herr Mickat vor langer Zeit zugesandt. Er vermutet, daß sein Vater als Schüler auf der Aufnahme zu sehen ist, aber es hat sich leider noch niemand aus dem früheren Schillgallen/Schwedenfeld gefunden, der ihm weiterhelfen könnte. (Fritz Mickat, Obrunnweg 15 in 64739 Höchst/Odenwald.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 104. GEBURTSTAG

Schirrmacher, Hedwig, geb. **Victor**, aus Maihof, Kreis Lyck und Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Trittauer Straße 41, 22952 Lütjensee, am 13. Januar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, Kirchenplatz, jetzt Germanenweg 2, 32760 Detmold, am 12. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Gobin, Richard, aus Stadt Ebenrode, jetzt Wilmendyk 78, Zi. 002, 47803 Krefeld, am 2. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Anger, Liesbeth, geb. **Rieder**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Oetjendorfer Landstraße 1, 22955 Hoisdorf, am 9. Januar

Franz, Edith, geb. **Scheffler**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, jetzt Sehnlweg 3, 39615 Seehausen, am 1. Januar

Martens, Emmy, geb. **Dziobaka**, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Büdinger Straße 9, 61118 Bad Vilbel, am 18. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lange, Frieda, geb. **Boeck**, aus Warten, Kreis Elchniederung, jetzt Seniorenzentrum „Am Schäfersee“, Wohnblock C, Zimmer-Nr. 205, Stargard, 13407 Berlin, am 12. Januar

Lemmel, Gertrud, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt UelzenerStraße 73 b, 21335 Lüneburg, am 16. Januar

Steiner, Eva, geb. **Nießen**, aus Neidenburg, jetzt Holtenser Landstraße 1, 31787 Hameln, am 13. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schäfer, Fritz, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Jakob-May-Straße 3, 96224 Burgkundstadt, am 17. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Magunski, Helene, geb. **Müller**, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Kirchstraße 8, 40789 Monheim, am 17. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Filon, Martha, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 12. Januar

Schachtschneider, Edeltraut, aus Groß Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Seniorenzentrum Weststraße 19, 58509 Lüdenscheid, am 18. Januar

Winefeld, Erich, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Im Altwick 15, 77955 Ettenheim, am 13. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Krafzik, Erna, geb. **Mitros**, aus Lyck, Bismarckstraße 52, jetzt Walnußweg 21, 48531 Nordhorn, am 18. Januar

Lenz, Hilde, geb. **Krumm**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Norderfels 18, 18347 Ostseebad Wustrow, am 9. Januar

Lutat, Leni, geb. **Spade**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Auguststraße 25, 45661 Recklinghausen, am 13. Januar

Wesel, Elisabeth, geb. **Durnio**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Weinberg 2, 34516 Vöhl, am 14. Januar

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Dr.-Krauß-Straße 28 A, 92318 Neumarkt/Oberpfalz, am 15. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bendrick, Kurt, aus Lötzen, jetzt Mühle 110, 42369 Wuppertal, am 15. Januar

Symanek, Helene, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, jetzt Ketteler Straße 9, 63179 Obertshausen, am 16. Januar

Wenzel, Helga, geb. **Marreck**, aus dem Kreis Elchniederung, jetzt Schulenburgallee 21 A, 38448 Wolfsburg, am 14. Januar

Wunderlich, Else, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Pfeiffer-Straße 7, 99974 Mühlhausen/ Thüringen, am 12. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Graw, Frieda, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Straße des Friedens 12, 15848 Görsdorf, am 16. Januar

Klimaschewski, Hildegard, geb. **Woydak**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Oststeinbeker Weg 122, 22117 Hamburg, am 17. Januar

Kreuzmann, Hildegard, geb. **Mertins**, aus Stadt Ebenrode, jetzt Waschpoel, 14, 52372 Kreuzau, am 14. Januar

Lehmann, Berta, geb. **Hantel**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Blaustraße 1, 27574 Bremerhaven, am 13. Januar

Mutschke, Wilhelm, Kreis Neidenburg, jetzt Bochumer Straße 1 A, 10555 Berlin, am 15. Januar

Piwek, Martha, geb. **Jeroch**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Krokocie 21, PL 19300 Elk, Polen, am 15. Januar

Skibitzki, Gerhard, aus Ebenrode, jetzt Gartenweg 4, 53229 Bonn, am 8. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czesnat, Frieda, geb. **Petzelies**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ostlandring 69, 24955 Harrislee, am 12. Januar

Fischkal, Gertrud, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Förstereiweg 6, Haus der Hüttener Berge, 24358 Ascheffel, am 16. Januar

Höchst, Hildegard, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Steinnocken 45, WOH 13, 58256 Ennepetal, am 10. Januar

Joseph, Hedwig, geb. **Boersch**, aus Schapten, Kreis Ebenrode, jetzt An der Muldenaue, 04509 Roitschjora, am 14. Januar

Kohnert, Lisbeth, geb. **Kanschat**, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, jetzt Schopstraße 25, 20255 Hamburg, am 15. Januar

Michaelis, Ann, geb. **Milbrecht**, aus Waldeneck, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Markusstraße 15/bei Platta, 42277 Wuppertal, am 18. Januar

Schawaller, Fritz, aus Rebusch, Kreis Ebenrode, jetzt Stettiner-Straße 94, 69469 Weinheim, am 6. Januar

Weiß, Gerda, aus Starkenberg und Langhöfel Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Sulinger Straße 8, 28857 Syke, am 16. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Drescher, Gertrud, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Lorentzenstraße 54-56, 23843 Bad Oldesloe, am 12. Januar

Felske, Lina, geb. **Harnack**, aus Roddau-Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Westpreußenstraße 9, 21391 Reppenstedt, am 18. Januar

Henning, Margarete, geb. **Burballa**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Melanchthonstraße 29, 33330 Gütersloh, am 14. Januar

Klaus, Wilhelm, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt An de Deelen 60, 28779 Bremen, am 17. Januar

Klausch, Erika, aus Neidenburg, jetzt Schlesierhöhe 8, 32756 Detmold, am 16. Januar

Kupies, Frieda, geb. **Kilimann**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heynenstraße 1, 47229 Duisburg, am 17. Januar

Püschel, Elfriede, geb. **Peschel** aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Brandenburger-Straße 2, 86836 Untermeitingen, am 2. Januar

Reinert, Elfriede, geb. **Freynik**, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Triftweg 3, 38350 Helmstedt, am 12. Januar

Rekowski, Frieda, geb. **Kornatz**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Alter Garten 3, 29223 Celle-Boye, am 12. Januar

Wern, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Gersgrund 7, 18258 Feldberg, am 14. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner,** aus Lyck, Thorner Straße 1, jetzt Bahnhofsplatz 17, 74226 Nordheim, am 15. Januar

Aschendorf, Heinrich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Bolderbergweg 16, 40629 Düsseldorf, am 16. Januar

Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Alte Landstraße 12, 24598 Latendorf, am 17. Januar

Breitbarth, Eva, geb. **Jung**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ringstraße 3 a, 12105 Berlin, am 3. Januar

Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Feldkreuz 2, 35578 Wetzlar, am 15. Januar

Danitz, Frieda, geb. **Conrad**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Musikantenweg 3, 18311 Ribnitz-Damgarten, am 17. Januar

Diehl, Erika, geb. **Damerau**, aus Königsberg, Herbart Straße 2, jetzt Walter-Freitag-Straße 13, 21031 Hamburg, am 12. Januar

Ecklreiter, Anna, geb. **Dubnick**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Schmaedelstraße 29, 81245 München, am 14. Januar

Fiedrich, Maria, geb. **Ladda**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 28, 45768 Marl, am 18. Januar

Fischbach, Erna, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Hohe Birk 5, 42929 Wermelskirchen, am 5. Januar

Fischer, Elisabeth, geb. **Dworrak,** aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Nachtigallenweg 5, 66773 Schwalbach (Saar), am 17. Januar

Gatzke, Helene, geb. **Deckmann,** aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Senior-Bödiker-Stift, Brabeckstraße 92, 30559 Hannover, am 14. Januar

Grützmacher, Fritz, aus Hainau, Kreis Ebenrode, jetzt Eichenstraße 7, 44149 Dortmund, am 6. Januar

Hoppe, Maria, geb. **Zidorn**, aus Friedrichsdorf und Kampenbruch, Kreis Wehlau, jetzt Salzufler Straße 65, 33719 Bielefeld, am 12. Januar

Jebramek, Edith, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Am Feuchter Brücklein, 90475 Nürnberg, am 12. Januar

Kärras, Hildegard, geb. **Schubert,** aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt Pl 880 Gällsta, 18692 Vallentuna, am 18. Januar

Kowalewski, Werner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Schnorrenbergstraße 30, 47877 Willich, am 17. Januar

Lehmann, Alfred, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Macherscheider Straße 53, 41468 Neuss, am 15. Januar

Lymant, Günter, Ebenrode, jetzt Aebbebstraße 13, 23566 Lübeck, am 3. Januar

Mollenhauser, Elfriede, geb. **Moderege**r, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Dresdner-Straße 40, 21614 Buxtehude, am 13. Januar

Plaga, Gerhard, aus Lyck, jetzt Friedensstraße 91, 25421 Pinneberg, am 16. Januar

Rottschalk, Margarete, geb. **Werner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Im Halftenbrook 9, 21220 Seevetal, am 14. Januar

Schmidt, Hildegard, geb. **Milbrecht**, aus dem Kreis Elchniederung, jetzt Ostpreußenweg 18, 29549 Bad Bevensen, am 17. Januar

Schönwald, Edith, geb. **Schulz,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Ahrstraße 9, 50389 Wesseling, am 13. Januar

Stralla, Hildegard, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Eichendorffweg 1, 42859 Remscheid, am 12. Januar

Thiel, Leo, aus Langwalde, Kreis Braunsberg, jetzt Arnimstraße 31 b, 23566 Lübeck, am 3. Januar

Truskowski, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Sofienstraße 5, 72070 Tübingen, am 17. Januar

Vanderstoep, Margarete, geb. **Kubillum**, aus Ebenrode, jetzt USA, NY 13367, 5701 Brook side Cir/1, am 6. Januar

Weiß, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Küstriner Straße 16, 29699 Bomlitz, am 12. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergmann, Günther, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, Am Unteren Pandelbach 10, 38723 Seesen, am 16. Januar

Borowska, Margarete, geb. **Kuberski**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Valpurgisstraße 33, 06502 Phale, am 16. Januar

Butt, Elfriede, geb. **Knest**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Heidkampweg 21, 26127 Oldenburg

Ceranski, Kurt, aus Ortelsburg, jetzt August-Hempel-Straße 96, 51469 Bergisch Gladbach, am 29. Dezember

Conrad, Emil, aus Brandenburg/Frisches Haff, jetzt Radickestraße 45 b, 21079 Hamburg, am 18. Dezember

Droßmann, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ulrichring 8, 87675 Stötten, am 14. Januar

Freitag, Lieselotte, geb. **Mielinski**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Logerstraße 14, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 17. Januar

Gedig, Elisabeth, geb. **Druglat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nourneystraße 14, 40822 Mettmann, am 5. Januar

Habicht, Erich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Steigerstraße 55, 45659 Recklinghausen, am 16. Januar

Heuvel, Erna, von der**,** geb. **Krause**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, jetzt Rheinstraße 81, 76275 Ettlingen, am 14. Januar

Jankowski, Eva, geb. **Goerke**, aus Gregersdorf Abbau, Kreis Neidenburg, jetzt Knappenstraße 16, 49214 Georgsmarienhütte, am 15. Januar

Jeschke, Gerda, geb. **Warstat**, aus Buchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 5, 40724 Hilden, am 13. Januar

Kiauka, Gertrud, geb. **Zacharias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Ravensburger Straße 20, 50739 Köln, am 14. Januar

Kinas, Rudolf, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Leipziger Straße 5, 04579 Espenhain, am 16. Januar

Koch, Edith, geb. **Waldhöfer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Feldstraße 19, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 12. Januar

Konetzka, Ewald, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldstraße 20, 58119 Hagen, am 17. Januar

Konstanty, Adalbert, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Waymannskath 29, 46562 Voerde, am 14. Januar

Lange, Rudolf, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, jetzt Unley Park 5061, 2 Ashleigh Grove, am 12. Januar

Lieder, Günter, aus Sandkau, Kreis Ebenrode, jetzt Industrieweg 12, 25588 Oldendorf, am 1. Januar

Lockstädt, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, jetzt In der Au 46, 51570 Windeck, am 14. Januar

Matiszik, Ingeborg, geb. **Schmidt,** aus Glinken, Kreis Lyck, jetzt Rostocker Straße 7, 31141 Hildesheim, am 15. Januar

Noetzel, Arno, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 10, 25436 Heidgraben, am 17. Januar

Ostertag, Irmgard, geb. **Heiser,** aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Adolf-Groeber-Straße 15, 88214 Ravensburg, am 16. Januar

Piotrowski, Elisabeth, aus Borchersdorf und Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Goethestraße 14, 58285 Gevelsberg, am 12. Januar

Powierski, Willi, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Richtstrecke 7, 44799 Bochum, am 18. Januar

Schäfer, Hildegard, geb. **Laupsien**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Platanenstraße 24, 41564 Kaaret, am 10. Januar

Scharnowski, Kurt, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Merseburger-Straße 12, 33330 Gütersloh, am 17. Januar

Schatzhneider, Heinz, aus Ebenrode, jetzt Taubenflugstraße 1010, 74182 Obersulm, am 12. Januar

Schmidtmeier, Waltraut, geb. **Sudau**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Bonhoefferstraße 35, 33175 Bad Lippspringe, am 12. Januar

Schulz, Günther, aus Königsberg, Wilhelm Straße 16, jetzt Hühnefeld 101, 42285 Wuppertal, am 13. Januar

Stiege, Ursula, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Westerfeldweg 23, 30900 Wedemark, am 14. Januar

Tost, Grete, geb. **Hopp**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, jetzt Ueckerstraße 16, 22547 Hamburg, am 6. Januar

Upadek, Friedrich, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 29, 46483 Wesel, am 16. Januar

Zacher, Hildegard, geb. **Sender**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Zechenstraße 96, 37431 Bad Lauterberg, am 15. Januar



Naujoks, Karlheinz Franz, aus Klein Lissen, Kreis Angerburg und Schwirgstein, Kreis Ortelsburg, und Frau Margret, geb. **Kaschel**, aus Jüterborg/Brandenburg, jetzt Langewerther Landstraße 20 B, 26389 Wilhelmshaven, am 23. Dezember



Rutkowski, Erich, und Frau Christa, geb. **Skowronnek**, aus Talten, Kreis Sensburg, jetzt Bergmeisterstück 22, 53229 Bonn, am 31. Dezember

»Wir gratulieren«
auch im Internet-Archiv unter
www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß.

12. bis 18. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 41400826. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt *gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Dienstag, 6. Januar, 11.15 Uhr, lädt die BdV-Gruppe zu einem Neujahrsumtrunk in die „Krone“, Dinglinger Hauptstraße, ein. – Donnerstag, 8. Januar, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der „Krone“, Dinglinger Hauptstraße.

Pforzheim – Noch bis zum 11. Januar läuft die Ausstellung „Weihnachtliche Erinnerungen“ im „Haus der Landsmannschaften“. Diese wurde vom Kreisverband des BdV veranlaßt und will zeigen, wie in der Heimat – vor Flucht und Vertreibung – das Weihnachtsfest gefeiert wurde. Aus handgefertigten Teilen zum Beispiel, bunten ineinander geflochtenen Papierringen, Lametta oder in Silberpapier eingewickelten Walnüssen wurde der Weihnachtsbaum geschmückt. Die Kinder freuten sich über die selbstgebastelten Puppen oder Krippen, und jedes Kind erhielt einen „bunten Teller“ mit Honiglebkuchen, Thorner Katharinchen, Marzipan, Äpfeln und Nüssen. Wenn der Weihnachtsmann mit Klopfen und Stampfen in die Stube kam, wurden die schönsten Weihnachtsgedichte aufgesagt, um sich für die Geschenke aus dem Sack zu bedanken. Bei der Ausstellungseröffnung waren im übervollen Saal mehrere Stadträte, Vertreter des öffentlichen Lebens und Vertreter aller Landsmannschaften anwesend. Zur Einstimmung sang die Singgruppe Elchschaufel stimmungsvolle Lieder.

Schwäbisch Hall – Auf dem Herbstfest der Gruppe zeigte Elfi Dominik ihren selbstaufgenommenen Film von einer Reise nach Schlesien (Mai 2008). Anschließend gab es wie seit über zehn Jahren ein deftiges Grützwurstessen mit Sauerkraut und Salzkartoffel. Zu dem inzwischen beliebten Herbstfest kamen Landsleute, Schlesier und Baden-Württemberger; 120 Teilnehmer konnte Elfi Dominik begrüßen. Fleißige Damen hatten Socken gestrickt, die nun, zusammen mit Schals, Halstüchern, selbstgebackenen Plätzchen, kunstvollen Weihnachtskarten und vielem mehr im Angebot waren. Der Erlös geht wie in jedem Jahr an die Landsleute und Heimatverbliebenen in Hohenstein bei Allenstein. Man verabschiedete sich mit dem Wunsch, sich in zwölf Monaten wieder zum Grützwurstessen zu sehen.

Reutlingen – Mittwoch, 21. Januar, Treffen der Frauengruppe zu einem gemütlichen Kaffeenachmittag mit Heimatstunde im Café Sommer, Wilhelmstraße, Reutlingen. Die Leitung hat Frau Orthmann.

Stuttgart – Dienstag, 13. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Schloßstraße 92. Zusammen mit der Frauengruppe, Uta Lüttich und Magda Bessel geht es um „Winterzeit hier und daheim – Lieder, Gedichte und Geschichten“. Bitte Kuchen mitbringen.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 17. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg.

Hof – Sonnabend, 10. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung ohne Neuwahlen im Restaurant am Kuhbogen. Bernd Hüttner hält einen Diavortrag über Israel.

Landshut – Dienstag, 13. Januar, 12 Uhr, Neujahrsessen im Hotel Goldene Sonne. – Dienstag, 20. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zur Insel.

Memmingen – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß. Auf dem Programm steht die Jahreshauptversammlung mit Rückblick und Kassenprüfung.

München Nord/Süd – Sonnabend, 10. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Dr. Marianne Kopp hält einen Vortrag: „Ännchen von Tharau – ein Mädchen und ein Lied“. Zu Beginn findet eine gemeinsame Kaffeetafel statt. – Freitag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 9. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu“ gegenüber dem Opernhaus. Es gibt einen Vortrag: „Hinauf zur Ostpreußenhütte bei Werfen in Österreich – ein Wanderbericht“.

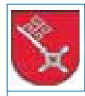


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



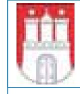
Frauengruppe der LO – Mittwoch, 14. Januar, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin. Rechenschafts- und Kassenbericht, Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremerhaven – Freitag, 30. Januar, 12 Uhr (13 Uhr wird aufgetischt), Kohlwanderung und Grünkohlessen. Kohlkönig Klaus Eichholz ist für die Organisation zuständig. Die Kosten betragen 12 Euro pro Person. Verbindliche Anmeldungen bis zum 15. Januar unter Telefon 86176. Wanderfreudige treffen sich um 12 Uhr an der Kirche Am Jedutenberg zu einem kleinen Rundgang. Bitte bei der Anmeldung mit angeben.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Vom 25. April bis 2. Mai 2009 fährt die Gruppe in die Heimat, in den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Geplant sind fünf Übernachtungen in Königsberg, zwei Zwischenübernachtungen im südlichen Teil des Kreises. Auch wenn Sie nicht aus dem Kreis Heiligenbeil stammen: Es gibt die Möglichkeit, an zwei Tagen, Ihren Heimatort zu besuchen. Interessenten melden sich bis zum 10. Januar 2009, bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, ab 18 Uhr.



Insterburg – Mittwoch, 4. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Jahreshauptversammlung und Einstimmen auf den Karneval mit lustigen Vorträgen und Liedern steht auf dem Programm. Mehr Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 18. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Diavortrag: „Winter in Ostpreußen“ von Ernst Korth.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

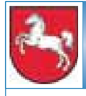
Darmstadt – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel hält Hannelore Neumann einen Vortrag über ihre Familienforschung.

Frankfurt am Main – Zum Gänsebratenessen trafen sich die Mitglieder der Gruppe schon zeitig zur Mittagszeit. Es wurde ausführlich über den Tagesausflug vom 31. Oktober in das herbstliche Spessart gesprochen und der Wunsch nach weiteren Ausflügen geäußert. Das Hauptthema des Nachmittags bildeten die Gedenktage des Novembers, die Totenehrung und der darauf folgende Gedankenaustausch über vergangene schwere Zeiten mit der Trauer über verlorene Familienangehörige. Der besinnliche Teil wurde abgeschlossen mit dem Vortrag der Vorsitzenden Gerlinde Groß „Gedanken im November“. Es folgte der heitere Teil durch die humorigen Geschichten aus dem Memelland, Masuren und anderen ostpreußischen Landschaften. Gekonnt vorgetragen wurde dieses vom Ehepaar Aschenbrenner. Eine lebhafte Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, schloß sich an. – Im Mittelpunkt der letzten Zusammenkunft stand der Jahresrückblick. Die Vorsitzende Gerlinde Groß gab zu bedenken, daß die Landsmannschaften heimatliche Anlaufpunkte sind. Die Aufgabe des Vorstandes sollte satzungsgemäß sein, indem das Hauptaugenmerk auf den politischen, sozialen und den kulturellen Fragen der ostdeutschen Volksgruppe liegt. Gerade hier ist die Generation gefragt, die heute in den verdienten Ruhestand geht und noch in den Heimatgebieten geboren wurde. Im Zusammenwachsen mit den östlichen Nachbarn darf das Nennen der historischen Tatsachen und gemachten Erfahrungen nicht ausgegrenzt werden. Die weißen Flecken der Unwissenheit lassen sich ausfüllen. Der Verein soll Traditionen pflegen und Wissen transportieren – für die nachfolgenden Generationen. Für das Neue Jahr schloß Gerlinde Groß mit einem Zitat des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußens, Wilhelm v. Gottberg: „Es kommt nicht darauf an, woher der Wind weht, sondern nur, wie man die Segel setzt.“

Wiesbaden – Dienstag, 13. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Mit Gesang und Humor ins neue Jahr. Ein fröhlicher Nachmittag zum Start in 2009. – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden, veranstaltet die Frauengruppe einen Hermann-Löns-Nachmittag: „Alle Birken grünen in Moor und Heid“. Zuvor gib es Kaffee und Kuchen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 9. Januar, 0.05 Uhr, 3sat: Der Aufschub – Judendurchgangslager Westerbork.
Sonnabend, 10. Januar, 22.40 Uhr, VOX: Hitler und die Traumfabrik – Wie Hollywood über den Diktator lachte.
Sontag, 11. Januar, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 11. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Unschuldig verurteilt.
Montag, 12. Januar, 22.45 Uhr, WDR: Verschwörung gegen die Republik – Das Attentat auf Matthias Erzberger.
Dienstag, 13. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Stauffenberg – Die wahre Geschichte (1/2).
Dienstag, 13. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Damals in Ostpreußen.
Mittwoch, 14. Januar, 23.30 Uhr, ARD: die story – Gigant Gazprom.
Freitag, 16. Januar, 20.15 Uhr, WDR: Heil Hitler und Alaaf! – Karneval in der NS-Zeit.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Es ist noch die Zeit des Karnevals, da will man auch vergnügt sein. Heitere Beiträge sind erbeten.

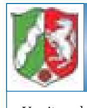
Delmenhorst – Dienstag, 6. Januar, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der ostdeutschen Kulturstube. – Dienstag, 6. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe erstmalig im Restaurant Deus. – Mittwoch, 21. Januar, veranstaltet die Männergruppe ein Kohl- und Pinkelessen im „Zum Burggrafen“. Anmeldungen bei Georg Jakubeit, Telefon 17618.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. – Die Gruppe feierte den 60. Jahrestag ihrer Gründung unter dem Motto „Erbe und Auftrag“. Die herzliche Begrüßung erfolgte durch die Vorsitzende Helga Anders, die auch das gesamte Rahmenprogramm im Griff hatte. Nach einem Vortrag über die Geschichte der Ost- und Westpreußen durch Fritz Folger, erfolgten weitere Ansprachen der Ehrengäste. Zum Beispiel von Bürgermeister Eisermann, der spontan eine „Heimatreise“ versprach; vom Pfarrer i. R. Herrn Büscher, der eine flammende Rede hielt, und Rolf Reinemann, der über das Anliegen der Gruppe sprach. Alle Reden wurden mit großem Beifall belohnt. Das fröhliche Beisammensein wurde mit einem festlichen Mittagessen und späteren Kaffeegedeck gekrönt. Zwischenzeitlich erheiterte Lm. Pauluhn mit Texten in ostpreußischer Mundart, und es wurde herzlich gelacht. Zahlreiche Urkunden wurden an Ehrenmitglieder durch Lm. Folger überreicht. Als ältestes Mitglied präsentierte die junggebliebene Lisbeth Bobert eine Auflistung der Ereignisse in der Gruppe. Musikalisch umrahmte Brigitte Baumgarten die Festveranstaltung, und alle sangen aus fröhlichen Herzen mit.

Oldenburg – Sonnabend, 14. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Jahreshauptversammlung und Plachandern stehen auf dem Programm. Thema: „Erfahrungen aus den Reisen in die Heimat“. Mitglieder, Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 13. Januar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis. – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 30. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Wilhelmshaven – Kleiner Jahresrückblick. Die Gruppe unter der Leitung von Kral-Rupprecht Sattler ist immer aktiv und hatte für die Heimatnachmittage ein abwechslungsreiches Programm. Gut besucht, weil sehr beliebt, waren die Nachmittage der Frauengruppe. Irmgard Grefrath, seit vielen Jahren deren Leiterin, hatte für die Treffen immer etwas vorbereitet. Die Gruppe konnte sich 2008 auch über Zuwachs freuen. Fünf neue Mitglieder traten bei. Mal sehen, was 2009 so mit sich bringt.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 5. Januar,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 8. Januar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 15. Januar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 16. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

Düsseldorf – Freitag, 9. Januar, 18 Uhr, „Stammtisch“ mit Erich Pätzel im Restaurant Daria, Brunnenstraße. – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 15. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, mit Imbiß.

Essen – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Diavortrag über eine Hütenwanderung in den Ostalpen von Bernhard Kehren.

Haltern – Sonntag, 18. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im „Kolpingtreff“. Als Abendessen sind Gänsekeulen vorgesehen. Bitte tragen Sie sich in die Teilnehmerliste ein, oder melden Sie sich an, Telefon 7131.

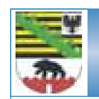


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 9. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt. Mit einem Sektempfang wird das Neue Jahr begrüßt.



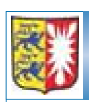
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 14. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.

Dessau – Montag, 12. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Die Zusammenkunft steht unter dem Motto: „Winter in Ostpreußen“. – Montag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Donnerstag, 15. Januar, Treffen der Gruppe zur ersten Zusammenkunft 2009.

Bad Schwartau – Mittwoch, 14. Januar, 17 Uhr, traditionelles Fleckessen im Jugendfreizeitheim (Saal), Ludwig-Jahn-Straße 7a, 23611 Bad Schwartau (alternativ kann Gulaschsuppe bestellt werden). Um umgehende Anmeldung bei Günter Löhmann, Telefon (0451) 23811, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706, wird gebeten.

Kiel – Donnerstag, 15. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat. Dr. W. T. Rix referiert: „Das Brandenburger Tor in der deutschen Geschichte.“ – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Aussiedler im Haus der Heimat.

Malente – Dienstag, 27. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Gasthaus Neue Börse, Rosenstraße, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Wahlen (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schriftführer, Kassenführer, stellvertretender Kassenführer, Beisitzer, zwei Kassenprüfer), Anfragen und Verschiedenes.

Neumünster – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Horst Lessing hält einen Diavortrag: „Ein Besuch im Memelland zur Sowjetzeit im Frühjahr 1989“.

Pinneberg – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Ernst Korth hält einen Diavortrag: „Prag und Böhmen“.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Brigitte Havertz-Krüger, Büchelstr. 22, 42855 Remscheid, Tel. (02191) 5923487 (ab 19 Uhr), Fax (03222) 1024277, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Nachruf auf Elsbeth Bruhn – Tief erschüttert haben wir erfahren, daß unsere liebe Heimatfreundin Elsbeth Bruhn nach langer schwerer Krankheit am 14. Dezember 2008 von uns gegangen ist. Mit Elsbeth Bruhn verliert die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen eine hilfsbereite, freundliche und mit viel Güte ausgestattete Mitstreiterin, der die Belange des Kreises Gerdauen und seiner Menschen sehr am Herzen lagen. Als Elsbeth Raabe am 18. August 1930 in Brandenburg, Kreis Heiligenbeil, geboren, flüchtete sie im Februar 1945 mit ihrer Mutter und ihrer Schwester – der Vater und der 17jährige Bruder blieben beim Volkssturm zurück – über das Frische Haff nach Pillau und von dort per Schiff nach Swinemünde. In Schleswig-Holstein fand die Familie einen neuen Wohnort. 1949 heiratete Elsbeth Raabe den Bäckersohn Werner Bruhn aus Owschlag und arbeitete zunächst als Verkäuferin, später im öffentlichen Dienst. Der Unfalltod ihres Mannes 1967 war ein schwerer Schlag für sie. Sie lernte unseren langjährigen Kreisvertreter und heutigen Ehrenvorsitzenden Hans Ulrich Gettkant kennen, der ebenfalls 1971 seine Frau durch einen unverschuldeten Autounfall verlor. Seit 1972 lebten die beiden in einer Partnerschaft zusammen. Obwohl nicht aus dem Kreis Gerdauen kommend, unterstützte sie ihren Lebensgefährten bei seiner Tätigkeit für die Heimatkreisgemeinschaft nach Kräften und entdeckte dabei die Liebe zu unserem Heimatkreis und seinen Menschen. Ob beim Schreiben der Heimatbrief-Kassenberichte und anderer Schriftstücke, bei der Organisation der Hauptkreistreffen und unseres Standes auf den Deutschlandtreffen der Ostpreußen – Elsbeth Bruhn half, wo sie gebraucht wurde, und hielt dem Kreisvertreter den Rücken frei. Die große Bewährungsprobe kam 1995, als Elsbeth Bruhn

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Stich für Stich kunstvoll vollendet

Auf der 54. Werkwoche im Ostheim Bad Pyrmont wurde altes Kunsthandwerk erlebbar gemacht – Alt aber nicht altmodisch

Mit jedem Schuß wuchs mein Mustertuch auf dem Webrahmen, Muster um Muster entstanden bis die „Holzzähnchen des Kettbaumes“ sichtbar wurden. Und das war gut so, denn ich wollte dieses Tuch als Anschauungsmaterial in der nächsten Werkwoche zeigen.

Die Werkwoche steht unter dem Motto: „Erhalten und Gestalten“. Man hat sich zur Aufgabe gemacht, die Tradition und das kulturelle Erbe Ost- und Westpreußens zu pflegen und an nachfolgende Generationen weiterzugeben. Der Erhalt dieser Institution setzt eine aktive Teilnahme voraus. Somit kommt der Ausübung und Präsentation dieser speziellen Kultur und dem Erzählen darüber eine große Bedeutung zu, denn es trägt zur Bereicherung und Verankerung des deutschen Volksgutes bei. Eine Gelegenheit dazu bot das Deutschlandtreffen der Ostpreußen Pfingsten 2008 in Berlin. Hier konnte auf dem Stand der Werkwoche neben dem Auslegen und dem Verkauf der nach überlieferten Mustern nachgearbeiteten Handarbeiten auf die Werkwoche aufmerksam gemacht werden. Besonders in den Frauengruppen, aber auch bei den Heimattreffen sollte und wird auf diese Kulturarbeit hingewiesen. So wie zum Beispiel bei einem Heimatnachmittag der Gruppe Pforzheim, bei dem Klaus Rudel den Film „Textile Volkskunst in West- und Ostpreußen“ präsentierte. In diesem Film wird das über mehrere Jahre gesammelte Material der textilen Volkskunst mit dem Ziel der Erhaltung des deutschen Kulturgutes gezeigt.

Die 54. Werkwoche fand im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Es wurden wieder die besonderen Techniken und Muster im Stricken, Stikken, Nähen und Weben wie auch das Singen des überlieferten Liedergutes angeboten. Da im Jahr 2008 keine Werkwoche in Ostpreußen stattgefunden hatte, reisten fünf Teilnehmerinnen direkt aus Ostpreußen zu dieser Veranstaltung an. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise Uta Lüttich zeigten die Werkleiterinnen die von ihnen angefertigten Werkstücke, um auf die traditionellen Handarbeiten mit ihren vielfältigen Möglichkeiten und deren Ideenreichtum hinzuweisen.

Es folgte die Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen, bei der sie ihre Wünsche und Ziele für die Werkwoche zum Ausdruck brachten. Nach dem gemeinsamen Abendessen entführte Dr. Marianne Kopp in ihrem Vortrag: „Ein Mädchen und ein Lied zurück“ – in die Entstehungszeit des Liedes „Ännchen von Tharau“. Durch den weit reichenden Rückblick schilderte sie das Leben der damals mitwirkenden Personen. Als Abschluß des Abendprogramms zeigte der Film „Textile Volkskunst in West- und Ostpreußen“ in eindrücklicher Weise, was alles in einer Werkwoche erlernt werden kann. Er sollte auch als Entscheidungshilfe für noch unentschlossenen Teilnehmer dienen. In dieser Werkwoche führte Christel Klawonn aus gesundheitlichen Gründen zum letzten Mal durch das Musterstricken. Als ihre Nachfolgerin wird Frau Breuer diesen Bereich übernehmen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, mit welcher Begeisterung Frau Klawonn sich dieser Thematik angenommen hat und wie unermüdlich sie die vielen alten ostpreußischen Handschuhmuster abzeichnete, nachstrickte und ihr Wissen an die Strickerinnen weitergab. Hierdurch hat sie viele der alten traditionellen ostpreußischen Muster bewahrt, und haben der Weitergabe ihres Könnens zum lebendigen Erhalten und Gestalten dieses Kulturgutes beigetragen. Diese Handschkes mit den alten Mustern, welche in den verschiedenen Provinzen ihren Ursprung hatten, verrieten früher durch ihre eindeutige Machart oftmals auch die Herkunft des „Trägers“ zumindest jedoch der Handschke. So werden die Memeler Handschke aus sieben Farben gestrickt. Auf der Kurischen Nehrung wurden solche mit starkem Farbkontrast bevorzugt, ein Vogelmotiv schmückte den Handschuh im Großen Moosbruch, und in der Niederung bevorzugten die Ostpreußen Tulpen- oder Röschenmuster. Ganz anders hingegen verhält es sich mit dem gehakten Handschuh! Eine weitere Besonderheit ist die Technik des Doppelstrickens, durch die gleichzeitige Verarbeitung eines hellen und eines dunklen Garns entsteht ein zweiseitig nutzbares Muster, das auf der einen hellgrundig und auf der anderen Seite dunkelgrundig erscheint. Alle Teilnehmer der Gruppe Weiß- und Kreuzstickerinnen „erlagen“ dem Zauber der Weißstickerei (Schwälmer Art), sie wurden wieder von Gudrun Breuer betreut. Diese Kunst mit der Nadel wird auf Leinwandgewebe bei einer Fadendichte von 16,5 Fäden pro Zentimeter gestickt und mit Hohlsäumen, Zierstichen und Durchbrüchen in verschiedenen Techniken ausgeführt. Doch zunächst entsteht ein geeigneter Entwurf, der auf den Stoff übertragen wird.



Viele fleißige Hände woben ein „kulturhistorisches Netz“. Bild: Klaus Rudel

Sogar aus Allenstein waren Frauen anwesend

Dieser, „im Stickrahmen gefangen“, wird Stich für Stich kunstvoll vollendet. Es ist eine zeitaufwendige Handarbeit, und so verwundert es nicht, daß jede freie Minute dazu verwandt wurde. Die Trachtenschneiderei wurde von der neuen Werkleiterin Helga Ständecke geleitet. Unter ihrer Hand entstanden die Schnitte für Bluse, Rock und Mieder. Im Nähzimmer wurden die Stoffteile von den Teilnehmern unter Anleitung von Dr. Marianne Kopp gesteckt, gerieten und nach erfolgreicher Anprobe fertig genäht. Um eine Tracht in so kurzer Zeit fertig zustellen, wurde nicht nur emsig am Tage gearbeitet, sondern auch noch nach 21 Uhr, wenn schon der Gemeinschaftsraum, genannt Höhle, von anderen zum Tagesausklang besucht wurde. So erlebte man gemeinsam, wie zwei Frauen sich in ihrer neu entstandenen Tracht zur Ausstellung am Sonnabendnachmittag präsentieren konnten. Es ist immer wieder verblüffend, welche Ausstrahlung die Frauen durch das Tragen der Tracht bewirken. Dagmar Adomeit leitete in Folge zum 22. Mal die Gruppe der Weberinnen und Webknüpferinnen. In ihrer zugleich letzten Werkwoche übergab sie ihrer Nachfolgerin Liesa Rudel dieses Aufgabengebiet. In vorangegangenen Jahren wurde die Nachfolgerin in dankenswerter Weise in das Metier eingeführt. Auf den Handwebrahmen entstanden mehrere Schals aus unterschiedlichsten Materialien sowie eine gefütterte Umhängetasche mit Knopfverschluß im Schußrips mit breitem Schußband-Riemen, auch ein sehr interessantes Mustertuch mit weißen Nöppchen, Drehern, blauen Röschen, Zacken und weiteren Mustern. Als Abendprogramm wurde auch das Jostenbandweben an der Bandwebe angeboten. Anfänger in dieser Kunst konnten Schußbänder aus selbstgewählten Farben herstellen. Fortgeschrittene erprobten sich an Musterbändern, so konnte das erforderliche „Fädeln“ der Musterfäden eingeübt werden. Am Webstuhl erklärte und zeigte Barbara Lorenzen das Doppelgewebe. Sie vermittelte die Technik des Mustereinlesens mittels Stab Schritt für Schritt beziehungsweise Tritt für Tritt. Zu Beginn wurden einfache Darstellungen wie Linien, Quadrate und Rauten gewebt, um die spezielle Abfolge der Handgriffe zu erlernen und „Trittsicherheit“ zu erlangen. Als krönender Abschluß dieser Werkwoche wurde die gemeinsame Ernte des „Erhaltens und Gestaltens“ in Form einer Ausstellung im Preußensaal auch dem interessierten auswärtigen Publikum gezeigt. Im Anschluß an die Ausstellung feierte die in dieser Woche gewachsene ostpreußische Familie ihren Heimatabend mit fröhlichem Plachandern, gemeinsamem Singen, Sketchen und weiteren Darbietungen.

Dieses Jahr ist die 10. „Werkwoche in Ostpreußen“ geplant. Jede dieser in der Vergangenheit durchgeführten kulturellen Wochen hat Frau Adomeit maßgeblich mitgestaltet. Es ist ihr ein besonderes Anliegen, den Kontakt zu den in der Heimat lebenden Landsleuten aufrechtzuerhalten und für den Erhalt und die Weitergabe der ostpreußischen Kultur auch bei ihnen einzutreten. *L. R.*

Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis zum 18. Oktober 2009 im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Eine Teilnahme setzt keine ostpreußischen Herkunft voraus, sondern nur die Bereitschaft, aktiv etwas über die Volkskunst aus dem Deut-

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

sich kurzfristig entschloß, die Schriftleitung des Heimatbriefes von Marianne Hansen zu übernehmen, um dieses Aushängeschild der Heimatkreisgemeinschaft am Leben zu erhalten. Es sollte nur eine vorübergehende Tätigkeit sein, doch daraus wurden immerhin vier Jahre, in denen sie den Heimatbrief gestaltete und dafür viel Lob und Anerkennung unserer Landsleute erhielt. Bei all dem vergaß sie auch ihren eigenen Heimatkreis nicht. Für das „Heimatblatt des Kreises Heiligenbeil“ verfaßte Elsbeth Bruhn so manchen Beitrag. Ihre Verdienste um Ostpreußen würdigte die Landsmannschaft Ostpreußen 1996 mit dem Verdienstabzeichen und 1998 mit dem Ehrenzeichen in Silber. Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen hat Elsbeth Bruhn viel zu verdanken. Ihr Engagement, ihre freundliche und herzliche Art werden unvergessen bleiben. Wir trauern um eine treue Ostpreußin. Unser Mitgefühl in diesen schweren Stunden gilt den Angehörigen und besonders unserem Ehrenvorsitzenden Hans Ulrich Gettkant.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (02234) 71906, Am Clarenhof 18, 50859 Köln.

Reise zum Jubiläum 700 Jahre Stadt Heilsberg ***(Fortsetzung aus Folge 1)*** – Am Freitag, den 8. August rüsteten wir, nach der Fahrt zum Kloster Springborn und einer Mittagspause, zur Teilnahme am Festumzug vom Hohen Tor durch die Stadt zur Freilichtbühne beim Schloß. Es war immer schwüler geworden, und als nach und nach alle Teilnehmergruppen samt Kutsche für den jugendlichen Bischofsdarsteller (er symbolisierte den Bischof Eberhard von Neiße, 1301–1326) und Blaskapelle eingetroffen waren, ging ein prasselnder Gewitterregen herunter, vor dem man sich durch Plastikplanen und großen Schirmen zu schützen suchte. Doch Petrus ließ die Bischofsstadt nicht im Stich: Punkt 17 Uhr hörte der Regen auf, das Fest konnte beginnen! Die Ansprache des Bürgermeisters wurde leider nicht übersetzt; so hörten wir wohl das polnische Wort für „deutsch“ – aber worauf es sich bezog, wußten wir nicht. Später im Hotel sagte uns Herr Dittrich, daß die Gäste aus Deutschland vom Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft „Warmia“ Herrn Gerhard Wichowski begrüßt worden seien. Doch, wie dem auch sei: Wir waren beim Festumzug keine Zaungäste, sondern schlossen uns den Mitgliedern der deutschen Gruppe „Warmia“ an und bildeten die größte Einheit überhaupt. Fähnchen mit dem Heilsberger Wappen und den Jahreszahlen 1308–2008 schwenkend, wurden wir von der am Straßenrand zuschauenden Bevölkerung freundlich begrüßt und beklatscht, und eine eigene Marschmusik hatten wir auch durch „unseren Trompeter“, der sich der Melodie der Blaskapelle einzuklinken versuchte. Die Musikkapelle, die gleich hinter der „Bischofskutsche“ spielte, war schon fast am Markt angekommen, als wir uns beim Hohen Tor in Bewegung setzten. Auf der Festplatztribüne wurden die einzelnen Gruppen, wie russisch-preußische Soldaten von der Schlacht bei Heilsberg, kleine Kinder als Zwergengruppe der „Schlümpfe“, Folkloretrachten einzelner Schulen, eine Tanzgruppe, Johanniter-Unfallhilfe-Jugend, vorgestellt und preislich bewertet. Dabei erzielte den 1. Preis ein kleines Mädchen, das überzeugend kess als „Pippi Langstrumpf“ posierte.

Wegen der Mahlzeiten im Hotel und des eigenen Gruppenprogramms blieb wenig Zeit, an den sonstigen Festveranstaltungen der Stadt teilzunehmen. Am Sonnabend nahmen viele die Gelegenheit einer Führung durch das Schloß wahr und am Sonntag nach der Messe einen Bummels über den Markt, wo die Grundmauern des im Jahre 1865 abgebrannten Rathauses zum Wiederaufbau freigelegt werden, am Hohen Tor, wo Stände nicht nur Spezialitäten, sondern auch Alltäglichkeiten anboten. Auf der Bühne am Hohen Tor, das ist mit einem riesigen Stadtwappen geschmückt ist, zeigten Folkloregruppen ihr Können, unter ihnen auch das Blasorchester aus Werlte im Emslandkreis. Bekanntlich besteht eine Partnerschaft zwischen Lidzbark Warminski und Werlte. Vertreter der Partnergemeinde waren auch nach Heilsberg zu den Jubiläumsfeiern gekommen. Ein weiterer Gast war Pfarrer Dr. Claus Fischer aus Bad Iburg, der Sohn des letzten preußischen Landrats des Kreises Heilsberg (Dr. Ernst Fischer, 1928 bis Mai 1933). Heilsberg – 700 Jahre alt – mit vier heute noch bedeutenden und denkmalgeschützten Bauten: das Schloß, das Hohe Tor, die Pfarrkirche und die ehemals evangelische Kirche, ein Schinkelbau.

Die Sonntagsmesse in der Pfarrkirche zu Heilsberg gestaltete sich zu einem Festgottesdienst der ehemaligen Bewohner. Zu diesem Zweck war auch der Visitator der Ermländer, Msgr. Dr. Lothar Schlegel, angereist, der die heilige Messe mit dem Ortspfarrer Erzpriester Domherr Janusz Wyszczynski und den nach Heilsberg gekommenen Geistlichen Pfarrer Dr. Fischer, Pfarrer Müller, Pfarrer Margenfeld sowie Domherr Schmeier zelebrierte. Bei den Meßtexten, den Gesängen sowie der Predigt wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß die Besucher des Gottesdienstes sich aus Polen und Deutschen zusammensetzten. Wahrlich eine beeindruckende Feier. Um 16 Uhr fand dann eine Ermländische Vesper in der Neuhöfer Kreuzkapelle statt, anschließend gingen wir mit den Geistlichen an den neuen Gedenkstein auf dem Waldfriedhof. Um 19 Uhr fanden wir uns im Hotel zum Abschiedsabend zusammen, daran nahmen Msgr. Dr. Schlegel und weitere Geistliche sowie der Vorstand der Heilsberger Kreisgemeinschaft mit ihren Frauen und Einzelreisende teil. Nach den verschiedenen Festansprachen mußte sich der Visitator Msgr. Dr. Schlegel leider verabschieden, weil er noch zur Übernachtung nach Braunsberg fahren mußte, um am nächsten Tag Verpflichtungen in Danzig nachzukommen. Mit allerlei Beiträgen, Ostpreußentypisches und Sonstiges, vorgetragen von Mitreisenden, darunter eine kurze Lesung humoriger eigener Gedichte von Herrn Hermann Wischnat, und mit Gedichten von Arthur Hintz, sein Sohn Wolfgang war unter uns, und von Paul Scholz wurde an diese verdienten Heilsberger erinnert. Am Montag, den 11. August war schon der letzte Tag in Heilsberg, den wir mit einer kleinen Wanderung am Vormittag, angefangen an der „Poggenteichbrücke“, durch das zwar naturgeschützte, aber leider enttäuschend verwilderte Simsertal begannen. Noch vor ein paar Jahren waren die alten Spazierwege wieder einigermaßen begehbar gemacht worden und ein Rundgang möglich, jetzt ist wieder alles weitgehend zugewachsen, die Knüppeldämme über die Feuchtstellen sind verfault und eingebrochen, der Talgrund ist verwildert. Anscheinend gehen die jetzigen Bewohner nicht mehr, wie wir früher, dort regelmäßig spazieren, und auch die Badestelle am „Pferdefuß“ scheint inzwischen von der polnischen Jugend aufgegeben worden zu sein. Hinter dem „Teufelsloch“, ungefähr in Nähe der ehemaligen Skisprungschanze, bogen wir nach oben Richtung „Fichtenberg“ ab und kamen am zugewachsenen „Herzliebchenteich“ vorbei, dann durch ein neu erstandenes, ansehnliches Villenviertel mit gepflegten Gartenanlagen in Hotelnähe wieder heraus. Mit einem nachmittäglichen Dankgottesdienst in der Reichenberger Kirche, der Heimatkirche von Herrn Pfarrer Müller, dessen Eltern noch ihr Grab auf dem nahen Friedhof haben, endete der Abschiedstag.

Über Wormditt, hinter Basien die Passage überquerend, an der Ruine des Schlosses Schlobitten vorbei verließen wir Ostpreußen, und durch Hinterpommern (zum Beispiel Falkenburg) erreichten wir am späten Abend Stettin zur Übernachtung. Als das Ermland verlassen wurde, erklang ein letztes Mal auf dieser Treue-Jubiläumsfahrt das Ermlandlied: „Mein Ermland will ich ehren, so lang' ich leb' und bin …“ Das bleibt, auch wenn am nächsten Tag alle wieder in ihre weit über Deutschland verstreuten jetzigen Daseinsorte strebten. Auch an dieser Stelle sei dem Initiator dieser Reise, der auch für die Durchführung verantwortlich war, August Dittrich, herzlich gedankt. Bleibt noch anzufügen, daß der Dienstag mit den hochoffiziellen Feierlichkeiten ausgefüllt war, an denen auch Vertreter der Kreisgemeinschaft teilgenommen haben. Zum 700. Jahrestag der Gründung der Stadt Heilsberg kamen die höchsten Vertreter der katholischen Kirche Polens mit dem polnischen Primas, Kardinal Josef Glemp, der in der Pfarrkirche einen Dankgottesdienst leitete, in dem der Erzbischof von Krakau, Kardinal Stanislaw Dziwisz, die Predigt hielt. In der feierlichen Sitzung des Stadtrates im Remter des Schlosses erhielten das Ehrenbürgerrecht: Kardinal Stanislaw Dziwisz, der ermländische Metropolit Ziemba, der Bischof des polnischen Militärs Tadeus Zploski, Bischof Julian Wojtkowski, Senatsmarschall Bogdan Borusewicz und der ermländisch–masurische Woiwodschafsmarschall Jacek Protas. Die Medaille verdienter Bürger von Heilsberg wurde dem Woiwodschaftsmarschall Jacek Protas und dem Kardinal aus Krakau verliehen. Der Festtag endete mit einem Ball im Schloß und einem grandiosen Feuerwerk.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Eine Busreise nach Rauschen und Königsberg (8. bis 17. September 2009) – Eine zehntägige Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September. Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, Westeingang. Mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl, Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostopp) und Braunsberg. Dort erwartet die Reisegruppe die russische Reiseleiterin Nadja zwecks beschleunigter Abfertigung. Drei Übernachtungen in Rauschen im Hotel Universal. Von dort aus werden Tagesausflüge unternommen. Am 12. September fährt die Gruppe nach Pillau und dann nach Königsberg, wo man im Hotel Kaliningrad Quartier bezieht. Dort bleiben die Reiseteilnehmer bis zum 16. September. Der 16. September ist der Abreisetag, um 8 Uhr geht es vom Hotel zum Grenzübergang Braunsberg und von dort in Richtung Stettin (letzte Übernachtung). Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Unterlagen für die Anmeldung erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aackerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Einen Vortrag: „Bismarck und die Jagd“ hält Günter G. A. Marklein am Mittwoch, dem 14. Januar 2009, um 19.30 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg. Der Eintritt beträgt: 3 Euro (ermäßigt: 2 Euro). Otto von Bismarck, preußischer Ministerpräsident und der erste Kanzler des geeinten Deutschen Reiches, war ein großer Naturfreund. Auf dem Lande aufgewachsen, spielten der Rhythmus der Jahreszeiten und alle damit verbundenen Vorgänge in der Natur eine besondere Rolle in seinem Leben. Er fühlte sich stets für die Hege des Wildes auf seinen Gütern verantwortlich, war aber auch ein begeisterter Jäger. Seine Zeitgenossen schildern ihn als sicheren Schützen, der überall willkommen war, wo man sich der Jagd widmete. Vom Auerhahn bis zur Großtrappe, vom Rehbock bis zum Elch, Gemsen im Revier des österreichischen Kaisers, Hirsche in Fontainebleau, Bären als Aufmerksamkeit des russischen Zaren oder Keiler im Revier des preußischen Königs – Bismarcks Jagdglück war legendär und diente oft der Diplomatie zwischen den europäischen Mächten.

Günter G. A. Marklein, Leiter des Bismarck-Museums der Getreuen von Jever, zeichnet mit zahlreichen Selbstzeugnissen, Anekdoten und Berichten ein facettenreiches Bild des reichen Jägerlebens Otto von Bismarcks.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Ortsvertreter umgezogen – Ortsvertreter Heinz Purwin aus Steinberg ist umgezogen. Seine neue Anschrift lautet: Römerstraße 44, 52064 Aachen, Telefon (0241) 75110. Ortsvertreter Purwin lädt jetzt schon alle Steinberger für den 15. bis 17. Mai zu einem Ortstreffen nach Schieder-Glashütte ein.



MEMEL HEYDEKRUG POGEGEN

Kreisvertreter Stadt: Hans-Jörg Froese. Land: Ewald Rugullis, Heydekrug: Herbert Jaksteit. Pogegen: Gerhard Schikschnus, Geschäftsstelle für alle vier Kreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (0621) 723636 (d), Fax 723637.

60 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) *(Fortsetzung aus Folge 51/52)* – Ein weiterer Höhepunkt war das 750-jährige Stadtjubiläum 2002, zu welchem die AdM u.a. zu einer Festveranstaltung ins Memeler Theater geladen hatte. Bürgermeister, Stadtverordnete, die Kreisverwaltung sowie der Deutsche Botschafter aus Vilnius wohnten den Veranstaltungen bei. Durch Spenden der Memelländer konnte aus Anlaß des Jubiläums der Stadt eine Bronzestatue (eine lebensgroße Frau mit Kind an der Hand) mit denn Titel „Abschied“ übergeben werden, die vor dem Memeler Bahnhof einen würdigen Platz gefunden hat und auch von den heute in Memel wohnenden Bürgern sehr positiv angenommen wurde.

Neben all den genannten Veranstaltungen und Aktivitäten dürfen die von der AdM durchgeführten humanitären Hilfstransporte in das Memelland nicht unerwähnt bleiben. Wurde 1959 mit Lieferungen per Seecontainer begonnen, folgten nach der Eigenständigkeit Litauens Transporte per Lkw. Mit diesen Hilfstransporten wurden nicht nur unsere Landsleute, sondern auch litauische Bürger, Kranken- und Waisenhäuser, Kinder- und Altenheime mit Lebensmitteln, Bekleidung, Möbeln, Medikamenten, medizinischen Geräten und Krankenbetten bedacht. Der Wert der gesamten Lieferungen beläuft sich auf mehrere Millionen Euro. Die Transportkosten wurden von der AdM und mit Mitteln der Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen finanziert. Auch heutzutage ist es leider noch erforderlich, Beträge der Bruderhilfe und Sachspenden über die Kreisvertreter an bedürftige Landsleute zu verteilen, zu denen auch „Wolfskinder“ zählen.

Durch Ortsgemeinschaften und Kirchspiele der AdM wurden und werden mit viel Fleiß, Arbeit und Geld Kirchen im heutigen Litauen restauriert sowie Museen und Heimatstuben eingerichtet/unterstützt, so in Nidden, Schwarzort, Dawillen, Saugen, Kisten, Russ, Heydekrug, Pogegen, Wannaggen, Nattkischken, Wischwill und Willkischken. Von Anfang an herrschte zwischen der AdM und den Menschen und Partnern in Litauen ein sehr gutes Einvernehmen und Vertrauensverhältnis. Daß die AdM ein ernsthafter Partner ist, zeigt auch die zwischen der AdM und den Stadtverwaltungen von Memel und Mannheim 2002 unterzeichnete Städtepartnerschaft, in der die AdM als fester Partner und Vermittler beider Städte eingebunden wurde. Dieser Grundtenor begründete den Dank des Bundesvorsitzenden beim litauischen Botschafter, stellvertretend für alle am Entwicklungsprozeß beteiligten Behörden, Kommunen und Bürger Litauens. Alle unsere bisherigen und zukünftigen Aktivitäten dienen der Verständigung, was sich auch in einer von der AdM bereits im Jahr 1991 verabschiedeten Resolution widerspiegelt. Ich zitiere: „Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der damit verbundenen Festschreibung der deutschen Ostgrenzen durch die derzeitigen führenden Politiker in Ost und West sind die Aufgaben der Vertriebenenverbände nicht beendet ...“ Sie haben vielmehr eine neue Sinngebung erhalten, die darin gipfelt, bei der Neugestaltung der Beziehungen zu den Völkern Osteuropas aktiv mitzuwirken und eine wichtige Brückenfunktion zu übernehmen. Hierzu gehört auch, die deutsche Kultur im Osten unseres Kontinents wieder zu beleben und die dort vorhandenen Kulturgüter ins Bewußtsein der Völker zu bringen.

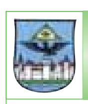
Er schloß unter anderem mit der Feststellung: „Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Landsleute, ich glaube mit Recht behaupten zu können, daß wir damals wie heute nach der genannten Resolution gehandelt und gewirkt haben und Brückenbauer zwischen unseren Völkern sind. Die oftmals geäußerten negativen Behauptungen, die Vertriebenen seien rückwärtsgewandt, ewig Gestrige oder sogar Revanchisten, treffen auf uns in keiner Weise zu. Wer sich mal intensiv mit der Arbeit und Leistung der Vertriebenen auseinandersetzt, kann sich vom Gegenteil überzeugen. So wünsche ich mir, daß Ostpreußen und das Memelland auch in der Zukunft in den Köpfen und Herzen der Menschen weiterleben, sich im Bezug auf das Memelland die litauische Bevölkerung des Ursprungs ihrer heutigen Heimat bewußt ist und alle, hüben wie drüben, sich zur geschichtlichen Wahrheit beider Seiten ohne Wenn und Aber bekennen.“ Dem feierlichen Anlaß entsprechend, wurde die Veranstaltung mit heimatlichen Klängen des Ostpreußenchors Hamburg und durch besinnliche Gedichte von Ingrid Koch, welche Herbert Tennigkeit mit inniger Sprache vortrug, bereichert. So wurden die Gedanken an 60 Jahre AdM und die glücklichen Zeiten in der geliebten Heimat auf wundervolle Art und Weise zurückgeführt. Bei guter Stimmung verweilten die Memelländer bis zum späten Nachmittag im Logenhaus, um zu plachandern und ihre Bekanntschaften zu pflegen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Fax: (04402) 972237. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 77723 (Anrufbeantworter), Diedrichstraße 2, 24143 Kiel.

Stadtvertretung – Die gemäß Paragraph 9 der Vereinssatzung der Stadtgemeinschaft Tilsit e. V. nominierten Mitglieder Vera Jawtusch und Ingolf Koehler gelten nunmehr als gewählte Stadtvertreter. Einsprüche oder Gegenvorschläge sind in der gesetzten und im *Ostpreußenblatt* veröffentlichten Frist nicht eingegangen. Die Stadtvertretung setzt sich zusammen aus Hans-Axel Benger, Traure Englert, Horst Gelhaar, Horst Haut, Vera Jawtusch, Ingolf Koehler, Annemarie Plagemann und Karla Rintschenk. Den Vorsitz führt gemäß Paragraph 7.1 der Satzung der Erste Vorsitzende Ulrich Depkat, im Verhinderungsfall sein Stellvertreter, der Zweite Vorsitzende Hanz Dzieran.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Ostpreußenfahrten 2009 – Auch für dieses Jahr bietet die Kreisgemeinschaft wieder zwei ihrer beliebten Busreisen in die Heimat an. **Die erste Fahrt ist eine neuntägige Reise und geht vom 18. bis 26. Juni**. Reiseleiterin ist Eva Lüders. 1. Tag: Fahrt ab Hannover über Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrroute bis nach Thorn. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die restaurierte Altstadt von Thorn. So werden unter anderem das Rathaus mit dem Nicolaus-Copernicus-Denkmal davor, die Marien- und Johanneskirche und Weiterreise an der Weichsel entlang und über Marienburg (Fotostopp) an der imposanten Burganlage. Anschließend erreichen Sie den polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie bereits Ihr deutschsprachiger Betreuer erwartet. Weiterfahrt nach Ragnit. 3. Tag: Heute steht eine ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit mit Besuch der Hauptkirchspielorte auf dem Programm. Die genaue Route zu den einzelnen Kirchspielen wird je nach Zusammensetzung der Gruppe festgelegt. Zum Abschluß des Aufenthaltstages erreichen Sie Tilsit. Bei einer Stadtführung kann man die einstige Schönheit dieser Stadt an der Memel erahnen. 4. Tag: Zur freien Verfügung mit Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Dazu steht Ihnen vor Ort unserer bewährter Taxiservice zur Verfügung. 5. Tag: Heute geht es über die Grenze (Luisenbrücke) in das Memelland, wo Sie in Heydekrug die Kirche besichtigen. Anschließend Fahrt Richtung Kuvertsort / Minge, wo bereits ein Schiff für einen Ausflug durch das Memeldelta Richtung Kurisches Haff wartet. Unterwegs gibt es ein zünftiges rustikales Picknick. Anschließend Weiterfahrt bis nach Memel. Bei der Führung sehen Sie die restaurierte Altstadt, deren Zentrum der Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen mit der Figur vom Ännchen von Tharau bildet. Anschließend Fährüberfahrt zur Kurischen Nehrung und Weiterfahrt bis Nidden, wo Sie Ihr Hotel für die kommenden zwei Nächte beziehen. 6. Tag: Nach dem Frühstück stehen eine Ortsbesichtigung zu Fuß und Nidden auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der schönste Ferienort Litauens. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Auf der Kurischen Nehrung wird in dieser Zeit die Johannesnacht mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Erleben Sie gemeinsam mit den Einheimischen und Gästen diese stimmungsvolle Zeit. Übernachtung in Nidden. 7. Tag: Rückreise in den russisch verwalteten Teil der Nehrung. Weiterfahrt vorbei an Königsberg und über die russisch-polnische Grenze nach Frauenburg. Hier werden sie an der imposanten Burganlage des Frauenburger Domes zu einer Führung durch die einstige Wirkungsstätte von Copernicus erwartet. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Gegen Abend erreichen Sie Elbing zur Übernachtung. 8. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt nach Danzig, Bei einem Rundgang durch die Altstadt erleben Sie den Langen Markt mit dem Artushof, die einzigartige Mariengasse und die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen Europas. Anschließend führt Sie die heutige Etappe in die schöne Landschaft Kaschubiens. Sie besuchen unter anderem Karthaus mit der sehenswerten Klosterkirche, die vielen nicht zuletzt aus der Verfilmung des Romans „Die Blechtrommel“ bekannt ist. Bei der geführten Rundfahrt durch das noch weitgehend vom Massentourismus verschonte Kaschubien erleben sie eine ursprüngliche Landschaft wie in längst vergangener Zeit. Anschließend letzte Zwischenübernachtung in einem pommerschen Schloßhotel. 9. Tag: Rükkreise nach Deutschland, Weitere Anfragen für diese Reise an Eva Lüders, Telefon und Fax (04342) 5335, E-Mail: eva.lueders@arcor.de

Zweite Ostpreußenreise – Die zweite Fahrt ist eine zehntägige Reise vom 6. bis 15. Juli 2009. Die Reiseleitung hat Klaus-Dieter Metschulat. Neben dem Besuch Ihrer Heimatdörfer erwarten Sie vielfältige Sehenswürdigkeiten und einmalige Naturlandschaften. Die erlebnisreiche und informative Reise geht in Mönchengladbach-Rheydt los und führt über Neuss, Bochum, Hannover, Berlin zur Hotelübernachtung nach Schneidemühl. Weitere Zusteigmöglichkeiten sind an den Raststätten entlang der Autobahnstrecke möglich. Am nächsten Tag werden wir die Marienburg anfahren. Über Elbing und den Grenzübergang Braunsberg / Heiligenbeil fahren wir in das Königsberger Gebiet. Wir werden uns in dem erst vor kurzem hervorragend renovierten Hotel Rossia in Tilsit einquartieren oder, falls gewünscht, im Hotel Kronos in Ragnit. An den nächsten beiden Tagen haben Sie Gelegenheit, Ihre Heimatdörfer aufzusuchen. Taxen können vermittelt werden. Alternativ bieten wir Tagesausflüge an. Vorgesehen sind: eine Stadtführung durch Tilsit, Fahrt nach Breitenstein (ostpreußisches Heimatmuseum), Besichtigung des Pferdegestüts Georgenburg, Stadtrundfahrt Insterburg, Weiterreise nach Gumbinnen (Salzburger Kirche) und Pillkallen / Schloßberg. Am anderen Tag geht die Fahrt durch die Elchniederung zu einer ausführlichen Stadtbesichtigung nach Königsberg. Am 5. Tag fahren wir über die Königin-Luisen-Brücke – durch das Memelland – über Heydekrug nach Memel. Im Anschluß einer Stadtbesichtigung setzt der Bus mit einer Fähre auf die Kurische Nehrung über. Abendessen und Übernachtung in Nidden. Zwei Tage bleiben wir in Nidden. Der Aufenthalt hier, inmitten eines

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Spende an Tilsit und Lichtblicke – Viele Besucher des Spexarder Weihnachtsmarktes kannten die Gruppe Gütersloh noch vom letzten Mal und kamen deswegen dorthin. Andere staunten nicht schlecht, als sie am Ostpreußenstand Bigos, Grützwurst, Schmalzbrote, heißen Barschtsch und kalten Bärenfang probieren konnten. Alles selbstgemacht! Alle, die die Gruppe andersnstags dort gesucht haben, mußten vertröstet werden, ostpreußische Spezialitäten gibt es während des dreitägigen Spexarder-Marktes lediglich sonnabends. Auch 2009! Dank gilt allen Helferinnen und Helfern, die gekocht, Zutaten gespendet und geholfen haben! Ein besonderes Dankeschön geht an Josef Block, Reinhard Jagalla und Gregor Kischporski, die zusammen mit dem Ehepaar Jagalla einen Tag lang die Grützwurst zubereitet haben. Neben dem Tilsiter Kinderheim und dem Jugendförderverein Spexard wurde in diesem Jahr zusätzlich die Aktion Lichtblicke mit einer Spende bedacht. (Foto v.l.: Marlene von Oppenkowski, Kristine Braun, Josef Block, Marianne Bartnik und Vorsitzender Eckard Jagalla) Bild: privat



Neujahrsempfang im Hamburger Rathaus – Seit 1974 gratulierten der BdV Hamburg und die ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften dem Hamburger Bürgermeister zum Neuen Jahr! Zum 35. Mal führten die Oberschlesier der Hansestadt die Abordnung der Trachtenträger unter anderem aus Beskidenoberschlesien, Ostpreußen, Pommern, Westpreußen an und wünschten mit Blumengrüßen und einem „grünen Gratulationsbrief“ der seit 1860 bereits vierten Frau in diesem zweithöchsten Amt Hamburgs, der Zweiten Bürgermeisterin und Senatorin Christa Goetsch (GAL), sowie dem Ersten Bürgermeister Ole v. Beust (CDU) ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2009.
Christa Goetsch sagte indes ihre Teilnahme und ein Grußwort zum Neujahrsempfang des Bundes der Vertriebenen, am 25. Januar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg, zu (v.l. Christa Goetsch, Ole v. Beust, Ursula Zimmermann und der Landesvorsitzende der Ostpreußen in Hamburg, Hartmut Klingbeutel). Bild: G. Galauner

Kreuzotter und Zebra

Ein Dorfphilosoph und seine Sicht auf die Welt – Bauernschläue hilft nicht immer

Es soll hier nochmals erzählt werden von Emil Matejka aus dem masurischen Borutten, der dortselbst einige Jahrzehnte tätig war als ebenso tüchtiger Gemeindeschuster wie auch als eine Art von Dorfphilosoph mit meist etwas verschrobenen Ideen, die ihn zu manch überraschenden wie verblüffenden Denkergebnissen führen konnten.

Allerdings gab es im Laufe der Zeit Fragen, bei denen dieser neunmalschlaue Emil Matejka trotz seines unbestreitbaren Gripses scheitern mußte. Selbst tagelanges Grübeln und Sinnieren ließen ihn keine Antwort finden, die eine Lösung für das anstehende Problem bedeutete. Davon soll hier das eine oder andere berichtet werden.

Unser masurischer Dorfphilosoph saß wieder einmal in seiner Werkstatt auf dem dreibeinigen Schusterschemel und mit eins ging ihm diese Frage durch den Kopf: „Angenommen, da ist eine Giftschlange, eine Kreuzotter meinswegen. Und die frißt einen Fliegenpilz rein auf. Der ist ja, wie jedermann weiß, auch sehr giftig. Was aber passiert dann?“

Fragen über Fragen – deren Antwort man nicht braucht

Emil Matejka betrachtete gedankenverloren den derben Arbeitsschuh seines Nachbarn Abromeit, dem er gerade eine neue Sohle verpassen wollte. Dann meinte er für sich: „Es sind hier zu erwägen zwei Möglichkeiten. Entweder, die Kreuzotter stirbt an diesem Fliegenpilz. Andererseits kann auch sein, daß sie wird noch giftiger als vorher. Wer kann aber wissen, was da richtig ist und was falsch?“

Um es ohne Umschweife zu sagen, der Dorfschuster von Borutten konnte es nicht, obwohl er hin und her überlegte. Und fragen, fragen wollte und durfte er niemand, denn er hatte als allgemein anerkannter Schlaukopf einen gewissen Ruf zu verlieren. Deshalb blieb für ihn dieses Problem ungelöst, und er vergaß es erst, als er sich sozusagen in einen anderen Fall verbeißen konnte.

Der aber kam mit dem Wanderzirkus „Admira“ nach Borutten. Dieser stand unter der Leitung von Adolar Ferdinand Gonski und war beileibe kein Weltunternehmen. Ganze vier Planwagen, von struppigen Panjepferdchen gezogen, enthielten die gesamte Ausstattung. Und die Artisten, welche das Programm zu gestalten hatten, gehörten durch die Bank zur Familie des Herrn Direktor.

Auf dem Dorfanger direkt neben der Schule und dem Turnplatz wurde das mehrfach geflickte Zelt aufgebaut. Und dann wartete das Akrobaten-Ensemble des Herrn Gonski auf sein Publikum, welches zur ersten Vorstellung herbeiströmen sollte. Was auch geschah, denn nahezu die gesamte Einwohnerschaft von Borutten erschien und nahm erwartungsvoll rund um die Manege Platz.

Darunter befand sich selbstverständlich auch Emil Matejka, der sogar sein Eheweib mitgebracht hatte. Und wie alle anderen bestaunte er mit offenen Mund die dargebotenen Attraktionen und klatschte nach jeder Programmnummer begeistert mit. Das dauerte bei dem philosophierenden Schuster freilich nur so lange, bis ein dressiertes Zebra hereingeführt werde, welches einige Kunststückchen zu zeigen im Stande war.

Von diesem Augenblick an schenkte der Schuster den übrigen Darbietungen in der Zirkusmanege keinerlei Aufmerksamkeit mehr. Denn ein solches Wildpferd aus den Steppen Afrikas hatte er noch nie zu Gesicht bekommen. Was übrigens gleichermaßen für fast alle anderen Bewohner dieses masurischen Landstriches galt, in dem auch Borutten zu finden war.

Das Unbekannte weckt das Kind im Manne

Bei Emil Matejka mischte sich jedoch die Bewunderung für das Unbekannte alsogleich mit einer bohrenden Frage, die ihn fortan nahezu ununterbrochen beschäftigte. Und diese lautete so: „Ist das Zebra nu’ ein weißes Tier mit schwarzen Streifen oder aber ein schwarzes mit weißen Streifen?“

Auch hier ist der Dorfphilosoph auf dem Schusterschemel trotz andauernder Grübelei zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Zumindest aber hat der Herr Gonski davon profitiert. Weil nämlich Emil Matejka sämtliche Vorstellungen besuchte, welche der Zirkus „Admira“ in Borutten gab. Und das nur, weil ihm das Rätsel um das schwarzweiß oder auch weißschwarz gestreifte Zebra nicht aus dem Kopf wollte.

Nur wenig später animierte ihn gar ein Toppchen Kaffee erneut zum Spekulieren. Eigentlich handelte es sich dabei um „Plärtsch“, wie man in Masuren und auch sonstwo in Ostpreußen ein Getränk nannte, welches im wesentlichen aus mit heißem Wasser überbrühter Zichorie bestand. Emil Matejka mochte es dennoch, allerding nur, wenn es mit reichlich Farin gesüßt war.

Gedankenvoll rührte der Herr Schustermeister in der heftig dampfenden Steinguttasse und dabei ging ihm wiederum die Spur einer Idee durch den Kopf. „Wird er eigentlich süß, der Kaffee, durch den Zucker, den man hineintut?“, so fragte er sich und nahm einen ersten prüfenden Schluck. „Oder aber macht dies das Umrühren?“

Letzteres kam ihm nach einigem Sinnieren unwahrscheinlich vor, denn da erhob sich die Frage, warum man dann Farin brauche? Aber er fand schnell die Antwort: „Natürlich! Damit man weiß, wie lange man umrühren muß!“ Überaus zufrieden über diesen logischen Schluß nahm er erneut einen Schluck aus dem Toppchen. Und der schmeckte angenehm süß.

Seinen Mitbürgern allerdings erzählte er nichts von dieser neugewonnenen Erkenntnis. Und ebenso bewahrte er Verschwiegenheit über die Sache mit der Kreuzotter wie mit dem Zebra. Deshalb galt Emil Matejka in Borutten und Umgebung all sein Lebtag als kluger Kopf und gewiefter Denker – als weiser Philosoph eben!

Heinz Kurt Kays

»Wir ... aus Tilsit«

Auf den Spuren der eigenen Vergangenheit

Wir fanden uns vor zehn Jahren und trafen uns seitdem jährlich. Wir kannten uns vorher nicht, aber wir kennen unsere gemeinsame Geburtsstadt von damals, als wir noch in ihr lebten. Wir kennen noch Strom, Straßen, Parks, Teiche aus eigenem Erleben. Unsere Wege führten am Schenkendorfdenkmal vorbei, und auf Spaziergängen auch zu dem Marmorstandbild der Königin Luise im Park von Jacobsruh.

Geburtsstadt selbst erlebt haben

Wir gehören zu den letzten Jahrgängen, die in unserer Geburtsstadt noch Schreiben, Lesen und Rechnen lernten. Wir erlernten es in der Johanna-Wolff-Schule. Auf Schiefertafeln, an denen zwei Schwämme baumelten, ein feuchter und ein trockener. Wir wußten noch, was es bedeutete, artig zu sein, und lernten es in der Schule noch. Doch auch sonst wußten wir, wann ein Knicks zu machen war oder ein Diener erwartet wurde.

Gern erinnern wir uns, wenn wir jetzt zusammen sind, auch an damals übliche Spiele. Spiele, die wir alle spielten, wenn auch auf verschiedenen Höfen oder Straßen. Und wir alle kennen auch die Badestellen für uns Jüngere von ehedem in unserer Stadt, sowohl die in der Schalup wie auch die in der Memel, zu der man nach Überqueren der Luisenbrücke gelangte. Es war eine untiefe sandige Bucht gleich rechts.

Wir haben von der Brücke aus auf Schleppkähne und Flöße geschaut und sind auf dem heimatlichen Strom mit Dampfern gefahren. Aber wir alle haben auch die Luftschutzkeller unserer Stadt kennenlernen müssen. Doch wir überlebten Fliegerangriffe, Bombardierungen, Brände, Flucht und alles, was folgte. Das alles heißt für uns Heimat und verbindet uns.

Wir sind fern von unserer Heimat, aber bei unseren jährlichen Treffen irgendwie zu Hause. Vieles taucht in diesen Tagen auf in Wort und Bild und im Inneren.

„Ach ja!“ „Stimmt!“ „Das weiß ich auch noch!“ Diese und ähnliche Bestätigungen hört man immer wieder, wenn wir „unter uns“ sind.

Hannelore Patzelt-Hennig

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

überwältigenden Naturschutzgebiet ist einer der Höhepunkte der Reise. Wir werden die „Hohe Düne“ kennenlernen, die höchste Wanderdüne Europas, mit einem einzigartigen Ausblick über die Landschaft der Kurischen Nehrung. Zu Fuß werden wir zu einer Ortsbesichtigung durch Nidden gehen und dabei so manches Schöne und Reizvolle entdecken. Vorgesehen ist auch eine Schiffsfahrt übers Kurische Haff sowie ein Ausflug nach Schwarzort zum berühmten „Hexenberg“ mit seinen Holzskulpturen aus der litauischen Märchen- und Sagenwelt. Ebenso bietet sich in diesen Tagen Gelegenheit, am Strand der Ostsee nach Bernstein Ausschau zu halten. Am 8. Tag beginnt die Rückreise, sie geht heute bis Danzig, unterwegs besuchen wir die Vogelwarte Rossitten, und wenn es die Zeit erlaubt, das Ostseebad Rauschen. In Frauenburg wird ein Fotostopp eingelegt. Am nächsten Morgen steht eine Besichtigung der Altstadt Danzigs auf dem Programm, anschließend fahren wir zur Übernachtung nach Stettin. Am 10. Tag ist die letzte Etappe angebrochen, dabei werden wieder alle Einstiegshaltestellen der Hinreise angefahren. Ausführliches Programm erhalten Sie bei Klaus-Dieter Metschulat, Telefon (02166) 340029, Fax (02166) 391766.

bewachen – Handelsbrauch – geruchshemmendes Mittel – Stauwerk; Schutzanlage – ständiger Papstbotschafter – gehärtetes Eisen – Skatwort – Inselstaat im Nordatlantik – vordringlich – Hülle, Futteral – mexikanischer Indianer – Herrenschoßrock (Kzw.) – Überstürzung, Eile – nordische Münze – militär. Nachschubtruppe – kleinere Eule – mit großer Flamme brennen – Tanz auf Hawaii – schmieren, fetten – mäßig warm – heimtückisch – Eingang – Schultasche, Schulmappe – rhythm. betonter Jazz (Kzw.) – südamerikanisches Gebirge – Schneeschmelze – polit. Zusammenschluss – Strom in Ostasien – englische Schulstadt – Duldsamkeit – Muskelorgan in d. Mundhöhle – Gebärde – gemahlenes Getreide – Federbettenstoff – Grundstoffteilchen – Flugmanöver – niederträchtig – Stadt in Norditalien – Herausgeber – im Halbschlaf liegen – eine Blume; ein Gewürz – Revolver – Monatsletzter – die Position ermitteln – Seebad in Belgien – bestimmter Artikel – Präsident der USA (Ronald) – Lehranstalt – verschieden – ausgelassen spielen – Bergwerk – fressen (Wild) – Hunnenkönig Attila (dt. Name) – Regierungsform – Schwarzwaldgewässer – Fluss in Nordfrankreich – Nomadenvolk in Ostafrika – Fluss zum Rhein – Stoß mit dem Fuß – die Ackerkrume lockern – Angestellter e. Geldinstituts – Probe, Stichprobe – Kultbild der Ostkirche – Zeitalter – Götze, Idol – grob gemahlene Getreidekörner – engl. Schauspieler (Peter) – Netzhaut des Auges – Raubfisch – Opfertisch – nordischer Hirsch – formale Harmonie, Symmetrie – hager, mager – Blechblasinstrument – ehe, früher als – hohler Rundkörper – schmaler Weg – ein Indogermane – griechische Stadt in Böotien – kurze Unterhose (engl.) – algerische Stadt – Zier-, Nutzpflanze – Traubenernte – äußerlich – Affe, Weißhandgibbon – altgriech. Philosoph – Kfz-Zeichen Gütersloh – chem. Zeichen für Lutetium – britischer Sagenkönig – russische Stadt an der Oka – oberer Hausabschluss – Abkürzung für Summa – Hochland und Staat in Zentralasien – höchste Karte bei Kartenspielen – Teil des Bruches (Mathematik)

So ist's richtig:

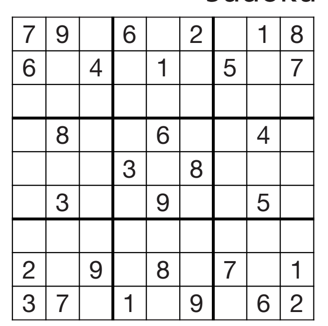
Diagonalrätsel: 1. konkav, 2. Ulster, 3. Knarre, 4. Spesen, 5. Mimose, 6. Nische – Klasse, Verein

Kreiskette: 1. Prosit, 2. Sirene, 3. Gaumen, 4. Trauma, 5. Patent – Rosengarten

Sudoku:

7	9	5	6	4	2	3	1	8
6	2	4	8	1	3	5	9	7
8	1	3	9	7	5	6	2	4
9	8	7	5	6	1	2	4	3
5	4	6	3	2	8	1	7	9
1	3	2	7	9	4	8	5	6
4	6	1	2	3	7	9	8	5
2	5	9	4	8	6	7	3	1
3	7	8	1	5	9	4	6	2

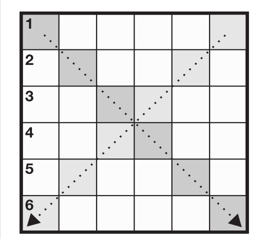
Sudoku



7	9		6		2		1	8
6		4		1		5		7
	8			6			4	
			3		8			
	3			9			5	
2		9		8		7		1
3	7		1		9		6	2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



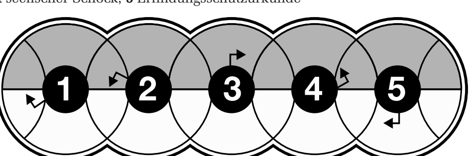
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Personengruppen.

1 nach innen gewölbt (Optik)
2 Herrenmantel, Mantelstoff
3 scherzhaft: Gewehr
4 Unkosten
5 Sinnpflanze
6 Wandvertiefung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Rosarium.

1 Zuruf beim Trinken, **2** Alarmgerät, **3** obere Wölbung der Mundhöhle, **4** seelischer Schock, **5** Erfindungsschutzurkunde



Süße Sünden und heiße Quellen

Budapest bietet dem Besucher viele Annehmlichkeiten – Badeort und Genußmetropole in Ungarn

Die ungarische Hauptstadt hat dem Besucher neben vielen Sehenswürdigkeiten auch allerlei Versuchungen für Leib und Seele zu bieten.

Leise rieselt der Schnee und krönt die dunklen Haarschöpfe der beiden Männer im Außenbekken des Széchenyi-Bades mit weißen Häubchen. Das Duo steht bis zu den Schultern in den warmen Fluten und widmet sich unbeirrt seinem Schachspiel. Die schwarzweißen Bretter scheinen über dem Wasser zu schweben. „Budapescht – des is koa Stodt, des is a Philosophie", lacht der gebürtige Wiener Max Lieber, der das königliche Spiel mit großem Interesse verfolgt. Er kommt regelmäßig nach Budapest und probiert bei jedem Besuch einen anderen Badetempel aus.

Das Széchenyi mit seiner in Habsburger Ocker gehaltenen Barockfassade und den prächtigen Wandgemälden in den Fluren gefällt ihm am besten. Auch das Wasser habe nahezu magische Kräfte, erzählt er. Mit der Wirkung des Thermalwassers wird die Gebärfreudigkeit der Nilpferddamen im benachbarten Zoo erklärt. Denn die empfindlichen Riesen muffeln in der Gefangenschaft überall vor sich hin und verweigern Nachwuchs. Nur hier in Budapest werfen sie „wie die Kaninchen" und beliefern seit geraumer Zeit Tiergärten in aller Welt mit ihren Jungen.

Budapest ist an und auf dem Wasser gebaut. Während die Donau grau und träge durch die Zweimillionenstadt fließt, blubbert, zischt und brodelt es in ihren Eingeweiden. 123 warme Heilquellen sprudeln aus dem Boden und machen Budapest zur Stadt mit den ergiebigsten Mineralquellen in Europa. In „Bad Budapest", so heißt es, habe jeder Einheimische neben seinem Stammcafé auch noch sein Stammbad! Bei der verzweifelten Suche nach Öl stießen die Geologen auf immer neue Thermalquellen und fanden statt des schwarzen weißes Gold.

Zwei gestandene Damen aus dem Stadtteil Óbuda aalen sich neben uns in den heilenden Wassern des Gellért-Bades. „Dieses köstliche Naß ist viel appetitlicher als stinkendes Erdöl", finden sie. „Und die Anlage ist doch auch hübsch." Welche Untertreibung! In diesem reich mit Säulen und Mosaiken ausgestatteten, von Jugendstilelementen überbordenden palastartigen Gebäude, den unterschiedlich temperierten Becken und der üppig begrünten Galerie wird das Baden zur Kulthandlung erhoben.

„Das hier anziehen", befiehlt die weiß gekleidete Badewärterin streng und wedelt mit einem winzigen Lendenschurz. Diese Moralvorstellungen stammen offenbar noch aus der k.u.k. Zeit. Es versteht sich, daß Männlein und Weiblein strikt voneinander getrennt sind.

Im Rudasbad auf der Budaer Seite geht es hingegen viel lockerer zu. Dieses von einer riesigen Kuppel überdachte Relikt aus der Türkenzeit am Fuße des Gellértberges lädt an Wochenenden zu trendigen Badepartys bei Musik und kühlen Drinks ein. Die in geheimnisvolles Halbdunkel getauchte Rotunde reflektiert das Klirren der Gläser und das fröhliche Lachen der Badegäste.

Neben seinen Heilbädern hat Ungarns Hauptstadt noch eine Reihe weiterer Genußtempel zu bieten. Im Café Gerbeaud am Vörösmaty tér scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Umgeben von unzähligen Spiegeln und glänzendem Mahagoni genießt der „echte" Budapester allmorgendlich seine Mélange oder einen kleinen Braunen. Über 100 Kuchenspezialitäten werden in diesem Mitte des 19. Jahrhunderts gegründeten Kaffeehaus angeboten – darunter Schokoladenschnittchen mit den Porträts Kaiser Franz Josephs I. und seiner „Sisi".

Die süßeste Sünde Budapests, die Dobostorte, aber schmeckt am besten in den prachtvoll restaurierten Räumen des Café Lukács am Andrássy Boulevard. Höchste Zeit, sagen die Budapester, daß dieses Kaffeehaus wieder eröffnet wurde. Auch hier wieder viel Blattgold und Marmortischchen – eine Augenweide.

Es treibt uns hinauf ins Burgviertel hoch über der Donau. Denn dort wartet das wohl originellste Café der Stadt mit einer Reihe unwiderstehlicher Kalorienbomben aus Schokolade, Karamell und Nußfüllungen auf. „Baden macht hungrig", sagt die resolute Bedienung im Café Ruszwurm, einem winzigen, im Biedermeierstil eingerichteten Kleinod. Die Milchschaumhaube auf unserem Kaffee ist mit einer Prise Zimt gewürzt, die köstliche Quarktasche ofenwarm.

Wer nicht im Café Central war, war nie in Budapest, behaupten die Magyaren. Hier in der Károly Mihály im 9. Bezirk wurde Literaturgeschichte geschrieben. Wir schreiten über den leise knarrenden Fußboden und betrachten die sepiafarbenen Fotos an den Wänden. Neben dem Bühnenautor Franz Molnár hängt das Porträt von Sandor Márais, der in seinen Romanen das Leben im Budapest der Vorkriegsjahre so meisterhaft festgehalten hat. Den größten Genuß soll man sich bekanntlich bis zum Schluß aufheben. Der Sonntagsbrunch im „Corinthia Grand Hotel Royal" am Erzsébet Boulevard ist ein Erlebnis der besonderen Art. Das Haus erhielt 2004 den Preis für die schönste Hotelarchitektur Europas. In einem verglasten Lichthof tafeln wir erlesen und lauschen dem virtuos geigenden Primás und seiner Kapelle. Nach dem Dessert bewundern wir den „schönsten Ballsaal der Welt" – einen Traum aus Marmor und Gold. Ein unvergeßlicher Anblick. *Uta Buhr*



Winterliches Vergnügen: Das Thermalwasser im Széchenyi-Bad macht's möglich. Bild: Buhr

MELDUNGEN

Der Garten im Winter

Hamburg – Traurig stimmt in diesen Wochen der Blick in den Garten, vor allem, wenn kein Schnee liegt und man nur die Reste der Pflanzen sieht, die bräunliche Blätter hängen lassen. Wie schön, wenn Frost dieses Bild verzaubert und Eiskristalle in der Sonne glitzern.

Im Winter gibt es im Garten kaum etwas zu tun. Doch diese Jahreszeit ist bei weitem nicht so langweilig, wie es den Anschein hat. Schließlich muß man immergrüne Gewächse von der Schneelast befreien und an frostfreien Tagen einige, wie Buchsbaum im Kübel, unbedingt leicht wässern. Die meisten dieser Pflanzen gehen über den Winter ein, weil sie schlichtweg austrocknen. Da man diese Arbeiten aber nicht täglich erledigen muß, bleibt genug Zeit, neue Pläne für das kommende Gartenjahr zu schmieden.

Der Garten erlebt im Winter eine angenehme Ruhephase, und doch gibt es selbst zu dieser kalten Jahreszeit etwas mit Pflanzen zu tun. Zimmerpflanzen und Kübelpflanzen müssen umsorgt werden. Fehlendes Licht im Winter macht ihnen oft sichtlich zu schaffen. Wer es einrichten kann, sollte über die kalte Jahreszeit für Zusatzbeleuchtung sorgen. Das gibt den Pflanzen Kraft. Pflanzen, die mit Zusatzbeleuchtung über den Winter versorgt werden, sind auch seltener von Schädlingen befallen. Die trokkene Heizungsluft kann man durch häufiges Besprühen der Pflanzen verbessern. Gegossen wird im Winter nur sparsam, das Düngen sollte man während dieser Zeit auch bei Zimmerpflanzen ganz einstellen. Für eine handwarme Dusche alle paar Wochen sind die Pflanzen allerdings dankbar. Das entstaubt die Blätter, und die Zimmerpflanzen können aufatmen.

Bald ist auch dieser Winter wieder vorüber, und es geht aufwärts im Garten. Vor Schneeglöckchen und Märzenbecher blüht dann die Zaubernuß mit ihren filigranen Blüten. Nach und nach stecken die ersten Zwiebelblumen ihre Köpfe aus der Erde, in der Erwartung wärmerer und sonniger Tage. Viele Gartenbesitzer nutzen die länger werdenden Tage für die ersten Arbeiten im Garten, und für die letzten im Winterquartier. *os*

Ein Lied wurde zur Hymne

John Kay, der Sänger der Gruppe »Steppenwolf«, stammt aus Tilsit – Weltweiter Erfolge

Mit wehenden Haaren sitzen sie auf ihren Motorrädern. Man sieht ihren Gesichtern an, daß sie die grenzenlose Freiheit genießen. Ihre Harley-Davidson-Motorräder aus den 1950er Jahren sind umgebaute „California Style-Chopper", die besonders durch lange Vorderradgabeln, tiefe Sitzposition und hohe Lenker (sogenannte „Apehanger", Affenhänger) auffallen.

Dennis Hopper und Peter Fonda als Billy und Wyatt in dem 1969 erschienenen Film „Easy Rider" sind die Vorbilder für eine neue Bikergeneration geworden. Im Frühjahr 1969 war „Easy Rider" der offizielle Beitrag der USA zum Filmfestival von Cannes. Erstaufführung in Deutschland war im Dezember 1969. Der Film brachte es zum Kultstatus, nicht zuletzt auch durch die mitreißende Musik der Gruppe „Steppenwolf". Ihr „Born to be wild" (Geboren, um wild zu sein), zu den Fahr-Szenen der Eröffnungssequenz, wurde zur „Motorradfahrer-Hymne". – „Steppenwolf", der Name der Band wird vielen Freunden von Rockmusik noch geläufig sein. Doch der Name Joachim Fritz Krauledat wird den meisten nichts sagen. Kein Wunder, denn Krauledat nennt sich seit Jahrzehnten John Kay, und als dieser ist er der Sänger und Frontman der Gruppe „Steppenwolf".



Geboren, um wild zu sein: Als kleines Kind mußte Joachim Fritz Kauledat zunächst mit seiner Familie vor der Roten Armee fliehen. Bild: ddp

Geboren vor bald 65 Jahren in Tilsit, mußte Joachim mit seiner Mutter vor der heranrückenden Roten Armee fliehen. Der Vater war gefallen. Zunächst gelangten sie nach Arnstadt in Thüringen. Von dort ging es 1948 nach Hannover, wo die Mutter eine zweites Mal heiratete. Zehn Jahre später wanderte die Familie nach Kanada aus, zog aber später in die USA.

Schon 1965 gründete Joachim eine Band, die „Sparrows" (Spatzen). Früh interessierte er sich für Musik und hörte bereits in Deutschland BFBS, den Sender für die britischen Streitkräfte. Ein Markenzeichen hatte er sich, wenn auch der Not gehorchend, zugelegt: eine Sonnenbrille. Sie trug der farbenblinde und lichtempfindliche Sänger auch bei seinen Auftritten. Mit seiner „arrogant schnarrenden Stimme", so das „Rocklexikon", begeisterte er die Massen. John Kay und „Steppenwolf" waren in den Charts ganz vorn. Nach „Born to be wild" landeten sie mit „Magic Carpet Ride" einen weiteren Superhit. In den 70ern trennte sich die Band, John Kay startete eine Solokarriere, doch schon 1980 kam man wieder zusammen. Bis heute haben sie weltweit über 20 Millionen Platten verkauft.

Das Idol von Millionen von Bikern, das selbst nur Fahrrad fährt, ist ein zufriedener Mensch. In einem Interview hat John Kay, der mit seiner Frau Jutta im nordamerikanischen Bundesstaat Tennessee lebt, einmal gesagt: „Ich habe ein schönes Leben. Zusammen mit Freunden auf der ganzen Welt Musik zu machen und dafür gut bezahlt zu werden – das ist etwas sehr, sehr Seltenes." *Silke Osman*



Präzise und schnörkellos

Auftragskillerin ohne Passion

Das feine Feuilleton macht immer noch einen Bogen um die Kriminalliteratur. Zwar lieben und lesen die Leute Krimis, doch die Kritiker stürzen sich lieber auf die sogenannte ernste Literatur, die gekauft, aber oft nicht gelesen wird. Dabei unterhalten gute Kriminalromane nicht nur, sie sagen auch etwas aus über die Gesellschaft, in der wir leben. Und das Schöne ist: In diesem Metier kann man immer noch Entdeckungen machen.

Heute ist es Mode geworden, Bücher über Gut und Böse, Verbrechen und Strafe mit Schweden oder Großbritannien in Verbindung zu bringen. Schon die amerikanischen Klassiker eines Dashiell Hammett oder Raymond Chandler sagen nur noch den Eingeweihten etwas. Eine Entdeckung wert sind aber auch die 70er-Jahre-Krimis des Franzosen Jean-Patrick Manchette, der 1942 in Marseille geboren wurde und bereits im Jahr 1995 an Lungenkrebs starb. Er steht für die Stilrichtung des néo-polar, einer Variante des roman noir. Viele seiner Bücher wurden verfilmt.

Viele ödet es an, wenn manche Mode-Autoren britischer oder schwedischer Herkunft 500 Seiten und mehr brauchen, um einen Mordfall zu schildern. Sie brauchen sie aber nur, weil sie nicht zur Sache kommen können, weil sie die Geduld des Lesers mit zig Rahmenhandlungen und den „privaten Problemen“ des Ermittlers strapazieren. Davon sind Manchettes Bücher weit entfernt. Seine Sätze sind präzise, ohne Schnörkel, wie der Körper eines Athleten, ohne ein Gramm Fett zuviel.

Zum Glück müssen Interessierte nicht in Antiquariaten kramen, um an Manchettes Werke zu kommen. Im Heilbronner Distel Literaturverlag liegen elf Bücher aus der Feder des umtriebigen Schriftstellers, Journalisten und Filmkritikers vor. Zum Beispiel der Roman „Fatale“, erstmals 1977 bei Gallimard erschienen. Aimée, die Hauptfigur, ist eine schöne Auftragskillerin. Sie mordet für Geld. Aimée wird uns nicht sympathisch, ja wir wissen nachher auch nicht, warum sie zur Mörderin wurde. Schwafelnde Charakterstudien sind Manchettes Sache nicht, er treibt lieber die Handlung voran. Schwarz und Weiß lassen sich in diesem schmalen, nur 150 Seiten starken Buch nicht sauber voneinander trennen. Es gibt keine Moral, kein glückliches Ende, dafür viel Blut. Daß das von Aimée angezettelte, allerdings von den Honoratioren der Stadt initiierte Gemetzel in einer kleinen Provinzstadt stattfindet mit dem allgegenwärtigen Motto „Haltet Eure Stadt sauber!“, ist eine bitterböse Pointe.

Bitterböse Pointe des Franzosen Manchette

Ansgar Lange

***Jean-Patrick Manchette: „Fatale“**, Heilbronn, Distel Literaturverlag, 148 Seiten, 14,80 Euro*



Der Weg zur Katastrophe

Gerd Schultze-Rhonhof über »Das tschechisch-deutsche Drama 1918–1939«

Das Verdienst des neuen Buches „Das tschechisch-deutsche Drama 1918–1939“ von Gerd Schultze-Rhonhof besteht darin, daß es eine Zusammenfassung der Umstände und Ereignisse bietet, die in der 1918 geschaffenen „Tschechoslowakischen Republik“ die Sudetendeutschen, deren stärkste Minderheit, mit den Tschechen derart entzweiten, daß Hitler in Ausnützung dieses Konfliktes 1938 das Sudetenland ans Deutsche Reich brachte und im März 1939 die sogenannte „Rest-Tschechei“ zerschlug.

Die gute erste Hälfte der Darstellung von Schultze-Rhonhof handelt von dem sich feindlich zuspitzenden tschechisch-deutschen Verhältnis, die zweite Hälfte von der „Sudetenkrise“ des Jahres 1938 und dem Weg zum Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Prag. Die Botschaft des Buches lautet also, daß die Krise von 1938/39 nicht denkbar ist ohne die Vorgeschichte ab 1918. Hitler hat die Notlage der Sudetendeutschen nicht geschaffen, er hat sie nur ausgenützt, um mit seinen imperialen Plänen voranzukommen. Da beide Elemente, die Notlage und deren Ausnützung, im historischen Ablauf nicht voneinander zu trennen sind, haben die Sudetendeutschen an der Tragik aller Deutschen teilgenommen, daß Hitler ihre legitimen Anliegen pervertiert und in die Katastrophe von 1945 mit hineingerissen hat, so daß das Bewußtsein davon verschüttet wurde, wie legitim diese Anliegen einst waren.

Keinem deutschen Politiker kann im Nachhinein ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er die Revision des Friedensvertrages von Versailles angestrebt hat. Der Autor führt eine Liste von Staatsmännern auch und gerade aus den Sieger-Nationen an, die schon in den 1920er Jahren die Ungerechtigkeit dieses Vertrages anprangerten und mit düsteren Prognosen verbanden. Gerd Schultze-Rhonhof läßt die tschechisch-deutsche Kontroverse schon mit den Hussitenkriegen beginnen. Dem ist zuzustimmen, auch wenn er in seiner (vielleicht allzu) kurzen Einleitungsskizze unerwähnt läßt, daß in den Hussitenkriegen neben dem nationalen auch das religiöse Element eine besondere, wenn nicht gar die überwiegende Rolle spielte, denn man war ja damals noch im Mittelalter.

Im Hauptteil bringt er gewissenhaft recherchiertes Material, vielfach aus den Akten der beteiligten Außenministerien, als ehemaliger Generalmajor der Bundeswehr in vorbildlich klarer und unverschnörkelter Sprache. Was er präsentiert, kann man allerdings in vielen wissenschaftlichen Publikationen schon seit einiger Zeit nachlesen. Neu ist, daß er auf plausible Weise Fälschungen in den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes namhaft macht. Ab Kriegsende bis 1956 waren diese Akten in amerikanischem und britischem Gewahrsam – da mag etwas „hineinkomponiert“ worden sein, um den Vorwurf der langfristigen Planung eines Angriffskrieges abzustützen. Zu diesem Punkt besteht sicherlich noch Forschungsbedarf.

Der Autor weist auch darauf hin, daß die nicht zu rechtfertigende Erzwingung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939 das Gewicht des „Großdeutschen Reiches“ in Europa für britisches, französisches und auch US-amerikanisches Denken unerträglich vergrößert hatte. Deshalb, so der Autor, die an Polen gegebene Garantie, noch bevor Hitler an einen Angriff auf Polen dachte. Also kein Moralisieren, sondern durchaus herkömmliche britische Machtpolitik im Interesse des „Europäischen Gleichgewichts“.

Ist eine solche Darstellung „Revisionismus“? Nein, es ist nur eine Ablehnung der vom „mainstream“ bestimmten Denkverbote. Das weckt Neugier auf das mittlerweile in sechster Auflage vorliegende Werk des Autors: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“.

Bernd Rill

***Gerd Schultze-Rhonhof: „Das tschechisch-deutsche Drama 1918–1939“**, Olzog, München 2008, geb., 512 Seiten, 34 Euro*



Erst Berliner, jetzt Zyprioten

Deutsch-Türkin Yadé Kara versucht, an ihren Debuterfolg anzuknüpfen

2004 erhielt die deutsch-türkische Autorin Yadé Kara für ihren im Jahr zuvor erschienen Erstlings-Roman „Selam Berlin“ den Deutschen Bücherpreis und den Adelbert-Chamisso-Förderpreis. Nun versucht die 1965 geborene, im Alter von sechs Jahren nach Deutschland gekommene Journalistin mit „Cafe Cyprus“ an den Erfolg ihres Debuts anzuknüpfen. Dies gelingt ihr zwar nicht, doch wer „Selam Berlin“ liebte, wird „Cafe Cyprus“ mögen. Der Held von damals ist auch der Held von heute. Hasan Kazan, dessen Erlebnisse im Berlin zur Zeit des Mauerfalls die Handlung des ersten Romans bestimmten, zieht es im zweiten Teil nach London.

Dort landet Hasan erst einmal im Kebab Transporter seines Cousins. Doch hier verdient er zu wenig für das kostspielige Überleben samt Sprachschule in London. In „Ali's Supermarkt“ beginnt er einen Zweitjob. Dem Supermarkt gegenüber gelegen ist das „Cafe Cyprus“, dessen Besucher den Deutsch-Türken faszinieren. Hier treffen griechische und türkische Zyprioten aufeinander wie in Berlin Ost- und Westdeutsche.

Offenbar will die Autorin die in ihrem ersten Roman preisgekrönt geschilderten Gegensätze wiederholen, doch der Funke springt nicht über. Die im „Cafe Cyprus“ geführten Debatten über die Leiden eines geteilten Landes sind bestenfalls interessant, die Spannungen zwischen den verschiedenen Positionen in der Zypernfrage wirken jedoch nur wie Gezänk alter Männer.

Bel

***Yadé Kara: „Cafe Cyprus“**, Diogenes, Zürich 2008, gebunden, 374 Seiten, 19,90 Euro*



Plötzlich Springerstiefel

Mütter rechtsextremer Kinder berichten

„Es fing mit der Kleidung an – Haare, Musik und so weiter. Ich habe es am Anfang überhaupt nicht ernst genommen. Sven legte plötzlich seine Hiphop-Sachen ab und das fanden wir natürlich toll. Er trug dann schicke Cordhosen und diese Lonsdale-T-Shirts ... Aber wir kannten uns da ja nicht aus ... Wir dachten nur: Oh schön, das sieht ja wunderbar aus. So gepflegt!“ Dieser Bericht einer Mutter, die erkennen mußte, daß ihr Sohn sich in rechtsextremen Kreisen bewegt, beschreibt eindringlich die Unwissenheit und Hilflosigkeit so vieler Eltern in ähnlicher Lage. Die MDR-Journalistin Claudia Hempel bietet in „Wenn Kinder rechtsextrem werden – Mütter erzählen“ mehreren betroffenen Frauen die Möglichkeit, über ihre Erfahrungen zu sprechen und so anderen Eltern eine Stütze zu sein.

Die sehr gefühlsbetonten Erlebnisberichte überzeugen durch Authentizität. Alle Frauen berichten unverblümt, was sie bewegte und noch heute bewegt, wenn es um die Veränderung im Verhalten ihrer Kinder ging. Einige versuchten, die Augen davor zu verschließen, oder erkannten nicht, was geschieht, andere empfanden es als Schande, daß gerade ihr Kind den Hitlergruß machend in der Öffentlichkeit gesehen wurde. „Was habe ich falsch gemacht“, fragen sich jedoch alle. Hilfe von der Schule oder vom Jugendamt bekommt keine der Betroffenen. Einige müssen sich gar sagen lassen, daß ihr Sohn als Scheidungskind verständlicherweise rebelliere, daß würde sich schon wieder verwachsen. Im Internet holen sie sich ihre Informationen, um zu erfahren, wie tief ihr Kind „drinsteckt“, doch auch diese Informationen sind nicht immer hilfreich.

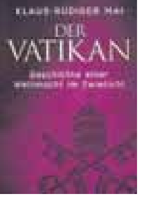
Obwohl die Berichte der Mütter aus ihrem eigenen Erleben heraus geschrieben sind, erkennt der Leser die Probleme dieser Frauen, die überwiegend aus den neuen Bundesländern stammen. In der DDR erzogen, können sie die Identitätssuche ihrer Kinder nicht nachvollziehen und diese auch nicht in normale Bahnen lenken. „Er sagt von sich, er sei nicht rassistisch, aber er wünsche sich für die Deutschen ein gesundes Nationalbewußtsein. Das ist ja nun tatsächlich so, daß wir das zu DDR-Zeiten nicht gelernt haben.“ Zuhause finden diese Kinder keine Befriedigung ihres natürlichen Bedürfnisses und landen dann in den falschen Kreisen, in denen ihnen flache Parolen eingetrichtert werden. Gewalt ist meist die Folge. „Ich wünsche mir einfach, daß er es nicht mehr braucht, sich an solchen ideologischen Dingen festzuhalten. Er hätte damals wahrscheinlich genausogut in eine linksextreme Gruppe geraten können. Er hat wirklich einen Halt gebraucht: Familie kaputt, Mutter setzt keine Grenzen mehr, kein Schulabschluß“, analysiert eine der Mütter die Entwicklung ihres Sohnes im Nachhinein. Die Mutigste unter ihnen, die sogar offen auf jene zugeht, die ihre 15jährige Tochter in ausländerfeindliche Kreise ziehen wollen, verliert fast ihren Mann, der mit der „braunen Scheiße“ in seinem Haus nichts mehr zu tun haben und ausziehen will. Eine andere resigniert nach langjährigem, zähen Kleinkrieg daheim: „Ich weiß nicht, in unserer Familie scheint irgendwas schief zu laufen. Vor ein paar Monaten ist meine Nichte zum Islam übergetreten, sie hat einen Marokkaner geheiratet und trägt jetzt Kopftuch. Meine Eltern verkraften das alles nur sehr schwer. Sie haben drei Enkelkinder – zwei sind rechts und eine ist Muslima.“

Weder Schule noch Jugendamt halfen

Claudia Hempel hat mit ihrem vorliegenden Buch eine aufschlußreiche Sammlung verschiedener Schicksale zusammengestellt, an deren Ende eine Liste mit Adressen angefügt ist, an die sich Betroffene wenden können. Und es sind überwiegend engagierte Mütter, die sich an jene Experten wenden, denn im „Ringen um das rechtsextreme Kind“ würden Väter nur eine „marginale Rolle spielen“, so die Autorin.

Bel

***Claudia Hempel: „Wenn Kinder rechtsextrem werden – Mütter erzählen“**, zu Klampen, Springe 2008, geb., 207 Seiten, 12,80 Euro*



Machtquell der Päpste

Der Vatikan als Gewebe des Gestern und des Heute

Mit dem Vatikan verbindet man nicht nur berühmte Sehenswürdigkeiten wie die Sixtinische Kapelle und den Petersdom, sondern auch die Politik und Macht der Päpste. In der Vergangenheit war die Ausübung von Macht seitens der Päpste häufig begleitet von Intrigen, Vetternwirtschaft und Ketzerverfolgung, und noch gegenwärtig gelten die Strukturen und Aktivitäten der Finanzmacht Vatikan als undurchsichtig. Der Autor und Regisseur Klaus-Rüdiger Mai, Verfasser eines Buches über Papst Benedikt XVI., hat eine übersichtliche Darstellung mit dem Titel „Der Vatikan – Geschichte einer Weltmacht im Zwielicht“ vorgelegt, die ganz ohne Spekulationen oder gar Verschwörungstheorien auskommt. An größtmöglicher Objektivität interessiert, entwirft er ein kritisches, aber wohltuend nüchternes Bild des Vatikans, der für ihn „aus einem unauflöslichen Gewebe aus Gestern und Heute, aus Geschichte und Gegenwart“ besteht. Im päpstlichen Verwaltungszentrum erkennt er „eine zuweilen höchst unvollkommene Bürokratie, die in seltsamer Parallelität zu ihrer Zeit lebte“.

Nach dem Kreuzigungstod Jesu erkannten die Jünger und Apostel ihre Aufgabe in der Ausbreitung der christlichen Lehre. Petrus, dem Jesus den Beinamen Kephas (heißt auch: der Fels) gegeben hatte, kam um das Jahr 62 nach Rom, wo er vermutlich unter Nero den Märtyrertod erlitt. Daß seine Gebeine, wie die mündliche Überlieferung es wissen will, tatsächlich auf dem Vatikanischen Hügel bestattet wurden, dort, wo später der Petersdom errichtet wurde, scheint durch die jüngsten Nachuntersuchungen bestätigt zu sein. Mit Blick auf Petrus und die Petruslegende legitimierten die Bischöfe von Rom seit Anfang des 4. Jahrhunderts ihren Anspruch auf die Führung der Kirche und trugen seither den Titel Papst (von griechisch Pappas = Vater) und „Stellvertreter Christi auf Erden“.

Geschichte und Gegenwart verknüpft

Mit dem morgenländischen Schisma von 1054 spaltete sich die römische Kirche endgültig von der griechischen ab. Damit endete das erste Jahrtausend Geschichte des Vatikans, der seit der Amtszeit Papst Gregors VII. (1073–1085) „den unseligen Weg der Macht“ beschritt. Es begann die Epoche der Kreuzzüge. In den Tagen der Kämpfe gegen die Katharer, um 1200, beauftragte der Vatikan den Predigerorden mit der Aufgabe der Ketzerverfolgung, um die innerkirchlichen Abspaltungen zu unterbinden. Die Inquisition wurde ins Leben gerufen; sie verlieh den Dominikanern „einen unwiderruflichen Imageschaden“. Auch gab die Kirche nach dem Verlust des Heiligen Landes um 1300 das Signal zur Verfolgung der Templer, jener Mönchsritter, die seit 1130 unter Einsatz ihres Lebens in Palästina die Pilger sowie die Königreiche der europäischen Kreuzritter geschützt hatten.

Weitere Kapitel sind der Reformation und den dadurch ausgelösten Glaubenskämpfen gewidmet. Auch die Rolle der Jesuiten wird beleuchtet, die, was wenig bekannt ist, zur Zeit der Eroberung der Neuen Welt vergeblich auf ein humanes Verhalten der Konquistadoren gegenüber den indianischen Ureinwohnern drangen. Neutral und sachlich widmet sich der Autor schließlich den noch immer auf den Nägeln brennenden Themen des 20. Jahrhunderts: der Haltung der Kirche während der Judenverfolgung im Dritten Reich, dem Zweiten Vatikanischen Konzil sowie schließlich dem Laienwerk Opus Dei in Verbindung mit den Vatikanischen Finanzen. In unserer Zeit, in der die bisher tragenden Werte in Frage gestellt werden, erkennt Papst Benedikt XVI. die Chance, die in der Spannung zwischen Glauben und Vernunft liegt, so der Autor. Der gegenwärtige Papst möchte Sinn stiften, indem er den Menschen nicht wie einstmals die Alte Kirche vorschreibt, was sie glauben sollen, sondern ihnen vorschlägt, was sie glauben können.

D. Jestrzemski

***Klaus-Rüdiger Mai: „Der Vatikan – Geschichte einer Weltmacht im Zwielicht“**, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 2008, geb., 512 Seiten, 18,95 Euro*

MELDUNGEN

Deutsche kaum beeindruckt

Nürnberg – Die Deutschen lassen sich von der Krise weniger beeindrucken als ihre wichtigsten europäischen Nachbarn. Laut „Focus“ ergab eine Studie des Nürnberger GfK-Instituts, daß die Anschaffungsbereitschaft in allen großen EU-Staaten deutlich geringer ist als in Deutschland. Der Befund bricht mit dem Trend vergangener Studien: Früher waren die positiven wie negativen Ausschläge der Kaufbereitschaft in der Bundesrepublik stets stärker ausgeprägt als bei den Nachbarn. *PAZ*

Große Vermögen geschrumpft

Berlin – Die Vermögen der reichsten deutschen Familien sind seit Mitte 2007 um durchschnittlich 30 Prozent geschrumpft, berichtet die „Wirtschaftswoche“. Manche in Generationen aufgebauten Familienvermögen sind demnach ähnlich bedroht wie bei der Hyperinflation von 1923. Vor allem treffe die Familien, daß sowohl spekulative als auch traditionell stabile Anlagen dramatisch an Wert eingebüßt haben. *PAZ*

ZUR PERSON

Jüngster Minister

Der 35jährige **Philipp Rösler** wird bald der jüngste Wirtschaftsminister eines deutschen Bundeslandes sein. Mitte Februar soll Rösler nach dem Vorsitz der niedersächsischen FDP auch dieses Amt von seinem Mentor Walter Hirche übernehmen.

Rösler stammt aus Vietnam, wo er Anfang 1973 im damals noch prowestlichen Süden zur Welt kam. Als noch nicht Einjähriger kam er aus einem Waisenhaus bei Saigon in die Bundesrepublik, wo eine norddeutsche Familie ihn adoptierte. Nach dem Abitur studierte er in Hamburg Medizin, der Promotion folgte die Ausbildung zum Augenarzt. Bis 2003 arbeitete Rösler als Truppenarzt in Hannover.



Schon früh hat sich Rösler politisch engagiert. So war er Schulsprecher und fand 1992 zur FDP und ihrer Jugendorganisation, den Jungen Liberalen. Bei den Liberalen Niedersachsens machte er mit seiner Eloquenz schnell Karriere, wobei die großen Mehrheiten auffallen, mit denen er regelmäßig gewählt wurde. 1994 übernahm er den Kreisvorsitz der FDP-Jugendorganisation in Hannover. Zwei Jahre später war er bereits deren Landeschef und Mitglied des FDP-Landesvorstandes. 2000 erhielt er auf Vorschlag des damaligen Landesvorsitzenden Hirche das neugeschaffene Amt des Generalsekretärs. 2003 zog er erstmals in den Landtag ein, wo ihn seine Fraktion sofort einstimmig zu ihrem Vorsitzenden wählte. 2005 wurde der mittlerweile als Wirtschafts- und Bildungspolitiker bekannt gewordene Parlamentarier ins Präsidium der Bundes-FDP gewählt. 2006 erreichte Röslers Aufstieg mit der Übernahme des FDP-Landesvorsitzes einen ersten Höhepunkt. Nun tauscht der 35jährige den Fraktionsvorsitz in Hannover gegen ein Ministeramt im Kabinett von Christian Wulff ein. *M.R.*



Lauter Geschenke Zeichnung: Mohr

Sie wollen nicht

Wie die Deutschen weder in Panik geraten noch radikal werden, und dabei nicht einmal ein schlechtes Gewissen bekommen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Noch eine Katastrophenmeldung: Jetzt, wo es besonders kalt ist, geht das Gas aus. Zeit, in den Wald zu gehen und Holz zu sammeln, oder? Quatsch. Das Gas geht gar nicht aus, es sind nur wieder die Ukraine und Rußland, die sich zanken, weil die Ukrainer partout keine Weltmarktpreise fürs Russengas zahlen wollen.

Glücklicherweise drängelt sich die EU bereits mächtig an den Verhandlungstisch. Ein Vermittlungserfolg à la Brüssel wäre in normalen Zeiten in greifbarer Nähe: Die EU schiebt den Ukrainern einfach das Geld für das Gas als Strukturhilfe rüber und fertig. Das Schwarzmeerland braucht dringend niedrige Energiepreise, um Firmen aus west- und mitteleuropäischen Ländern zur Produktionsverlagerung zu verlocken. Und dabei wollen wir doch nicht im Wege stehen, oder? Um solche Verlagerungen zu erleichtern, zahlen deutsche Steuerzahler ja schon seit anderthalb Jahrzehnten Milliarden für den Ausbau der Infrastruktur östlich der Bundesgrenzen. Und was man einmal angefangen hat ...

Allerdings, wir sagten ja: in normalen Zeiten. So normal sind diese Zeiten nicht. Die Staatsfinanzen gleichen einem Pulverfaß mit glimmender Lunte. Oben auf dem Faß sitzt Peer Steinbrück und beißt die Zähne zusammen für ein gequältes Lächeln. Was soll er machen, schließlich sind Kameras anwesend.

Während der Finanzminister erwartungsgemäß handelt, geben die Deutschen jedoch Rätsel auf. Angesichts all der Schreckensnachrichten von der Wirtschaftsfront sind sie eher gespannt als erschrocken über das, was da wohl um die Ecke kommt.

Wo sind eigentlich die geübten Katastrophenausrufer, ob linke, rechte oder ökologische? Wo die Vertreter der Religion?

Da kommt nicht viel, wir hören eigentlich immer nur Politiker, Wirtschaftsführer und diese merkwürdigen Analysten, die alle zusammen genauso viel wissen wie vor einem Jahr. Nur daß sie damals ihr Zukunftswissen noch für sehr wertvoll hielten, während sie heute ihre tatsächliche Ahnungslosigkeit als Ausfluß fortgeschrittener Reife feiern. Die klassischen Untergangssänger, die sonst immer auf den Apfelsinenkisten des „Diskurses“ bereitstehen, um uns so richtig Angst oder wenigstens ein übles Gewissen einzureden, die werden kaum wahrgenommen.

Die rechten Endzeitpropheten brauchen sich allerdings auch gar nicht eigens hervorzutun. Sie haben ein viel zu klassisches, in Jahrhunderten erprobtes Gefühl dafür, daß der Laden sowieso den Bach runtergeht: Es wird schlechter, was soll's! Es wird schon seit Urzeiten immer schlechter, und das habt ihr jetzt davon. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Diese konservative Abgeklärtheit brachten die Linken naturgemäß nie auf, weil sie sich im Besitz der Zukunft wähnten. Die schien schon mal sehr nah. Scheußlich war daher der Rückschlag, als ab 1989 fast alle sozialistischen Regime im Schlamm ihrer Lügen und Verbrechen versanken.

Nach dieser Demütigung wäre es doch ein Festmahl für die radikale Linke, jetzt ihre Chance zum Großangriff zu nutzen! Theoretisch schon, nur macht leider die Praxis mal wieder einen dicken Strich durch die sozialistische Rechnung.

Die Geschichte hat dummerweise ein paar sozialistische Freigehege übriggelassen, wo man sich den Fortgang der Dinge in Rot ansehen kann, bevor man nostalgisch wird: Ausgerechnet Venezuela, dem neuen Hoffnungsträger, geht im Verlaufe dieses Jahres mit ziemlicher Sicherheit die Puste aus. Die Öleinnahmen dümpeln, die Devisenreserven rauschen in den Keller.

In sechs bis acht Monaten, schätzen Fachleute, hat „Revolutionär“ und Staatschef Hugo Chávez kein Geld mehr. Außer Öl und dem daraus gewonnen Geld kann er nichts mehr vorweisen, nachdem er Mittelstand und Großbetriebe sozialismusgerecht zerhauen und ausländische Investoren davongejagt hat. Sein Vetter im Geiste, Kubas Raul Castro, will ausgerechnet jetzt endlich privaten Wohnungsbau zulassen, wagt also kleine Schritte zu mehr Marktwirtschaft, wohingegen es eben diese laut linker Lehrmeinung doch gerade erwischt hat!

In Deutschland kommt die Linkspartei ebenfalls nicht hoch. Wie 1989 stolpern die Genossen abermals nicht über die „aggressivsten Kräfte des Kapitalismus“ oder wie sie das nannten, sondern über ihren eigenen Misthaufen. In Hessen macht die Linkspartei gerade im Zeitraffer vor, wie Sozialismus in der Praxis sein wahres Wesen entblättert.

> Hessens Linkspartei: Wo sich die kommunistische Verheißung im Zeitraffer vollzieht

Angefangen hatten sie als Rächer der Entrechteten. Jedem, der sich irgendwie zurückgesetzt fühlte, wurden Hände voller süßer Versprechungen gereicht. Viele griffen zu. Doch Ende Dezember traten wieder etliche Genossen aus und beschwerten sich über „fehlende Basisdemokratie, geheime Zirkel, Mobbing von Parteimitgliedern, Dossiers über Mitgliedern, Ausgrenzung von Arbeitslosen, Behinderten und Hartz-IV-Empfängern“ und „elitäre Zirkel“. Mit anderen Worten: Überwachung, Unterdrückung und arrogante Bonzenwirtschaft.

Ja, wir gehen durch eine schnellebige Epoche. In ferner Vergangenheit hatte es noch Generationen gedauert, was in Hessen kaum zwei Jahre brauchte: der Weg der kommunistischen Verheißung vom wunderbaren Versprechen zur schäbig-rabiaten Realität.

Gut, die Linken scheiden also aus als Lichtgestalten im Dunkel der Finanzkrise. Was ist mit den Vertretern der großen Kirchen, denen jetzt eigentlich das Ohr des Volkes gehören müßte wie immer, wenn's brennt? Sie haben ihre Deutschen offenbar auf dem falschen Fuß erwischt.

Weg vom Fetisch des Geldes, lautet ihr Ratschlag. Der ist immer richtig. Es gibt aber nur zwei Arten von Situationen, in denen er gern gehört wird: Entweder, wenn die Leute ihr Geld schon verloren haben und Trost in der Wahrheit suchen, daß es Wichtigeres, vor allem Wertvolleres gibt als den Mammon. Oder, wenn ihnen Geld und materielle Sicherheit zu den Ohren rauskommen, so daß es ihnen unangenehm wird. Das nutzen dann vor allem die Linken aus: Nie in der bundesrepublikanischen Geschichte haben Studenten und junge Akademiker Geld und Kapitalismus so innig verabscheut wie anno 68. Und nie zuvor und nie danach lebte eine Generation in so sicheren volkswirtschaftlichen Verhältnissen (als Frucht des verachteten Wiederaufbaus) wie die stolzen 68er.

Die heutigen Deutschen aber, junge wie alte, haben noch etwas zu verlieren, fühlen sich aber keineswegs unanständig sicher und ausbeutergleich gut versorgt. Für sie riecht „Abkehr vom Gelde“ weder nach religiöser Umkehr noch nach „kritischer“ Distanzierung vom Kapitalismus, sondern ganz penetrant nach Pleite.

Blieben also die Öko-Aktivisten, die aus der Finanzkrise genau das schließen, was sie schon ewig wissen: Daß „unsere Art des Wirtschaftens in den Abgrund führt“. Statt aber aufzutrumpfen finden sie sich in einer anstrengenden Konkurrenz wieder zum neu erwachten Kostenbewußtsein. Die masochistische Freude daran, wieder etwas mehr für Energie zu bezahlen, um damit die Taschen von Windenergieanbietern oder Emissionshändlern vollzustopfen, ist in der Krise nicht gerade gewachsen. Auch trifft das reflexartige „Nein“ zu neuen Fabriken oder Straßen nicht mehr unsere breite Zustimmung, wenn die Arbeitsplätze wackeln.

Trotz der „größten Krise seit dem Weltkrieg“: Die Deutschen weigern sich, politisch radikal zu werden oder sich wenigstens Angst machen zu lassen. Stattdessen geschieht etwas Unerhörtes: Die Normalbürger geben den unaufgeregtesten Part in dem ganzen Schauspiel. Wer behauptet hatte, gerade die Deutschen ließen sich von plötzlichen Erschütterungen besonders leicht hinfortreißen (und dann von Rattenfängern verführen), muß bitter enttäuscht sein. Wenn es wirklich ernst ist, perlt die Furcht offenkundig an ihnen ab.

ZITATE

Einen Monat vor dem Freitod von ***Adolf Merckle*** *verteidigte ein ranghoher deutscher Konzernchef den Industriellen in der „Welt“ gegen den* ***Vorwurf****, sich verantwortungslos „verzockt“ zu haben:*

„Mit Kostenkontrolleuren wäre das deutsche Wirtschaftswunder der 50er und 60er Jahre niemals wahr geworden. Mit solchen Typen wie Merckle schon.“

Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ (6. Januar) bezeichnet die als Konjunkturspritze bezeichnete ***Anhebung des Grundfreibetrags*** *als „****Kosmetik****“ und lästert:*

„Rechnen wir nach: Der Freibetrag beträgt 7664 Euro. Wird er um 336 Euro erhöht, sinkt die Steuerlast bei dem gültigen Eingangssatz von 15 Prozent um 50,40 Euro. Im Jahr. Ergibt 4,20 Euro im Monat. Vermutlich machen sich die Bürger schon bereit, Kaufhäuser zu stürmen und Autos zu bestellen.“

Der Führer der ***republikanischen Opposition*** *im US-Repräsentantenhaus,* ***John Boehner****, gab angesichts des abermals viele 100 Milliarden Dollar schweren* ***Konjunkturprogramms*** *des neuen US-Präsidenten* ***Barack Obama*** *zu bedenken:*

„Das ist kein Paket, das jemals von der jetzigen Generation bezahlt werden kann. Unsere Kinder und Enkel werden dafür bezahlen.“

Wieder einmal hat eine Bundesregierung ihre ***Versprechen*** *auf mehr* ***Haushaltsdisziplin gebrochen****. Doch beim nächsten Mal, verspricht die SPD in einer Erklärung, soll alles anders werden:*

„Sobald der nächste Aufschwung kommt, muß eine langfristig orientierte Finanzpolitik, die wir vertreten, das Ruder wieder herumreißen.“

Haben die Sozialdemokraten dabei den irischen Dramatiker ***George Bernard Shaw*** *(1856–1950) beherzigt? Der schrieb zum Thema* ***Wahrheit und Politik****:*

„Für einen Politiker ist es gefährlich, die Wahrheit zu sagen. Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen.“

Kulturpolitik

Der Barenboim, den jeder kennt,
verstieg sich einst als Dirigent
zu Wagner – just in Tel Aviv!
Natürlich lief die Sache schief.

Denn Wagner bleibt für alle Zeit
bekleckert und vermaledeit,
gefiel er doch – wenngleich
posthum –
vermaledeitem
Publikum.

Und die Moral von der Geschicht'?
Gefalle andern Leuten nicht,
denn stehst bei ihnen du in Huld,
belädt man dich mit deren Schuld.

Vielleicht erklärt das auch,
weshalb
beim Künstler-Tanz ums goldne
Kalb
sich heut' vor allem das rentiert,
was eklig ist und pervertiert.

Pannonicus